



DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Indianerreservierungen – der Weg von
Assimilationsgefängnissen zur indigenen
Selbstbestimmung in den USA“

verfasst von / submitted by

Michael Walzer

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2018 / Vienna, 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 353 313

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UF Spanisch UF Geschichte, Sozialkunde,
Politische Bildung

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Friedrich Edelmayer, MAS

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	5
2. Historischer Abriss der Native American- Politik des 19 Jahrhunderts mit Fokus auf den Indian Removal Act von 1830	8
2.1. Kontroversen um den Removal Act	9
3. Das Bureau of Indian Affairs-Entstehungsphase und Zuständigkeit.....	12
3.1. Bildung	14
3.1.1. Aktuelle Zahlen und Verhältnisse	16
3.2. Gesundheitswesen.....	18
3.2.1. Kontroversen um den IHS-Definitionsschwierigkeiten und Grundrechtsverletzungen	20
3.3. Fazit	23
4. Dawes und Burke Act	25
4.1. Ideologische Grundlagen: Guardian-ward-Beziehung.....	28
4.2. Zusätze zum Dawes Act- Curtis und Burke Act.....	29
4.3. Native-Besitzverständnis und Rezeption des Dawes Act	32
5. Indian Citizenship Act und Indian Reorganization Act.....	36
5.1. Ideologische Grundlagen- Indigenismo.....	36
5.2. Votumsprozess über Annahme des IRA.....	37
5.3. Umsetzung und Geltungsbereich.....	40
5.4. Änderungen und Zusätze	46
5.5. Konkrete Auswirkungen auf die Lebensbedingungen	48
5.6. Interne Wahrnehmung der BIA-Maßnahmen nach dem Reorganization Act.....	52
6. Termination-Ära	55
6.1. Bedeutung der Indian Claims Commission	56

6.2. Einfluss des Zweiten Weltkrieges	60
6.3. Kriegsveteranen und Relocation	61
7. American Indian Movement und National Indian Youth Council- Einfluss der neuen Jugendbewegungen und Konfliktlinien am Beispiel der Alcatraz-Besetzung, des Trail of broken treaties und der Besetzung von Pine Ridge.....	65
7.1. National Indian Youth Council	65
7.2. Gründung der AIM und Bedeutung religiöser Traditionen (Ghost Dance).....	66
7.3. Politische Faktoren	69
7.4. Jugendorganisationen als pan-Native-Bewegungen?	71
7.5. Trail of broken treaties	73
7.6. Besetzung von Pine Ridge- Second Battle of Wounded Knee	76
8. Juristische Souveränität? Verhältnis von Stammesrecht zum Federal Law und Kontroversen um die Anwendbarkeit desselben in internen Konflikten sowie auf Außenstehende.....	78
8.1. Traditionelle Formen der indigenen Gerichtsbarkeit in den USA	79
8.2. Zugriff auf natürliche Ressourcen- Beispiel Trinkwasser.....	81
8.3. Steuerrecht	83
8.3.1. Rechtskonflikte um Native-Casinos auf Reservaten.....	85
8.4. Ausmaß der rechtlichen Stammesbefugnisse mit Fokus auf Umgang mit Nicht-Natives.....	89
9. Zusammenfassung	98
10. Quellenverzeichnis	100

1. Einleitung

Das 19. Jahrhundert markiert innerhalb der Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika eine unverkennbare Zäsur. Während dieser Zeitraum oftmals primär mit ereignisgeschichtlichen Einschnitten wie dem Sezessionskrieg in den 1860er Jahren und der daraus folgenden Frage der Sklaverei und Versklavung von Afroamerikanern sowie des Abolitionismus assoziiert wird, tritt der Umgang mit einer zweiten, autochthonen Minderheit in den Hintergrund. Native Americans, amerikanische Ureinwohner, erfuhren ab den 20er-Jahren dieses Jahrhunderts zunehmende Repressalien in Form von Deportationen in periphere Regionen. Etwas später, gegen Ende des 19. Jahrhunderts, wurden erste geographisch begrenzte, juristisch zugewiesene, isolierte Lebensräume für diese Gruppen geschaffen: Indianerreservationen.

Grundlage dieser schriftlichen Arbeit soll die Erforschung jener Faktoren sein, welche die US-amerikanischen Reservationen im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte prägten, besonders hinsichtlich deren Status der Souveränität, sei es aus individueller Perspektive (Stammesmitglied) oder aus kollektiver (Befugnisse und Rechte der Stämme).

Die Hauptforschungsfragen werden daher wie folgt formuliert:

1. Welche historischen und politischen Ereignisse/Prozesse erscheinen essentiell für die Entwicklung einer gewissen Native-American-Souveränität in Reservaten? Stell(t)en diese jeweils eine Verringerung von Repression und Assimilationsbestrebungen dar oder eine indirekte Verstärkung derselben?
2. Kann heute in Bezug auf die rechtliche Stellung und Rechtspraxis von Selbstbestimmung gesprochen werden? In welchem Ausmaß besitzen die Stämme und deren interne Institutionen Verfügungsgewalt über Vorgänge auf Reservatsland?

Zu diesem Zweck soll die Aufteilung der thematischen Schwerpunkte in insgesamt sieben, einer längsschnittlich-chronologischen Ordnung folgenden Kapitel erfolgen:

Zu Beginn dient ein kurzes Kapitel über den sogenannten Indian Removal Act von 1830 als Einführung in die Reservationsthematik, beziehungsweise die historischen Gegebenheiten zu Beginn der Implementierung der ersten Exemplare.

Danach wird die Geschichte und Funktionsweise der bedeutendsten Institution in Bezug auf US-amerikanische Nativpolitik erläutert, des sogenannten BIA („Bureau of Indian Affairs“). Dieses stellt zudem auch im Verlauf einiger weiterer Kapitel einen wesentlichen Aspekt dar. Die Reichweite des Einflusses dieser Behörde als historisches Kontinuum wird anhand der komparativen Analyse zweier elementarer Bereiche des sozialen Lebens untersucht, des Bildungs- sowie des Gesundheitswesens.

Im Anschluss werden zwei Gesetze, der Dawes und Burke Act, analysiert, um Fragen der Änderungen von Eigentums- und Besitzverhältnissen (kollektiver Besitz im Stammeseigentum vs. individueller Landbesitz) sowie nach der Problematik des Erhalts der amerikanischen Staatsbürgerschaft zu behandeln. In engem Zusammenhang hiermit steht auch die bereits angesprochene Problematik indirekter Assimilationsbestrebungen.

Danach verlagert sich der Fokus auf einen weiteren Act, den Indian Reorganization Act. Im Zuge dieses Kapitels soll eine kritische Analyse dieses Gesetzes und seiner einzelnen Bestimmungen erfolgen, da es in seiner Gesamtheit eine radikale Transformation der politischen Struktur der Stammesverwaltung darstellt.

Die unmittelbare Nachkriegszeit im Anschluss an den Zweiten Weltkrieg bis zur Mitte der 1950er Jahre, im reservatshistorischen Kontext aufgrund politischer Auflösungsbestrebungen dieser Einrichtungen als „Termination“-Periode bekannt, bildet den zentralen Schwerpunkt des nächsten Kapitels. Hierbei werden ideologische Hintergründe sowie konkrete Umsetzung dieser wiederum primär an Assimilation orientierten Phase untersucht und erläutert.

Der vorletzte Abschnitt dient der Darlegung der Positionen bedeutender Native- (Jugend)protestbewegungen („American Indian Movement“, „National Indian Youth Council“) und in Verbindung damit der Erläuterung der Hintergründe und der Rezeption mehrerer reservatshistorischer Schlüsselereignisse, wie etwa der Pine-Ridge-Besetzung 1973. Dieses Kapitel bleibt jedoch nicht auf eine reine Analyse ereignisgeschichtlicher Zäsuren wie der eben Genannten, der Besetzung von

Alcatraz 1969 oder dem Trail of broken treaties 1972 beschränkt, sondern soll vielmehr auch der reservatsinternen politischen Verortung der beiden Gruppierungen dienen. Ergänzt wird diese Untersuchung durch eine Verschiebung weg von der Reservats- hin zu einer Makroebene im Zuge der Analyse des Ausmaßes eines potenziellen panindianischen Verständnisses und Agierens der AIM und des NIYC.

Den Abschluss bildet eine kritische Untersuchung des (gegenwärtigen) rechtlichen Souveränitätsgrades mit Fokus auf Steuerrecht und Ausmaß der zivil- sowie strafrechtlichen Kompetenzen gegenüber nichtindianischen Außenstehenden auf Reservationsland. Dies soll unter Einbeziehung exemplarischer Fälle geschehen: „Oliphant vs. Suquamish Indian Tribe 1978“, „Strate vs. A-1 Contractor 1997“, „Nevada vs. Hicks 2001“, etc. Zudem werden in diesem Abschnitt zwei weitere, mit der Ausübung rechtlicher Souveränität in hohem Maße assoziierte Aspekte thematisiert: Erstens die Frage nach dem Ausmaß des erlaubten Zugriffs auf natürlich vorkommende Ressourcen (im Falle dieser Arbeit auf Trinkwasser) sowie zweitens der Themenkomplex des Native-American Glücksspiels in Casinos auf Reservatsland in Kombination mit den damit jeweils einher gehenden Konfliktlinien zwischen Reservat/Stamm, Bund sowie Bundesstaat.

2. Historischer Abriss der Native American- Politik des 19 Jahrhunderts mit Fokus auf den Indian Removal Act von 1830

Zum Zwecke des besseren Verständnisses der Reservationsthematik erfolgt an dieser Stelle zu Beginn eine kurze Einführung in die soziohistorischen Gegebenheiten des 19. Jahrhunderts.

Der sogenannte Indian Removal Act aus dem Jahre 1830 stellt in dieser Hinsicht eine erste formaljuristisch legitimierte Zäsur dar. Konkret wurde im Rahmen dieses Gesetzes die –offiziell freiwillige-Umsiedelung der am Ostufer des Flusses Mississippi ansässigen Stämme (Seneca, Cherokee,...) in Richtung Westen festgelegt. Während nun einige Stämme dieser Aufforderung/diesem Befehl Folge leisteten, verloren diejenigen, welche an ihren angestammten Gebieten verblieben, den Großteil ihres dortigen Landes und mussten künftig mit einem flächenmäßig deutlich verkleinerten Lebensraum auskommen (zB. die Chippewa).¹

Bedingt durch die Besiedelung der zugewiesenen Gebiete durch weiße Siedler gegen Ende des 19. Jahrhunderts erfolgten neuerlich Umsiedelungen, hauptsächlich in infrastrukturell sehr dürrtig entwickelte, periphere Regionen, die nach Ansicht der Siedler finanziell sowie ressourcentechnisch wenig Wert aufwiesen.² Sie stellten die ersten, modernen Formen von Reservaten dar.

Nach Aufkommen von Kritik an den dort herrschenden Lebensbedingungen durch diverse amerikanische Medien erfolgte eine Änderung der Strategie. Die amerikanische Regierung fokussierte ab diesem Punkt anstelle einer reinen Isolation und Abgrenzung aktiv eine rigorose, durch Assimilationsbestrebungen gekennzeichnete Umerziehungspolitik; hauptsächlich getragen vom „Bureau of Indian Affairs“. Dieses stellte die zentrale Institution in Bezug auf sämtliche Native American-Belange in den Vereinigten Staaten dar :

“After the devastation of tribal economies and the deliberate creation of tribal dependence on the services provided by this agency, this agency set out to destroy all things Indian. This agency forbade the speaking of Indian

¹ vgl. Gary D. Sandefur, American Indian reservations: The first underclass areas?. In: Focus Jg. 12, Nr.1, 1989, S.37-41. In: <https://pdfs.semanticscholar.org/828f/aaa4b64cb3855873b4f8df73d468ae30df30.pdf> , S.37.

² vgl. Sandefur, American Indian Reservations, S. 37.

languages, prohibited the conduct of traditional religious activities, outlawed traditional government, and made Indian people ashamed of who they were.”³

Das Kernstück dieser Politik bildete der 1887 erlassene Dawes Act. Ihm wird im Rahmen dieser schriftlichen Arbeit an späterer Stelle ein eigenes Kapitel gewidmet, nichtsdestotrotz erscheint er für die Darstellung des hier erläuterten Entwicklungsprozesses essentiell. Daher werden nun nur die bedeutendsten Eckpunkte kurz umrissen:

Als Sinn und Zweck des Dawes Act wurde die (radikale) Umgestaltung der indigenen Eigentumsverhältnisse durch Auflösung, Parzellierung und Neuvergabe/Umverteilung des Grund und Bodens an die individuellen Stammesmitglieder. Dies implizierte vor allem zwei Konsequenzen: Erstens die völlige Neustrukturierung der traditionellen, kollektiven Wahrnehmung von „Eigentum/Besitz“ der Native Americans sowie zweitens das Freiwerden von kostengünstigem Land für den Erwerb durch weiße US-Amerikaner.⁴

Fast siebzig Jahre später, 1953, wurde die sogenannte „termination legislation“ verabschiedet. Durch sie versuchte die Regierung, die Reservate als eigene Einheiten völlig aufzulösen, durch Implementierung eines Bonussystems für den Umzug in urbane Gebiete. Obwohl nur sehr wenige Stämme durch dieses Systems völlig „aufgelöst“ werden konnten, so verringerte sich der Anteil der Reservatsbewohner an der Gesamtheit der Native-Bevölkerung in den darauffolgenden dreißig Jahre (1950-80) doch in hohem Ausmaß, von ca. 50% zu ca. 25%.⁵

2.1. Kontroversen um den Removal Act

³ William C. *Bradford*, „Beyond Reparations: An American Indian Theory of Justice,” Working Paper Series, Social Science Research Network Electronic Library 6, (2004), In: http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=515231. zit. nach: Christopher Buck, „Never Again”. Kevin Gover’s Apology for the Bureau of Indian Affairs. In: Wicazo SA Review Journal, Spring 2006, S.97-126. In: http://www.bahai-library.com/pdf/b/buck_gover_never_again.pdf. S. 103.

⁴ vgl. *Bradford*, Beyond Reparations, S. 38.

⁵ vgl. *Sandefur*, American Indian Reservations, S. 38.

Im Zuge des vorherigen Abschnittes verdeutlicht sich der Charakter des Indian Removal Act, welcher als Auslöser sowie Katalysator für die darauffolgenden Ereignisse und Prozesse der geographischen Isolierung sowie Enteignung fungierte:

„ From such policies came the reservation system, the practice of assigning native peoples to specified federal lands (such as those in “Indian Territory”), and the trust system, the practice of the U.S. government holding funds owed to native nations on their behalf, much in the same way as guardians would hold property on behalf of their wards.”⁶

Die gesetzliche Implementation des Indian Removal Act an sich war gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Kontroversität, auch innerhalb der US-amerikanischen Legislative. Im Repräsentantenhaus setzten sich die Befürworter, größtenteils Anhänger des zu diesem Zeitpunkt amtierenden Präsidenten Andrew Jackson, mit einem minimalen Vorsprung von nur fünf Stimmen durch (102:97).⁷ Im Hinblick auf die konkreten Maßnahmen und Zielsetzungen des Gesetzes ergaben sich für die Gegenseite besonders folgende Kritikpunkte: Erstens wurde die Achtung des von Jackson versprochenen Freiwilligkeitsprinzips bezweifelt⁸, zudem war die Nativepolitik Jacksons bereits in den vorangegangenen Jahren seiner Amtszeit durch seine Position in diversen Konflikten in Kritik geraten (zB. als der Staat Georgia Eigentumsrechte der Cherokee nicht anerkannte).⁹

Ebenso wurde Präsident Jackson und seinem Stab vorgeworfen, mit dem Indian Removal Act ein sehr unkonkretes und, hinsichtlich der Exekutierung, nicht hinreichend bestimmtes Gesetz geschaffen zu haben. Fragen nach Finanzierung, notwendigen Ressourcen und konkreten Native-Verhandlungspartnern innerhalb des

⁶ Amy H. Sturgis, *The Trail of Tears and Indian Removal*. (Westport 2007). In: https://s3.amazonaws.com/academia.edu.documents/37660047/Amy_H._Sturgis_The_Trail_of_Tears_and_Indian_Removal_Greenwood_Guides_to_Historic_Events_1500-1900_2007.pdf?AWSAccessKeyId=AKIAIWOWYYGZ2Y53UL3A&Expires=1510237247&Signature=TOR%2Fj%2BJ5kk0ZEYTqm0wOjAzKf%2BA%3D&response-content-disposition=inline%3B%20filename%3DAmy_H._Sturgis_The_Trail_of_Tears_and_In.pdf, S. 65.

⁷ vgl. *United States Congress*, 1830. Journal of the House of Representatives of the United States 21st Congress, First Session, GPO, Washington, DC. zit. nach: Leonard A. Carlson, Mark A. Roberts, *Indian lands, “Squatterism,” and slavery: Economic interests and the passage of the Indian removal act of 1830*. (s.l. 2006). In: *Explorations in Economic History* Jg. 43, Nr.3, 2006, S. 486-504. In: <http://economics.emory.edu/home/documents/documents/Carlson-1.pdf>, S. 487.

⁸ vgl. Alfred A. Cave, *Abuse of power. Andrew Jackson and the Indian Removal Act of 1830*. In: *Historian*, Jg. 65, Nr. 6, 2003, S. 1330-1353. In: <http://www.trinityhistory.org/AH/pdfs/Cave,%20Abuse%20of%20Power.pdf>, S. 1332.

⁹ vgl. Cave, *Abuse of power*, S. 1332.

Stammesgefüges blieben unbeantwortet. Ethan Davis, ein zeitgenössischer Rechtswissenschaftler, bezeichnet die Bestimmungen des Removal act als „...broad generalities...“ und betont seine „...vagueness and imprecision...“.¹⁰

¹⁰ Ethan Davis, *An Administrative Trail of Tears: Indian Removal*. (Oxford 2010). In: *American Journal of Legal History*, Jg. 50, Nr. 1, 2010, S. 49–100. In: https://watermark.silverchair.com/50-1-49.pdf?token=AQECAHi208BE49Ooan9kkhW_Ercy7Dm3ZL_9Cf3qfKAc485ysgAAAAUwggGhBgkqhkiG9w0BBWaggGSMIIbjglBADCCAYcGCSqGSib3DQEhATAeBgIghkgBZQMEAS4wEQQMnqAHUq4T_2szZjbZAqEQgIIBWKGW4M-EEjfmSIXF1NrN7xMoivaQ6nmFp3ff6LB0zKEjCxSs5LnW5NacDqWNSds3nFFRIOIEDRFSIoOIb2RRFUt3UbQ6dpSnLxsn6adLBtdoC2uBgyaV_c2KAQHZxX0He3mHtAZYvFVNBCG1SxvYiumQTt-7CyPlo1egBjHe_zv_IPkGBc_0OP8GXU79Z5VILNfKoGf7W6DuNc3aDuTKkuv7I22RFzQqog5axhhIUgxr0pP7DVz4bzxalLYPyUatgg2-3uELFV8qmlRxnG8yZJKoFo9ONC8FhHnNN0M-W4obapDj8ltFUMBh5uQQjgx2GdQWAeqSjG2kWED6FbR9DzoHPgyaZeNwp9GCsu9eJRgIM644zW7WCeDtN6RePwDya8wYzwCKn0TGqxKZkTS8x95rpTANKMdHe82KJxpdEgwLd0w2lwvI5DT00cE_ZhqWblUqloptR_, S.52.

3. Das Bureau of Indian Affairs-Entstehungsphase und Zuständigkeit

Die historische Entwicklung der indigenen Reservate in den Vereinigten Staaten von Amerika steht in engem Zusammenhang mit der Institution des Bureau of Indian Affairs, abgekürzt BIA. Vorläufer in Form von drei departments, deren Zuständigkeit abgegrenzt nach geographischen Gesichtspunkten gegliedert war, wurden bereits im Jahr 1775 gegründet. Diese unterschieden sich jedoch grundlegend von diesem, bedingt durch den vorgesehenen Zweck der Gründung: So fungierten die früheren departments als quasi diplomatische Vermittler, sie handelten mit den einzelnen Stämmen Verträge aus, um deren Neutralität im unmittelbar bevorstehenden Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg zu gewährleisten.¹¹

Die Frühphase des Wirkens der späteren Institution gestaltete sich durchaus turbulent: So benötigte es fünf Jahre (von der Gründung durch John C. Calhoun im Jahre 1824 bis 1829) sowie insgesamt drei Durchläufe durch den Kongress, um von diesem überhaupt als legitime staatliche Organisation anerkannt zu werden. Calhoun selbst hatte vor der Gründung das Amt des Secretary of War inne. In Bezug auf das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu den Native-Stämmen vertrat er äußerst eurozentrische Positionen, und stand „foreigners“ im Hinblick auf gesetzliche Gleichberechtigung generell ablehnend gegenüber. Zu diesen zählte er unter anderem „the Indians, foreign boatmen, & interpreters“. ¹² Zudem implizierte sein Verständnis von politischer Freiheit die Versklavung von anderen.¹³

Die konkrete Bedeutung der Institution an sich für die indigene Bevölkerung in den Reservaten, beziehungsweise die Befugnisse über die Lebensumstände derselben, wandelten sich im Laufe der Zeit. Repräsentierte das BIA anfangs eine Verwaltungs- und Überwachungsbehörde, so wurden nach und nach, besonders im Laufe der 1880er Jahre, immer mehr Kompetenzen den zuständigen indian agents übertragen,

¹¹ vgl. C.L. Henson, From War to Self Determination: a history of the Bureau of Indian Affairs. (s.l. 1996). In: <http://www.americansc.org.uk/Online/indians.htm>.

¹² Francis Paul Prucha, Documents of United States Indian Policy. (Lincoln 1975). In: University of Nebraska Press. zit. nach: John Borneman, American Anthropology as Foreign Policy. In: American Anthropologist, Jg. 97, Nr.4, 1995, S. 663-672. In: https://www.researchgate.net/profile/John_Borneman5/publication/227721933_American_Anthropology_as_Foreign_Policy/links/56ec82a808aed17d09f65229.pdf, S.668.

¹³ vgl. John C. Calhoun, Jon Roland, A discourse on the constitution and government of the United States. (s.l. s.a.). In: <https://www.nedgallagher.com/courses/documents/Calhoun.pdf>, S.1.

beispielsweise das interne Bildungswesen, die Rechtsprechung, etc. Zu dieser Zeit war die indigene Bevölkerung dem BIA quasi treuhänderisch unterstellt und sah sich, wie bereits erläutert, mit einem erstarkenden Assimilierungsdruck konfrontiert.

Erst die 1950er und 60er- Jahre markierten einen Wendepunkt, aufgrund der Tatsache, dass der Behörde einige bedeutende Verantwortungsbereiche entzogen wurden, zum Beispiel das Gesundheitswesen, welches dem entsprechenden US-amerikanischen Ministerium zugeteilt wurde. In den siebziger Jahren erfolgte zunehmend die Implementierung einer Politik der self-determination, in Zuge derer das BIA begann, sich zu einer eher beratenden Instanz zu wandeln. Diese Entwicklung wurde von Teilen der Native-Bevölkerung, unter anderem dem 1961 gegründeten Indian Youth Council, skeptisch wahrgenommen und kritisch kommentiert:

„The Bureau of Indian Affairs has always had a militant disinclination toward change. It is like Mother Nature: it can be probed, occupied, undermined, or incinerated, but its essence always seems to remain immutable, its form determined more by the composite debris of passing careers than by directed action. Any efforts to encourage basic change become the feckless hobbies of frustrated men. Like most bureaucracies, the BIA frequently gives a superficial appearance of change while moving to preserve its existing structure.”¹⁴

Die Frage nach den in der Vergangenheit präsenten sowie herrschenden Tendenzen der kollektiven, internen Wahrnehmung des BIA durch die Native Americans soll an späterer Stelle in einem eigenen Kapitel thematisiert werden. Dennoch soll hier noch auf die Frage eingegangen werden, inwiefern und ob durch die Verschiebung, eigentlich Entziehung, bestimmter Zuständigkeitsbereiche eine grundlegende Veränderung der Politik und Praktiken der Behörde erzielt werden konnte, beziehungsweise eine Verbesserung/Veränderung der allgemeinen Lebenssituation der Native Americans.

Zu diesem Zweck erfolgt im folgenden Abschnitt eine Analyse der Charakteristiken zweier zentraler Grundbedürfnis-Felder, nämlich der Bildungs- sowie des

¹⁴ Steve Nickeson, The structure of the Bureau of Indian Affairs. In: Law and Contemporary Problems Nr. 40.1 (1976), S.61-76. In: <http://scholarship.law.duke.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=3472&context=lcp>, S. 61.

Gesundheitswesens. Ausschlaggebend für die Auswahl dieser Punkte ist die Tatsache, dass der Erstgenannte, zumindest teilweise, in Form von eigenen Schuleinrichtungen vom Bureau of Indian Affairs verwaltet wird. Im Gegensatz hierzu wurde das Native-Gesundheitswesen bereits im Jahre 1955 dem BIA entzogen und dem Department of Health and Human Services übertragen. Die an dieser Stelle entscheidende Fragestellung lautet also: Weist ein elementarer Kompetenzbereich, welcher über Jahrzehnte bis in die heutige Zeit unter der Verfügungsgewalt des Bureau of Indian Affairs stand, signifikant negativere Charakteristika in Bezug auf die soziale Lebensrealität der betroffenen indianischstämmigen Bevölkerung auf als ein ähnlich wichtiger Bereich, der bereits seit 62 Jahren (Stand 2017) einem Ministerium der Vereinigten Staaten direkt untergeordnet ist?

3.1. Bildung

Im Rahmen einer näheren Analyse des ersten Teilaspektes, welcher innerhalb der Kompetenz des Bureau of Indian Affairs verblieben war, nämlich der Bildung, lässt sich zusammengefasst Folgendes konstatieren: Die Einschätzung Nickesons aus dem Jahre 1976 scheint, zumindest bezogen auf diesen Fall, bis in die heutige Zeit Gültigkeit zu besitzen. Ein Bericht des General Accounting Office aus 2001 kam zu dem Ergebnis, dass von der BIA betriebene Bildungseinrichtungen in beziehungsweise nahe Reservaten vergleichbaren, regulären, staatlichen Schulen qualitativ signifikant hinterherhinken. So verfügten 60% der untersuchten Kinder nur über mangelhafte Kenntnisse der englischen Sprache.¹⁵ Die drop-out-Rate im Mittelschulbereich liegt eklatant höher als bei anderen Schülern. Während 1980 ca. 78,7% der nichtindigenen, „weißen“ Bevölkerung über ein High School-Diplom verfügte, so war dies lediglich bei 60,2% der Native Americans der Fall.¹⁶ Auch im Rahmen der vorgesehen finanziellen Ressourcen offenbarten sich deutliche Differenzen: Mitarbeiter der entsprechenden colleges verdienen nur ca. die Hälfte des Einkommens regulärer College-Angestellter außerhalb des BIA-Einflussbereiches. Zudem liegen die durchschnittlichen Ausgaben pro Schüler bei

¹⁵ vgl. Robert *McCarthy*, The Bureau of Indian Affairs and the Federal Trust Obligation to American Indians . In: Brigham Young University Journal of Public Law Nr. 19/ 2004. In: <http://digitalcommons.law.byu.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1338&context=jpl>, S.132.

¹⁶ vgl. Klaus *Frantz*, Die Indianerreservationen in den USA : Aspekte der territorialen Entwicklung und des sozio-ökonomischen Wandels. (Stuttgart 1993). S. 116.

Summen, welche laut GAO Beträgen ähneln, die öffentliche Schulen in den Vereinigten Staaten in den späten siebziger/frühen achtziger Jahren investierten.¹⁷

Im Vorfeld an genauere Betrachtungen soll nun auf die Frage eingegangen werden, welche historischen Prozesse die Entstehung dieser bildungstechnischen Ungleichheit zwischen Native Americans und anderen Ethnien, der sogenannten „achievement gap“, förderten.¹⁸

1928 erschien der sogenannte Meriam-Bericht, ein Dokument, welches ein Ergebnis einer Untersuchung der sozialen Lebensumstände der indigenen Bevölkerung in den USA darstellte. Die Aufdeckung diverser Missstände durch diesen Bericht implizierte ein zunehmendes Maß an der hauptverantwortlichen Institution, dem BIA. Zu jener Zeit forcierte die US-Amerikanische Regierung, wie im vorherigen Kapitel beschrieben (ab S.8), vor allem assimilatorische Maßnahmen. Im schulischen Umfeld sind in diesem Zusammenhang besonders die sogenannten boarding schools zu nennen, welche in ihrer Frühphase vor allem von Missionaren, ab dem frühen 20. Jahrhundert auch vom BIA selbst gegründet wurden. Während sie zu dieser Zeit für einen Teil der gesamten indianischen Bevölkerung im schulpflichtigen Alter die einzige Alternative, Bildung zu erhalten, darstellten, wurden sie von vielen Stämmen schlichtweg als Hort der Unterdrückung wahrgenommen. So zeigte eine Untersuchung aus dem Jahr 1979, dass für einige Navajo-Familien die Praktiken der BIA-boarding schools eine wesentliche Motivation für die temporäre Abgabe ihrer Nachkommen an mormonische Pflegefamilien und somit die Herausnahme aus dem Native-Bildungssystem darstellte; quasi als die Entscheidung für das kleinere Übel.¹⁹

Der Meriam-Report stellte diese Haltung der Zwangsanpassung infrage und favorisierte eine zumindest differenziertere im Hinblick auf die Repression traditioneller Verhaltensweisen (im Vorfeld galten unter anderem in den erwähnten

¹⁷ vgl. *McCarthy*, The Bureau of Indian Affairs and the Federal Trust Obligation to American Indians, S.133.

¹⁸ vgl. Gloria *Ladson-Billings*, From the Achievement Gap to the Education Debt: Understanding Achievement in U.S. Schools. In: Educational Researcher, Vol. 35, Nr. 7, 2006, S. 3-12. In: <https://advising.wisc.edu/facstaff/sites/default/files/files/Achievement%20&%20Educational%20Debt%20Ladson-Billings%20copy.pdf>, S.3.

¹⁹ vgl. Martin D. *Topper*, Mormon Placement: The Effects of Missionary Foster Families on Navajo Adolescents. In: Ethos Jg. 7, Nr.2, 1979, S. 142-160. In: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1525/eth.1979.7.2.02a00040/pdf>, S.145.

boarding schools ein Verbot des Tragens traditioneller Kleidung, des Gebrauchs indianischer Sprachen, etc.)²⁰:

„Which aspects of Indian cultural life are perceived as safe enough to encourage, and which are too dangerously different to be tolerated?“²¹

In Folge der Veröffentlichung dieses Dokumentes verabschiedete der Staat zwar mehrere Reformen wie zB. die Einführung zweisprachigen Unterrichts in ausgewählten Bildungseinrichtungen, allerdings wurden diese durch den Kriegseintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg beendet. In der unmittelbaren Nachkriegszeit sandte der Kongress unter anderem Kinder der Navajos auf weit entfernte Schulen, anstatt auf stammesinterne Forderungen nach eigenen Bildungseinrichtungen auf Reservationsgebiet einzugehen.²²

Als Reaktion auf eine immer mehr erstarkende Protestbewegung in den 1960er und -70er Jahren vonseiten junger, indianischer Intellektueller, konnte die Native-Gesellschaft in Bezug auf eine selbstständige Verwaltung des Bildungssektors einige Teilerfolge verzeichnen. Im Jahr 1970 verlautbarte Richard Nixon aufgrund zunehmender Kritik an BIA-Miswirtschaft in diversen indianischen Belangen:

„...control of those programs should be in the hands of the Indian communities...“²³

Ab 1978 entstanden schließlich erste Schulen unter Kontrolle von Native-Gemeinschaften.

3.1.1. Aktuelle Zahlen und Verhältnisse

²⁰ vgl. K. Tsianina Lomawaima, Teresa L. McCarty, When Tribal Sovereignty Challenges Democracy: American Indian Education and the Democratic Ideal. In: American Educational Research Journal, Vol. 39, Nr. 2, 2002, S. 279-305. In:

http://users.atw.hu/cellotar/angol/when_tribal_sovereignty_challenges_democracy.pdf, S.286.

²¹ Lomawaima et al., When Tribal Sovereignty Challenges Democracy, S. 287.

²² vgl. Lomawaima et al., When Tribal Sovereignty Challenges Democracy, S. 288.

²³ Ethelou Yazzie, Statement submitted to the American Indian Policy Review Commission by Ethelou Yazzie, Director, Rough Rock Demonstration School. (Washington D.C. 1976). In: American Indian Policy Review Commission (Compiler), Report on Indian education. Final report to the American Indian Policy Review Commission. zit. nach: Lomawaima et al., When Tribal Sovereignty Challenges Democracy, S. 289.

Obgleich auf dem Feld der Bildung aus formeller Perspektive im Hinblick auf den Souveränitätsgrad der Native Americans, wie eben erläutert, durchaus Erfolge verzeichnet werden konnten, impliziert dies nicht gezwungenermaßen eine reale Verbesserung der sozialen Verhältnisse in diesem Gebiet. Daher sollen nun abschließend aktuelle Phänomene und Ist-Zustände analysiert werden.

Eine 2002 veröffentlichte Studie, in Zuge derer öffentliche und private Schulen, sowie als eigene Gruppe BIA-Einrichtungen auf unterschiedlichste Kriterien hin untersucht wurden, kam unter anderem zu dem Ergebnis, dass der Besuch einer der letztgenannten Bildungsinstitutionen einen potentiellen Indikator für ökonomische Armut bildet. So beherbergten 97,17% (172/177) der Gesamtheit der BIA-Schulen Schülerinnen und Schüler, welche einen Anspruch auf verbilligte Essenspreise oder gar Gratisessen besaßen.²⁴ In ca. einem Drittel dieser Einrichtungen wurden im untersuchten Zeitraum mit Regelmäßigkeit Durchsuchungen nach Suchtgift vorgenommen (33,2%) sowie die tägliche Anwesenheit von Security-Personal oder Polizeikräften als notwendig erachtet und auch eingeführt.²⁵ Damit in Zusammenhang könnte ebenfalls die signifikant niedrige Anzahl von Schülern und Schülerinnen pro Klasse in BIA-betriebenen Schulen als Form von Konfliktentschärfung stehen: So würde eine durchschnittliche Klasse in sogenannten „combined grade schools“ aus lediglich 18 Schülern bestehen.²⁶ In Zusammenhang hiermit steht eventuell auch der prozentuell sehr niedrige Anteil der indianischen Schüler gemessen an ihrer Gesamtheit, welcher in der jüngeren Vergangenheit (Stand 2010) anstelle von regulären öffentlichen Schulen BIA-Versionen besuchte: Dieser beläuft sich auf lediglich 8%.²⁷

Bei näherer Betrachtung der Gesamtheit, also inklusive des Großteils in öffentlichen Schulen, wird schnell die generelle enorme Diskrepanz hinsichtlich der Erlangung eines Schulabschlusses spürbar: So beträgt die Abschlussrate unter Native

²⁴ Stephen Broughman, Marisa Burian-Fitzgerald, Kerry Gruber, Gregory Strizek, Susan Wiley, Schools and Staffing Survey, 1999-2000: Overview of the Data for Public, Private, Public Charter, and Bureau of Indian Affairs Elementary and Secondary Schools. E.D. Tabs. (Washington 2002). In: <http://files.eric.ed.gov/fulltext/ED468963.pdf>, S. 90.

²⁵ vgl. Broughman et al., Schools and Staffing Survey, 1999-2000, S. 91.

²⁶ vgl. Broughman et al., Schools and Staffing Survey, 1999-2000, S. 97.

²⁷ vgl. Susan C. Faircloth, John W. Tippeconnic III, The Dropout/Graduation Crisis Among American Indian and Alaska Native Students: Failure to Respond Places the Future of Native Peoples at Risk. (Los Angeles 2010). In: <http://files.eric.ed.gov/fulltext/ED511323.pdf>, S.4.

Americans 46,6%, was im Vergleich mit weiteren ethnischen Gruppen wie Afroamerikanern, Weißen, etc. den niedrigsten Wert repräsentiert.²⁸

Ein vom BIA selbst durchgeführter und publizierter Bericht, die Report Card 2004-2005, bestätigt weitestgehend die bis dato erläuterten Zustände und Entwicklungen: So lag die High-School-Abschlussrate im entsprechenden Zeitraum bei ca. 57%, von denen wiederum nur 3-4% der Schülerinnen und Schüler das Lesen und Mathematik auf fortgeschrittenem Niveau beherrschten. Ca. zwei Drittel der BIA-Schulen lagen leistungsmäßig unter dem bundesweiten Durchschnitt, mit einer vorzeitigen Dropoutrate von 15%.²⁹

3.2. Gesundheitswesen

Zu Beginn ein kurzer historischer Überblick: Ab dem Zeitraum der Implementierungsphase der ersten, neueren Reservationen (1830-70) stellten infektiöse Krankheiten, vor allem Tuberkulose, eine der häufigsten Todesursachen unter den Bewohnern dar (bis zu 50%).³⁰ Zeitgenössische Kritiker verwiesen bereits damals auf die vorherrschenden, mangelhaften hygienischen Bedingungen als Katalysator für deren Verbreitung. Parallel entstanden ebenfalls biologistische Erklärungsversuche der Inferiorität des Immunsystems der Natives gegenüber dem des „kaukasischen“ Europäers.³¹

Zum Zwecke der besseren Möglichkeiten einer staatlichen Finanzierung des Native-Gesundheitswesens wurde es im Zuge der Verabschiedung des Snyder-Acts 1921 in die Verantwortung des BIA übertragen.³² 1954 erfolgte die Implementierung der nächsten Zäsur, des Transfer Acts, welcher diesen Kompetenzbereich in Form des Indian Health Service direkt dem Public Health Service unterstellte. In Bezug auf Stammessouveränität enthielt dieses Gesetz bereits erste konkrete Ansätze. So war unter anderem für die Erstellung von Verträgen mit staatlichen Institutionen über die

²⁸ vgl. *Faircloth et al.*, The Dropout/Graduation Crisis Among American Indian and Alaska Native Students, S. 14.

²⁹ vgl. *Ladson-Billings*, From the Achievement Gap to the Education Debt, S. 8.

³⁰ vgl. David S. Jones, The Persistence of American Indian Health Disparities. (s.l. 2006). In: American Journal of Public Health, Vol 96, Nr. 12, 2006, S. 2122-2134. In:

<http://ajph.aphapublications.org/doi/pdf/10.2105/AJPH.2004.054262>, S. 2126.

³¹ vgl. Jones, The Persistence of American Indian Health Disparities, S. 2127.

³² vgl. Linda Bane Frizzell, Donald Warne, American Indian Health Policy: Historical Trends and Contemporary Issues. (Durham 2014). In: American Journal of Public Health, Supplement 3, Jg. 104, Nr. S3, S. 263-267. In: <http://ajph.aphapublications.org/doi/pdf/10.2105/AJPH.2013.301682>, S. 263.

Belange von Native-Gesundheitseinrichtungen vonseiten des Secretary des IHS die Zustimmung der Stammesregierung zwingend vorgesehen.³³ Die Implementierung des Indian Self-Determination and Education Assistance Act 1975 implizierte einige, für Reservatsgebiete günstige Regelungen, wie die Schaffung von Krankenanstalten auf Land mit einer bis dato geringen Dichte. Ein Jahr darauf trat der bis in die heutige Zeit gültige, sogenannte Indian Health Care Improvement Act in Kraft, welcher laufend Reformierungen unterzogen wurde (unter anderem 2000). Auf ihrer Grundlage ist es der Native-Bevölkerung unter anderem möglich, finanzielle Vergünstigungen im Gesundheitsbereich für ihren jeweiligen Stamm zu beantragen.³⁴ Außerdem garantiert er verstärkte Autonomie im Hinblick auf Selbstorganisation und –bestimmung (zB. über IHS-Programme).

Im Folgenden soll der Fokus der Analyse auf ebendieser ab der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts verantwortlichen Organisation, dem Indian Health Service (IHS) liegen. Die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen Institution sowie vor allem die damit einhergehende Ablösung des BIA in diesem Bereich von offizieller Seite durchaus erkannt. Ray Shaw, der erste IHS-Direktor, hatte im Vorfeld neben strukturellen Mängeln gerade auch die hierarchische Unterordnung des medizinischen Personals unter den ortsansässigen BIA-Vertreter als Hauptproblem identifiziert:

„... The pay was terrible, the doctors were isolated, they had bad facilities, no books, no continuing medical education, and worst of all, they were subordinate to the local BIA-superintendent”³⁵

Dem Team um Shaw gelang es innerhalb weniger Jahre, Verbesserungen der Lebensbedingungen in elementaren Bereichen des täglichen Lebens zu erzielen (u.a. Errichtung von funktionstüchtigen Sanitäreinrichtungen). Zudem zielte er auf einen Vertrauensaufbau durch partielle Involvierung traditioneller Heilpraktiken der

³³ vgl. *Bane Frizzell et al.*, American Indian Health Policy, S. 264.

³⁴ vgl. *Bane Frizzell et al.*, American Indian Health Policy, S. 266.

³⁵ Abraham B. *Bergman*, Angela M. *Erdrich*, Ralph *Forquera*, David C. *Grossman*, John G. *Todd*, A Political History of the Indian Health Service. (Malden/Oxford 1999). In: The Milbank Quarterly, Jg. 77, Nr. 4, 1999, S. 571-604. In: https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC2751138/pdf/milq_152.pdf, S. 577.

Indigenen. Diese waren im Vorfeld im Zuge der Assimilationspolitik in den lokalen, staatlich betriebenen Krankenanstalten untersagt worden.³⁶

Generell lässt sich anhand der konkret gesetzten Maßnahmen des IHS zu dieser Zeit durchaus eine im Vergleich zu anderen Behörden stärker vorhandene Bereitschaft zur Förderung von Selbstbestimmung konstatieren. Dies hatte mitunter auch praktische Gründe: So schuf ein Nachfolger Shaws, Emery Johnson, Mitte der 1960er-Jahre das CHR-Programm (community health representatives), ein Programm zum Empowerment kleinerer Reservate ohne direkten Zugang zu Krankenanstalten etc. durch Ausbildung von lokalen Bewohnern in Gesundheitsberufen.³⁷

Diese Bemächtigung zu eigenständiger Initiative wird auch 20 Jahre danach noch in eigenen Publikationen von IHS-Personal betont, beispielsweise in diesem Artikel über Kampf gegen Alkoholismus aus dem Jahr 1988:

„Recently, a group of teenaged persons on the Cheyenne River Reservation demanded that the tribe take action to decrease the amount of alcoholism on the reservation. (...). The general impression is that a distinct change in the attitude of many tribes toward alcoholism has occurred, and many are beginning to take actions directed at solving the problem.”³⁸

3.2.1. Kontroversen um den IHS-Definitionsschwierigkeiten und Grundrechtsverletzungen

In Bezug auf die Struktur und Geschichte des IHS gilt es ebenfalls einige kontroversiellere Punkte zu nennen. Hierbei erscheint in erster Linie das Ausmaß der Zuständigkeit dieser Institution in früheren Jahren und Jahrzehnten als unklar definiert, konkret im Hinblick auf folgende Fragestellung: Erstreckt sich ihr Verantwortungsbereich im Sinne einer pan-Native-Versorgung auf das gesamte Bundegebiet der Vereinigten Staaten inklusive dem urbanen Raum? Oder

³⁶ vgl. *Bergman et al.*, A Political History of the Indian Health Service, S. 581.

³⁷ vgl. *Bergman et al.*, A Political History of the Indian Health Service, S. 585.

³⁸ Thomas R. *Burns*, Phyllis *Eddy*, Russell D. *Mason*, Everett R. *Rhoades*, Eva M. *Smith*, The Indian Health Service Approach to Alcoholism Among American Indians and Alaska Natives. (s.l. 1988). In: Public Health Reports, Jg. 103, Nr. 6, 1988, S. 621-627. In: <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC1478162/pdf/pubhealthrep00167-0067.pdf>, S. 626.

beschränken sich ihre Leistungen vielmehr auf Bewohner von Reservaten beziehungsweise ländliche Einwohner in deren unmittelbarer geographischer Nähe?

In einem offiziellen, 2001 publizierten Dokument des BIA, welches der Information der Bevölkerung über grundsätzliche rechtliche und soziale Lebensumstände der Native Americans dienen sollte, wird eine auf den ersten Blick recht eindeutige Antwort auf diese Fragen gegeben:

„Members of Federally recognized Tribes who do not reside on their reservations have limited relations with the BIA and IHS, since BIA and IHS programs are primarily administered for members of Federally recognized tribes who live on or near reservations.“³⁹

Um die Jahrtausendwende stellten ergo zwei Bedingungen die Kriterien für eine vollwertige IHS-Versorgung dar: Erstens die Zugehörigkeit zu einem der über 550 anerkannten Stämme, weiters zumindest die räumliche Nähe des Wohnsitzes zu einem Reservat, wenn nicht in Demselben.

Jedoch erfolgt im Anschluss keinerlei nähere Definition des Ausdruckes „near reservations“ in Form einer Angabe eines exakt definierten Umkreises oder ähnlicher Kriterien. Dieser Umstand stellt ein historisches Kontinuum dar, bereits im Jahre 1972 merkte der Rechtswissenschaftler Lee J. Sclar in Bezug auf diese Fragestellung in aller Deutlichkeit an:

„The reason for this absurd situation is that "near a reservation" is an undefined term. The B.I.A. has no idea what it does or should mean.“⁴⁰

Als dieser Aussage zu Grunde liegende Situation dient die paradoxe, unterschiedliche Behandlung der nicht auf Reservaten lebenden Native Americans in Alaska und Kalifornien zu dieser Zeit. Denn während im erstgenannten Bundesstaat, trotz eines flächenmäßig deutlich geringeren Anteils von Reservatsland am Gesamtstaatsgebiet, pauschal sämtliche Natives als „near reservation“-Bewohner kategorisiert wurden, geschah in Kalifornien das genaue Gegenteil (ca. 70 Reserverate

³⁹ s.a. , Bureau of Indian Affairs answers to frequently asked questions. (s.l. 2001). In: <https://www.dshs.wa.gov/sites/default/files/ESA/dcs/documents/bia.pdf>, S.3.

⁴⁰ Lee J. Sclar, Participation by Off-Reservation Indians in Programs of the Bureau of Indian Affairs and the Indian Health Service. (Missoula 1972). In: Montana Law Review, Vol. 33 Issue 2 1972, S. 1-42. In: <http://scholarship.law.umt.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1834&context=mlr>, S.98.

bei deutlich geringerer Staatsfläche ohne Definierung des Großteils der Bevölkerung als „near reservation“).⁴¹

Diese Vorgehensweise erscheint aufgrund der fehlenden juristischen und regulativen Grundlage in höchstem Maße als arbiträr und wenig nachvollziehbar. Eine genau definierte Eingrenzung dieser Begrifflichkeit wurde vonseiten der Behörden zu keinem Zeitpunkt vorgenommen. Unmittelbar während der Reorganization-Act-Phase, in den frühen 1930ern, galt vielmehr der die „blood quantity“, der relative Anteil indigener Ahnen, als ausschlaggebend. Konkret betrug dieser die Mindestgrenze von einem Viertel, unter anderem im Hinblick auf U.S.C. §§470 (Fonds für Kreditvergabe).⁴² Im Laufe der folgenden Jahrzehnte änderten sich diese- zu Beginn fremdbestimmten und oktroyierten- Kriterien: Im Jahr 1978 entschied der United States Supreme Court im Fall „Santa Clara Pueblo vs. Martinez“, dass die Entscheidung über die Neuaufnahme von Stammesmitgliedern (andere Stämme oder Nicht-Natives) und damit einhergehend partiell über die Zuerkennung des Native-titles ausschließlich souverän von dem betreffenden Stamm selbst getroffen wird.⁴³

Die Formulierung „partiell“ wird in diesem Zusammenhang verwendet, da die Zugehörigkeit zu einem staatlich anerkannten Stamm, gemeinsam mit dem zuvor genannten Mindestmaß an direktem Verwandtschaftsanteil, zwar den Zugang zu Leistungen des BIA, IHS etc. gewährleisten. Jedoch muss der Vollständigkeit halber an dieser Stelle zusätzlich auf Folgendes verwiesen werden: Um offiziell (Zensusbehörden) als Native American (oder andere Ethnie) zu gelten, reicht in den USA gegenwärtig die Selbstdeklarierung.⁴⁴ Sämtliche in dieser Arbeit durchgeführten Analysen und Erläuterungen beziehen sich auf den erstgenannten Anteil, welcher zur Inanspruchnahme von Services des BIA /IHS berechtigt ist. Im Jahre 2004 belief sich dieser auf etwas mehr als ein Drittel (36,5%) gemessen an der Gesamtheit der „American Indians“:

⁴¹ vgl. *Sclar*, Participation by Off-Reservation Indians in Programs of the Bureau of Indian Affairs, S. 197 f.

⁴² vgl. *Sclar*, Participation by Off-Reservation Indians in Programs of the Bureau of Indian Affairs, S. 211.

⁴³ vgl. Erin Hogan *Fouberg*, Tribal territory, sovereignty, and governance : a study of the Cheyenne River and Lake Traverse Indian reservations. S. 175 f.

⁴⁴ vgl. *s.a.* , Bureau of Indian Affairs answers to frequently asked questions, S. 2.

„The IHS serves approximately 1.5 million people, but it does not serve all of the 4.1 million individuals whom the Census Bureau reports as being American Indian or Alaska Native, either alone or in combination with other races.“⁴⁵

Neben den eben erläuterten anfänglichen Schwierigkeiten der Abgrenzung eines klaren Zuständigkeitsbereiches dominiert vor allem ein viel kontroverserer Prozess den Diskurs über den IHS: Nachgewiesene Zwangssterilisationen, durchgeführt von Mediznern in IHS-Einrichtungen und an Native American Frauen, mit Fokus auf die Altersgruppe 15-44 (gebärfähiges Alter). Im Anschluss an die Aufdeckung durch die Cherokee-Ärztin Dr. Pinkerton-Uri 1975 erfolgte eine Untersuchung durch das General Accounting Office (GAO).. Allerdings wies diese unverkennbar methodische Mängel auf, unter anderem bedingt durch die Beschränkung der untersuchten Einrichtungen auf ein Drittel der Gesamtheit (4 von 12).⁴⁶ Darüber hinaus zweifelten Native-Angehörige sowie Autoritäten, nach Durchführung eigener empirischer Recherche, selbst an der Authentizität der offiziell veröffentlichten Zahlen und verdächtigten die Verantwortlichen der eugenischen Geburtenkontrolle.⁴⁷

3.3. Fazit

Auf Grundlage des direkten Vergleiches der beiden Themenfelder „Bildung“ sowie „Gesundheitswesen“ resultieren folgende Ergebnisse und Schlussfolgerungen:

Bildung: Obgleich das BIA, wie zu Beginn des Kapitels beschrieben, im Sinne der self-determination-Politik seit ca. vier Jahrzehnten eine eher unterstützende Instanz repräsentiert, scheint der vergangene Einfluss in diesem elementaren Sektor noch unverkennbar spürbar. Zahlreiche dargelegte statistische Daten belegen die bis in die jüngere Vergangenheit reichenden, eklatanten Unterschiede in Bezug auf

⁴⁵ Jennifer Haley, Marsha Lillie-Blanton, Yvette Roubideaux, Stephen Zuckerman, Health Service Access, Use, and Insurance Coverage Among American Indians/Alaska Natives and Whites: What Role Does the Indian Health Service Play?. (Durham 2004). In: American Journal of Public Health, Jg. 94, Nr. 1, 2004, S. 53-59. In: <http://ajph.aphapublications.org/doi/pdf/10.2105/AJPH.94.1.53>, S. 53.

⁴⁶ vgl. Michael Muhammad, Stigmatization and the re-articulation of eugenic ideology: A study of coded racism in family planning policy from the 1920s to the 1990s. (Diss. Albuquerque 2014). In: http://digitalrepository.unm.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1033&context=soc_etds, S. 4 f.

⁴⁷ vgl. Jane Lawrence, The Indian Health Service and the Sterilization of Native American Women. (s.l. 2000). In: American Indian Quarterly, Jg. 24, Nr. 3, 2000, S. 400-419. In: http://bixby.ucla.edu/journal_club/Lawrence_s2.pdf, S. 410.

Dropoutraten, das Erlangen von Abschlüssen sowie sozialen Problematiken an BIA-Schulen.

Gesundheit: Die Trennung dieses Sektors aus dem Kompetenzbereich des BIA erlaubte augenscheinlich eine schrittweise Verstärkung der Native-Emanzipierung in bestimmten Bereichen (zB. CHR-Programme, siehe S. 20). Die Relevanz des Fortschreitens dieser Tendenzen bis hin zum Health Care Improvement Act und damit einhergehender realer Kontrollmöglichkeiten wird durch stark negativ konnotierte Prozesse wie die erläuterten eugenischen Maßnahmen verdeutlicht.

4. Dawes und Burke Act

Die Konzentrierung der indianisch stämmigen Bevölkerung in Reservaten kann als Folge des Umdenkens ab Mitte des 19. Jahrhunderts angesehen werden, wonach

„die Vorstellung eines eigenen, geschlossenen Indianerterritoriums abseits der Einflussosphäre der Weißen nicht mehr aufrechterhalten werden konnte.“⁴⁸

Zusätzlich erkannte der Kongress das Wegfallen der Notwendigkeit der gleichberechtigten, diplomatischen Interaktion mit den Stämmen, bedingt durch deren zahlenmäßige Schwächung durch Kriege und Seuchen. In Folge verschärften sich repressive Assimilationsmaßnahmen (Verbot des Verlassens der Reservate, zunehmende Missionierungsversuche, etc.). Außerdem stellte die erzwungene Zuweisung in abgeschiedenere Gebiete für die Verantwortlichen eine Möglichkeit dar, der US-Regierung und vor allem deren Maßnahmen feindlich gegenüberstehende Stämme lokal zu isolieren.⁴⁹

Diese Vorschriften und Maßnahmen besaßen jedoch nicht die Intensität, um für sich alleine eine tiefergehende Abgrenzung von der traditionellen stammesverbandlichen Lebensweise zu erzeugen. Vielmehr erschien den Verantwortlichen die Implementierung eines für derartige Kollektivverbände völlig atypischen Gedankens von Nutzen: den individuellen Besitz im Sinne eines kapitalistisch-westlichen Verständnisses. Formell erfolgte diese Zäsur durch den General Allotment Act oder Dawes Act von 1887. Die Grundidee bestand in der räumlichen Auflösung der Reservatsgebiete durch Parzellierung und Umverteilung an die einzelnen Mitglieder, wobei unterschiedliche Quotenregelungen existierten (Ledige, Waisenkinder, etc.).⁵⁰

Im Vorfeld war jedoch die Erstellung einer Definition zwecks juristisch definierter Eingrenzung der Anspruchsberechtigten vonnöten. Hierfür wurde der Anteil indigener Vorfahren („blood quantum“) herangezogen, eine Maßnahme der zuständigen agents, da dies im Dawes Act selbst nicht explizit als Kriterium festgelegt worden

⁴⁸ Frantz, Die Indianerreservationen in den USA, S. 32.

⁴⁹ vgl. Rebecca Tsosie, Land, culture and community: Reflections on native sovereignty and property in America. (Bloomington 2001). In: Indiana Law Review, Jg. 34, 2001, S. 1291-1312. In: <https://journals.iupui.edu/index.php/inlawrev/article/viewFile/3493/3495>, S. 1294.

⁵⁰ vgl. Frantz, Die Indianerreservationen in den USA, S. 37.

war. Diese Vorgehensweise erscheint aufgrund mehrerer Faktoren bei genauerer Analyse als kontrovers und problematisch. Der zu erbringende Nachweis einer bestehenden Native-Blutlinie repräsentierte im Falle der meisten Stämme ein Novum. Im Kolonialismus des 18. und 19. Jahrhundert verschmolzen verschiedene, kleinere Einheiten von Native-Gemeinschaften zu Größeren, neue Mitglieder wurden aufgenommen, ohne dass der Blutanteil in jedweder Form ausschlaggebend gewesen wäre. Für die Dokumentation und Vergabe von Parzellen wurde jedoch ein neues, auf europäisch-naturwissenschaftlichen Kriterien basierendes System geschaffen, eine „mathematically precise abstraction made manifest in blood“.⁵¹

Auch im Falle dieses Acts war das bereits erwähnte BIA involviert, hauptsächlich für die Auswahl der zu veräußernden Grundstücke:

„Sec.3. That the allotments provided for in this act shall be made by special agents appointed by the President for such purpose...“⁵²

Nach einer Zeitspanne von 25 Jahren in treuhänderischer Verwaltung des BIA sollte das Land endgültig in Familieneigentum übergehen (nicht Stammeseigentum!). Der Dawes Act zielte also, zusammenfassend, auf die Auflösung der Reservatsstrukturen und die totale Assimilation der Betroffenen ab.

Einen weiteren, intendierten Nebeneffekt bildete das Freiwerden von sogenanntem „surplus land“ bedingt durch den Parzellierungsprozess. Dieser Begriff bezeichnet Landflächen, welche im Anschluss an die Verabschiedung und Exekutierung des General Allotment Act, oftmals zu Spottpreisen, an weiße US-Amerikaner weiterverkauft wurden. Zum Zwecke der besseren Veranschaulichung wird an dieser Stelle eine grafische Darstellung herangezogen.

⁵¹ David A. Chang, Enclosures of land and sovereignty: the allotment of american indian lands. (Durham 2011). In: Radical History Review, 2011, Vol.2011, S. 108-119. In: <http://rhr.dukejournals.org.uaccess.univie.ac.at/content/2011/109/108.full.pdf+html>, S.113.

⁵² 49. Congress of the United States of America, Transcript of Dawes Act (1887). (s.l. s.a.). In: https://www.ourdocuments.gov/print_friendly.php?page=transcript&doc=50&title=Transcript+of+Dawes+Act+%281887%29

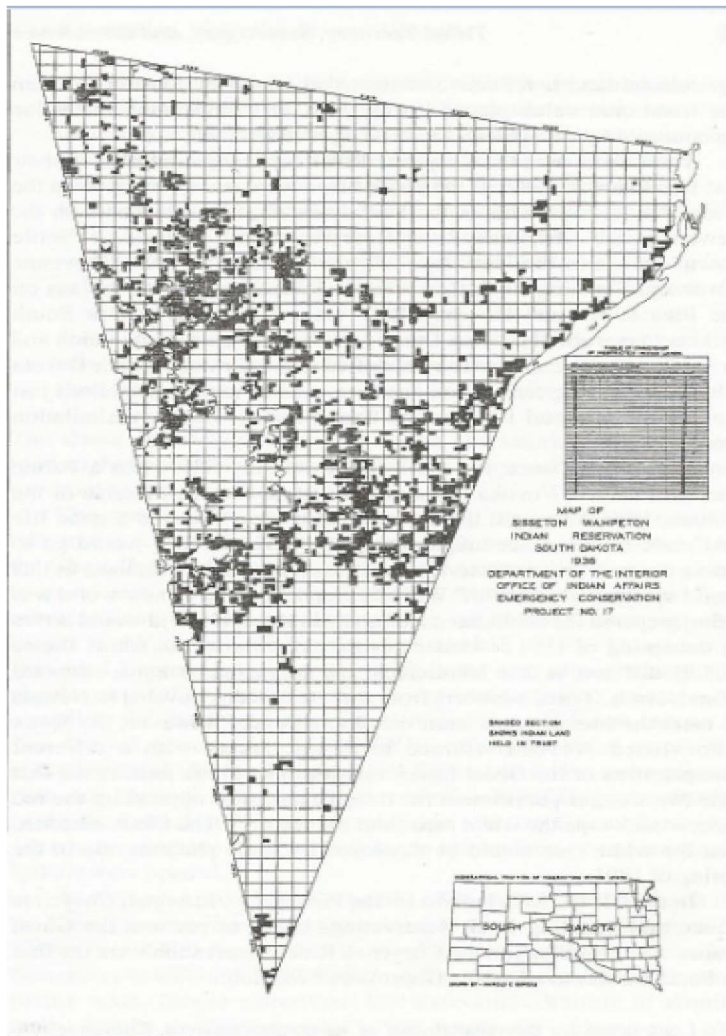


Abb. 1⁵³

Sie zeigt die räumliche Aufteilung der einzelnen Parzellen im Lake Traverse Reservat im Nordwesten South Dakotas im Jahre 1936, unterteilt in zwei Gruppen: Land in Native-Besitz (schwarz) sowie verkäufliches, frei gewordenes Land (weiß). Anhand dieser Darstellung lässt sich der enorme Gesamtgebietsverlust visualisieren, wobei ebenfalls der zeitliche Kontext berücksichtigt werden muss, denn ab 1934 erfolgte auf Grundlage des Reorganization Act ein Stopp der Parzellierungspraktik. Die Besitzverhältnisse Lake Traverse Reservat können als exemplarisch angesehen werden, zwischen 1887 und 1934 verlor die Native-Bevölkerung insgesamt ca. 65% des Reservatslandes auf diese Weise.⁵⁴

⁵³ Merjian, *An Unbroken Chain of Injustice*, S. 37.

⁵⁴ vgl. Merjian, *An Unbroken Chain of Injustice*, S. 618.

4.1. Ideologische Grundlagen: Guardian-ward-Beziehung

Welche potentiellen Katalysatoren für die Schaffung des Dawes Acts können nun in Bezug auf Positionen und Einstellungen verantwortlicher und involvierter Personengruppen identifiziert werden? In Anbetracht der vorliegenden Fakten tendieren Native-Autoren der jüngeren Vergangenheit zur Tätigkeit von Zuschreibungen, auf Grundlage derer eine rein rassistische Motivation sowie Expansionsdrang vorlagen:

„Thus, the idea that Indians constituted a racially inferior people became the foundation for the post-Dawes Act trust doctrine.”⁵⁵

Die (Omni)Präsenz und Dominanz rassistischer motivationaler Aspekte kann unter Berücksichtigung der klar ersichtlichen Schlechterstellung durch konkrete kollektive Parzellierung ohne Inklusion in Entscheidungsprozesse schwerlich negiert werden. Jedoch scheint hierbei eine weitere Differenzierung angebracht: Denn obwohl Druck vonseiten der Siedler, Eisenbahngesellschaften, etc. generiert wurde, sollte in diesem Zusammenhang die Gesamtheit der involvierten Parteien berücksichtigt werden. Zu diesen zählten unter anderem auch philanthropische Gruppen, welche teilweise die These vertraten, dass die Native Americans das verbliebene Reservatsland ohne die Durchführung der im Dawes Act festgeschriebenen Maßnahmen in näherer Zukunft aufgrund der Expansions- und Besiedlungsbestrebungen der weißen Bevölkerung ohnehin einbüßen müssten. Nach Washburn repräsentierten diese gar die Hauptverantwortlichen für die Erlassung dieses Acts.⁵⁶ Ergo kann die Genese desselben, zumindest zu einem Teil, als Produkt einer „guardian-ward“ (dt.: „Beschützer-Schutzbefohlener“)-Beziehung angesehen werden.

Trotz der auf den ersten Blick altruistisch erscheinenden Argumentation erscheint es verkürzt, diese nicht im Hintergrund des zeitgenössischen, westlich sowie protestantisch-religiös geprägten Besitzverständnisses zu sehen. Dieses sah

⁵⁵ Mary K. Nagle, Nothing to trust: The unconstitutional origins of the post-Dawes Act trust doctrine. (Tulsa 2012). In: Tulsa Law Review, Jg. 48, Nr. 1, 2012, S. 63-92. In: <https://digitalcommons.law.utulsa.edu/cgi/viewcontent.cgi?referer=https://scholar.google.at/&httpsredir=1&article=2810&context=tlr>, S. 65.

⁵⁶ vgl. Wilcomb E. Washburn, The historical context of American Indian legal problems. (s.l. 1976). In: Law and contemporary problems, Jg. 40, Nr. 1, 1976, S. 12-24. In: <https://scholarship.law.duke.edu/cgi/viewcontent.cgi?referer=https://scholar.google.at/&httpsredir=1&article=3470&context=lcp>, S. 18 f.

(agrarwirtschaftlich) ungenutztes Land vielfach als verschwendete Ressource an; eine Einstellung, welche auch bei einigen der genannten Reformer und Philantropen eine bedeutende Rolle innehatte⁵⁷

Zudem fungierte das guardian-ward-Konzept als Legitimation für die treuhänderische Verwaltung der Landstücke sowie im weiteren Verlauf nach der Verabschiedung des Burke Act (siehe nächster Abschnitt) auch als Instrument des Staates, neues Land zu konfiszieren.⁵⁸

4.2. Zusätze zum Dawes Act- Curtis und Burke Act

Zusätzlich erscheint es an dieser Stelle notwendig, auch auf zwei der wichtigsten dazugehörigen Reformen und Zusätze einzugehen, um die völlige Tragweite dieser Erlässe zu erfassen. So wurden ab dem Jahr 1893 die Gebiete der sogenannten „5 civilized tribes“ entgegen der ursprünglichen Absicht ebenfalls teilweise parzelliert. Denn bedingt durch den in den 1890ern einsetzenden land rush in Oklahoma wuchs das Interesse an den Gebieten der zuvor exkludierten Choctaw, Chickasaw, Muscogee (Creek), Cherokee, und Seminole. Zudem existieren Bestrebungen zur Schaffung eines eigenständigen Bundesstaates (Oklahoma). In Bezug auf diese beiden Ziele stellte das Jahr 1898 eine unverkennbare Zäsur dar. Die Verabschiedung des sogenannten Curtis Acts, benannt nach dem damaligen Vizepräsidenten Charles Curtis, brachte eklatante Änderungen für die genannten Stämme mit sich: So wurde die Entscheidungskompetenz über Stammeszugehörigkeit an den Staat übertragen sowie Stammesregierungen aufgelöst.⁵⁹

Neben dem 1898 erlassenen Curtis Act kommt dem Burke Act aus dem Jahre 1906 eine ebenfalls bedeutende Rolle zu. Den konkreten Anlass für die Ausarbeitung dieses speziellen Acts bildete die von den Gerichten als kontrovers angesehene Frage nach dem Erhalt der amerikanischen Staatsbürgerschaft.

⁵⁷ vgl. Christopher J. Love, The friends of the Indians and their foes: A Reassessment of the Dawes Act Debate. (s.l. 1991). In: https://etd.ohiolink.edu/!etd.send_file?accession=oberlin1374061588&disposition=inline, S. 11.

⁵⁸ vgl. Tsosie, Land, culture and community, S. 1295.

⁵⁹ vgl. Kaye Tatro, "Curtis Act (1898)," The Encyclopedia of Oklahoma History and Culture (s.l. s.a.). In: <http://www.okhistory.org/publications/enc/entry.php?entry=CU006>

Die Kontroversialität der Staatsbürgerschaftsproblematik in Bezug auf Native Americans ist im Hinblick auf die Genese des Dawes Act als entscheidender Katalysator anzusehen. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei dem Fall "Elk vs. Wilkins" aus dem Jahr 1884 zu. Grundlage dieses Falles bildete das Ablehnen des Eintrages eines Native American in das Wählerverzeichnis der Vereinigten Staaten durch einen lokalen Beamten. Im Vorfeld hatte dieser das Stammesgebiet freiwillig verlassen, um in der Stadt Omaha in Nebraska unter weißen US-Amerikanern zu leben. Der zuständige Beamte begründete seine Handlung mit der Negierung des Status des Natives als Bürger der USA. Der Supreme Court bestätigte ihn danach im Zuge seines Urteiles. Dies widersprach der Auffassung einiger philanthropischer Gruppierungen, welche die Institution des Stammes als grundlegendes Hindernis für den ihrer Ansicht nach zu fördernden Zivilisationsprozess ansahen. Daher wandten sie sich an Henry Dawes, um diesen dazu bewegen, einen entsprechenden Gesetzesentwurf auszuarbeiten.⁶⁰ Letztendlich fand der Gedanke Einzug in die fertige Fassung des Dawes Act :

„ Sec. 6. (...) and every Indian born within the territorial limits of the United States who has voluntarily taken up, within said limits, his residence separate and apart from any tribe of Indians therein, and has adopted the habits of civilized life, is hereby declared to be a citizen of the United States, and is entitled to all the rights, privileges, and immunities of such citizens (...).“⁶¹

Während einige die im Dawes Act festgeschriebene 25 Jahre dauernde Wartefrist anerkannten, argumentierten andere mit dem individuellen Landbesitz als einzige Voraussetzung für die Verleihung. Zum Zwecke der Vereinheitlichung der zu erfüllenden Kriterien besagte der Burke Act nun, dass die Staatsbürgerschaft entweder durch Ablauf der Frist oder eine entsprechende vorhergehende Bestätigung vonseiten des Innenministers erworben wird. Dieser besaß die alleinige Entscheidungsgewalt über diese Entscheidung. Im Falle einer solchen Bestätigung ging auch die Zuschreibung der vollen Geschäftsfähigkeit einher, wodurch Missbrauch im Zuge des Verkaufsprozesses, vor allem gegenüber Gruppen wie älteren Personen oder Natives mit Beeinträchtigungen, indirekt gefördert wurde. So

⁶⁰ vgl. *Washburn*, The historical context of American Indian legal problems, S. 19 f.

⁶¹ *Congress of the United States of America* , Transcript of Dawes Act (1887)

forcierte 1909 der damalige Commissioner of Indian Affairs, Robert Valentine, die quantitativ hohe Vergabe von Staatsbürgerschaftstiteln durch eigens geschaffene Kommissionen.⁶²

Der offizielle Standpunkt der Regierung argumentierte mit dem Schutz der persönlichen Eigentumsrechte der Native-Bevölkerung, da die neuen Landeigentümer gerade bei fehlender institutioneller Protektion Gefahr laufen würden, im Verkaufsprozess arglistig getäuscht werden zu können.⁶³ Nichtsdestotrotz erkannten bereits Zeitgenossen die dahinter stehende Absicht, Teile des vormals indianischen Landes quasi zu konfiszieren:

“The real aim of [the Dawes Act] is to get at the Indian lands and open them up to settlement. The provisions of the apparent benefit of the Indian are but the pretext to get at his lands and occupy them. With that accomplished, we have securely paved the way for the extermination of the Indian races upon this part of the continent. If this were done in the name of Greed, it would be bad enough; but to do it in the name of Humanity, and under the cloak of an ardent desire to promote the Indian's welfare by making him like ourselves, whether he will or not, is infinitely worse.”⁶⁴

Die bereits zuvor erwähnte Praxis des blood-quantum-Kriteriums wurde in einigen Fällen in der Burke-Phase für diesen Zweck genutzt, z.B. im White Earth Reservat in Minnesota. Menschen mit Native- sowie europäischstämmigen Ahnen, sogenannte “mixed-bloods“, wurden in diesem Fall vom Kongress kurzerhand von den geltenden, offiziell schützenden Verkaufsbeschränkungen ausgenommen um ihr Land für den Verkauf an Firmen zu öffnen.⁶⁵ Im Falle der Five Civilized Tribes geschah dies unmittelbar im Jahr der Erlassung des Burke Acts auf Grundlage einer eigenen Erweiterung, des McCumber Amendments.

⁶² vgl. Scott Ashley *Bruton*, the American Dream in Indian country: Housing, property, and assimilation on the Navajo Reservation and beyond. (Diss. New Brunswick 2016). In: https://scholar.googleusercontent.com/scholar?q=cache:c6jgPrq4YMwJ:scholar.google.com/&hl=de&as_sdt=2005&sciodt=0,5, S. 172.

⁶³ vgl. Kaye *Tatro*, Burke Act(1906). (s.l. 2009).. In: <http://www.okhistory.org/publications/enc/entry.php?entry=BU010>

⁶⁴ Armen H. *Merjian*, An Unbroken Chain of Injustice: The Dawes Act, Native American Trusts, and Cobell v. Salazar. In: *Gonz. L. Rev.*, 2010, 46. Jg., S. 609-685. In: <http://www.law.gonzaga.edu/law-review/files/2011/09/Merjian.pdf>, S. 616.

⁶⁵ vgl. *Chang*, Enclosures of land and sovereignty, S. 114.

Die Relevanz dieser Acts für den von offizieller Stelle angestrebten Assimilationsprozess erscheint enorm, da die konkrete Ausführung im Kontext des indianischen Lebens- und Wirtschaftsverständnisses betrachtet werden muss. Denn Wandel von in der Stammesgemeinschaft verhafteten Mitglieder zu Besitzern von eigenem Land implizierte den Übergang von der Jagd- und Sammelwirtschaft hin zu landwirtschaftlichen Selbstversorgern, zu „independent farmers, part of —mainstream America“.⁶⁶

Diese Forcierung der Transformation agrarwirtschaftlichen Nutzungsverhaltens brachte in vielen Fällen jedoch nicht den von Verantwortlichen gewünschten Output mit sich, da sie sich auf den rein ideologischen Aspekt beschränkte. Betroffene Native „Neo-Farmer“ besaßen vielfach schlicht keinerlei Kenntnisse über europäische Ackerbautechniken, noch die erforderlichen finanziellen Mittel zur Anschaffung notwendiger Gerätschaften, Saatgutes, etc. Als weiterer erschwerender, problematischer Aspekt kann die Transformierung der Flächen in Familieneigentum angesehen werden, da im Rahmen der bereits erläuterte Quotenregelung des Dawes Act Familien gegenüber Alleinstehenden zwar begünstigt wurden, die Landgröße sich jedoch im Falle des Vorhandenseins mehrerer Erben für den Einzelnen als unzureichend erwies („fractionated ownership“).⁶⁷ Bedingt durch diese Umstände verfehlte der General Allotment Act sein offiziell intendiertes und proklamiertes Ziel, die Native-Bevölkerung vor dem Verlust ihres Landes zu schützen. Etwa zwei Drittel verkauften die ihnen zugewiesene Fläche nach Ablauf der Frist aufgrund der Unrentabilität, welche durch die zuvor genannten Faktoren generiert wurde.⁶⁸

4.3. Native-Besitzverständnis und Rezeption des Dawes Act

“One must understand that to an Indian, ownership of land is a foreign concept. The earth is our Grandmother, who provides us with everything we

⁶⁶ Merjian, *An Unbroken Chain of Injustice*, S.616.

⁶⁷ vgl. Chang, *Enclosures of land and sovereignty*, S. 110.

⁶⁸ vgl. Jason Edward Black, *Remembrances of Removal: Native Resistance to Allotment and the Unmasking of Paternal Benevolence*. (Winston Hall 2007). In: *Southern Communication Journal*, Jg. 72, Nr. 2, 2007, S. 185–203. In: https://s3.amazonaws.com/academia.edu.documents/31412821/Black-SCJ-Remembrances.pdf?AWSAccessKeyId=AKIAIWOWYYGZ2Y53UL3A&Expires=1510593158&Signature=Nmmy6TWn9Mtn7BwnSJkHpkRQds%3D&response-content-disposition=inline%3B%20filename%3DRemembrances_of_Removal_Native_Resistan.pdf, S. 190.

need to survive. How can you own your grandmother? How can you sell her? How does a piece of paper that you probably can't read prove ownership of something that can't be owned?"⁶⁹

Die Implementierung von Konzepten des Eigentums und des Privatbesitzes repräsentiert, wie zuvor erläutert, unverkennbar einen zentralen Eckpunkt des General Allotment Acts. Im Umkehrschluss ergibt sich nun die Fragestellung nach dem konkreten, strukturellen Impact im Hinblick auf traditionelle Native-Konzepte und Interpretationen dieser Themenfelder.

Das Eingangszitat des in den 1960ern und 1970ern führenden AIM-Aktivisten Russel Means beschreibt ein äußerst traditionalistisches, spirituelles Verständnis des Begriffes „Land“. Die Erde wird durch einen konkreten Verwandtschaftsbegriff personifiziert, in Zuge dessen wird ebenfalls die Interpretation als Sache negiert und damit einhergehend auch die Möglichkeit des Besitzens. Hier stellt sich nun die Frage der universellen Gültigkeit derartiger Positionen innerhalb der Native American Gemeinschaften. Kann diese einer genaueren Analyse standhalten oder ist sie vielmehr als pauschalisierte Verkürzung zu betrachten?

Eine Limitierung der Faktorenkomplexion des Kollektivbesitzes auf rein religiös-spirituelle Erklärungsansätze scheint kurz gegriffen und erfolgt zu Ungunsten weiterer, entscheidender Faktoren. So wies der Rechtswissenschaftler Robert Cooter auf die Relevanz der familiären Strukturen hin: Da gemeinsam benutztes Land in der Regel von einer/mehreren geographisch nahe lebenden Familien genutzt wird, ergeben sich in der Praxis andere Fragestellungen bezüglich Übertragung und Eigentum als im kapitalistischem Verständnis der Profitoptimierung (durch Verkauf etc.). Konkrete familiäre Bindungen/Umstände bestimmten alltägliche Überlegungen in stärkerem Ausmaß ("Can my children live amiably along side his children?").⁷⁰

Verantwortliche US-Amerikanische Politiker sahen derartige Vorgehensweisen und Praktiken der kollektiven Bewirtschaftung oftmals als rückständig an. Henry Dawes selbst zog Parallelen zu sozialistischen, ergo antiamerikanischen Systemen:

⁶⁹ Russell Means, Marvin J. Wolf, Where white men fear to tread. (s.l. 1995). zit. nach: Merjian, An Unbroken Chain of Injustice, S.614 f.

⁷⁰ vgl. Robert D. Cooter, Wolfgang Fikentsche, Indian Common Law: The Role of Custom in American Indian Tribal Courts (Part II of II). (s.l. 1998). In: The American Journal of Comparative Law, Jg. 46, 1998, S. 509-580. In: <http://scholarship.law.berkeley.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=2030&context=facpubs>, S. 515.

„It is [the socialist writer] Henry George's system, and under that there is no enterprise to make your home any better than that of your neighbors. (...).Till these people will consent to give up their lands, and divide them among their citizens so that each can own the land he cultivates, they will not make much progress.”⁷¹

Erwerb und Verkauf von Land stellten nach dem Dawes Act im Großteil jedoch nicht in sämtlichen sozialen Native-Strukturen ein Novum dar. So verfügten die Stämme der Haudenosaunee (Mohawk, Oneida, Onondaga, Cayuga, Seneca) im Norden der Vereinigten Staaten (um New York) bereits vor dem 18. Jahrhundert über ein System des Familien- beziehungsweise Clanbesitzes. In diesem Zusammenhang gilt es jedoch zwischen diesem und dem westlich-kapitalistischem aufgrund einiger deutlicher Unterschiede zu differenzieren: Innerhalb der Haudenosaunee lassen sich matriarchalische Strukturen erkennen, das Land wurde von Frauen besessen. Zudem basierte die Legitimität der Eigentumsrechte nicht auf institutionell verankerten Regelungen, sondern vielmehr auf Gewohnheitsrecht und konkreter, dauerhafter Nutzung des Landes („continued use“).⁷²

Auch einige Angehörige der „5 civilized tribes“, wie zB. die Cherokee, sahen landwirtschaftliche Nutzflächen als Privatbesitz an, grenzten diese allerdings gegenüber kollektiv genutztem Land ab (zB. Jagdgebiete).⁷³

Widerstand beziehungsweise oppositionelle und kritische Positionen der Native Americans gegenüber den Bestimmungen und vor allem der praktischen Umsetzung des Dawes Acts begründeten sich zu einem großen Teil auf kollektiver Erinnerung aus der Removal-Zeit (zB. Angehörige der Choctaw).⁷⁴ Zudem argumentierten viele Betroffene auf Basis von Verträgen aus dieser Zeitspanne, beispielsweise der Stamm der Creek. Denn im “ Treaty with the Creeks“ aus dem Jahr 1832 war ihnen, wie allen anderen Stämmen ebenfalls, ein Leben ohne Behelligung durch weiße Siedler in den durch den Removal Act zugewiesenen Lebensräumen garantiert

⁷¹ Merjian, *An Unbroken Chain of Injustice*, S. 615.

⁷² vgl. Kenneth H. Bobroff, *Retelling Allotment: Indian Property Rights and the Myth of Common Ownership*. In: *Vanderbilt Law Review*, Jg. 54, Nr. 4, 2001, S. 1559-1623. In: <http://temagami.nativeweb.org/archive/bobroff.pdf>, S. 1578.

⁷³ vgl. Bobroff, *Retelling Allotment*, S. 1583.

⁷⁴ vgl. Black, *Remembrances of Removal*, S. 186.

worden.⁷⁵ Diese Garantie wurde nun aufgrund der Parzellierung und somit Öffnung eines Großteil des Landes hinfällig.

⁷⁵ vgl. *Black*, *Remembrances of Removal*, S. 197.

5. Indian Citizenship Act und Indian Reorganization Act

Im Jahre 1924 wurde durch die Verabschiedung des Indian Citizenship Act die als kontrovers angesehene Frage der Erlangung der amerikanischen Staatsbürgerschaft endgültig gelöst, indem diese sämtlichen Native-stämmigen Personen verliehen wurde. Konkret betroffen durch diese Regelung war zu diesem Zeitpunkt ca. ein Drittel der Gesamtheit der Natives, da der Rest sie bereits aufgrund anderer, bereits bestehender Regelungen erhalten hatte. Unter anderem konnte dies durch spezielle Verträge mit einzelnen Stämmen, bei Erfüllung der bereits erläuterten Kriterien des Dawes sowie Burke Act, Geburt als Nachkomme von bereits „integrierten“ Natives, oder auch Heirat eines US-Amerikaners sowie Teilnehmen an den Kampfhandlungen des Ersten Weltkrieges geschehen.⁷⁶

Dies alleine garantierte ihnen zwar grundlegende Bürgerrechte wie zB. das uneingeschränkte Wahlrecht, wirkte sich allerdings davon abgesehen nicht auf die herrschenden wirtschaftlichen sowie sozialen Missstände aus. Als vier Jahre darauf der sogenannte Meriam-Bericht diese aufdeckte und der breiten Masse der amerikanischen Bevölkerung sowie den verantwortlichen Politikern (unter anderem dem BIA; welches ihn in Auftrag gegeben hatte, letztendlich jedoch die das höchste Ausmaß an Kritik einstecken musste) präsentierte, setzte ein Prozess des Umdenkens ein. Der neu eingesetzte Commissioner of Indian Affairs, John Collier, forcierte die Reduktion der staatlichen Einflussosphäre auf rein indianische Belange, unter anderem durch den Vorschlag der Implementierung von lokalen Selbstregierungen inklusive einer eigenen Gerichtsbarkeit, einem Ende der Parzellierungen (Dawes Act) sowie die Wiederherstellung des alten Zustandes durch Rückgabe von ungenutztem Land, etc.

5.1. Ideologische Grundlagen- Indigenismo

Die Genese des Indian Reorganization Act unter dem Einfluss John Colliers, welcher in diesem Zusammenhang eine treibende Kraft darstellt, soll nun im Zusammenhang

⁷⁶ vgl. Charles J. Kappler, Indian Citizenship Act. (Washington 1929).In: http://digital.library.okstate.edu/kappler/vol4/html_files/v4p1165.html

mit Colliers persönlichen Vorstellungen über die Zukunft der in Reservaten lebenden Natives analysiert werden. Einen bedeutenden Einfluss auf ihn übten die Arbeit und die Konzepte der beiden Mexikaner Moisés Sáenz und Manuel Gamio aus. Diese betrieben zahlreiche Studien über ortsansässige indigene Gruppierungen und vertraten die Ansicht, dass ein Konservieren der kulturellen Charakteristika derselben einen entscheidenden Faktor innerhalb der Verbesserungsbestrebungen der Arbeit mit ihnen darstellt.⁷⁷ Collier erweiterte dieses Konzept um die Erhaltung der kollektiv organisierten Lebensweise, beispielsweise im Hinblick auf die Landbewirtschaftung:

“One was the conservation of the biological Indian and of Indian culture, each with its special purposes. The other purpose was conservation of the Indian’s natural resources-of the potential remnant of what had once been their vast land...conserved by them through ten thousand years.”⁷⁸

Der auf der letzten Seite bereits genannte Meriam-Report unterstützte die Linie Colliers, im Besonderen auch eine weitere seiner Forderungen: Die Dezentralisierung der involvierten Institutionen (vor allem des BIA).⁷⁹ Der IRA ist ergo im Gegensatz zum Dawes Act, zumindest in seiner Konzeptionsphase, in höherem Ausmaß als Produkt der Arbeit von Gruppen und Strömungen zu sehen, welche der Generierung von Selbstbestimmung der Native Americans positiv gegenüberstanden.⁸⁰

5.2. Votumsprozess über Annahme des IRA

Die endgültige Beschlussfassung des als Indian Reorganization Act gestaltete sich als kompliziert, zumal einerseits ein Teil der indianischen Grundbesitzer zur Wiederherstellung der alten Zustände nicht ihr Einverständnis gab, andererseits bedingt durch die häufigen Vertragsbrüche vonseiten der US-Regierung in der Vergangenheit (zB. Fischerei- und Wasserrechte).⁸¹

⁷⁷ vgl. Wilbert Terry *Ahlstedt*, John Collier and Mexico in the Shaping of U.S. Indian Policy: 1934-1945. (Diss. Lincoln 2015). In: <http://digitalcommons.unl.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1082&context=historydiss>, S. 4 f.

⁷⁸ *Ahlstedt*, John Collier and Mexico in the Shaping of U.S. Indian Policy, S. 6.

⁷⁹ vgl. Kate *Redburn*, “The Disorganized Tribe”. Navajo Resistance to the Progressive Ideal 1933-1935. (Senior Thesis New York 2010). In: http://history.columbia.edu/undergraduate/theses/2013%20and%20older%20Theses/Redburn_thesis.pdf, S.9.

⁸⁰ vgl. *Fouberg*, Tribal territory, sovereignty, and governance, S. 54.

⁸¹ vgl. *Frantz*, Die Indianerreservationen in den USA, S. 73.

Collier veranlasste daher eine Umänderung der Bedingungen, sodass jeder einzelne Stamm ein Referendumsrecht erhielt, um über die Ratifizierung dieses Acts quasi individuell (als Stammeseinheit) entscheiden zu können. Diese Abstimmungen lieferten schlussendlich das Ergebnis von 181 Bestätigungen zu 77 Absagen an das geplante Modell. In diesem Zusammenhang wurde eine Abnahme der Zustimmung spürbar: Stämme, welche zu Beginn des aufgrund der Anzahl der Gemeinschaften mehrere Monate dauernden Abstimmungsprozesses wählten, entschieden sich tendenziell eher für die Annahme des Reorganization Acts als dagegen.⁸² Als Begründung für diese Entwicklung kann unter anderem fehlende Information von Seiten der verantwortlichen Institutionen (BIA) angesehen werden. Bereits im Vorfeld argwöhnten Angehörige einiger Stämme, Colliers Entwurf würde einen weiteren Schritt in Richtung Assimilation und wirtschaftlicher Ausbeutung bedeuten. Nach dem sogenannten Rapid City Congress, einem Treffen mit dem Zweck der Präsentation des damals noch als Wheeler-Howard-Act bezeichneten Gesetzes, wurden viele von ihnen positiv umgestimmt. Jedoch erfolgten im Anschluss die Hinzufügung unterschiedlicher Anhänge sowie weitere Änderungen (dazu im Detail später mehr), allerdings wurden diese konkreten Modifikationen nicht explizit kommuniziert. Das staatliche Informationsmaterial nannte die abstimmungsreife Endversion lediglich „modified Wheeler-Howard-Bill“. ⁸³

Collier selbst versuchte von Beginn an, den Entwicklungsprozess des IRA nicht wie in den Fällen der zuvor verabschiedeten Acts von oben herab zu gestalten, sondern die einzelnen Stämme durch insgesamt zehn Treffen konstruktiv einzubinden, wobei er in der Anfangsphase teilweise auf Ablehnung stieß.⁸⁴ Denn trotz der Bemühungen, die Reservatsbevölkerung aktiv in die Gestaltung miteinzubinden, stellte der Reorganization Act das Ergebnis eines top-down-Prozesses dar, da er auf dem Wege der klassischen US-amerikanischen Gesetzgebung erstellt worden war. Im Gegensatz hierzu waren ältere Verfassungen von der ortsansässigen Native-Bevölkerung initiiert und durchgesetzt worden. Der endgültige Entscheidungsfindungsprozess, nämlich die Wahlen innerhalb der einzelnen Stämme, darf im Kontext nicht fälschlicherweise als Votum nach rein singulären

⁸² vgl. *Fouberg*, Tribal territory, sovereignty, and governance, S. 56 f.

⁸³ vgl. *Fouberg*, Tribal territory, sovereignty, and governance, S. 60.

⁸⁴ vgl. *Fouberg*, Tribal territory, sovereignty, and governance, S. 55 f.

motivationalen Faktoren, sprich den im IRA festgeschriebenen Maßnahmen, betrachtet werden. Dies gilt sowohl für Befürworter als auch Gegner.

So betrug beispielsweise das endgültige Resultat in der Cheyenne River Reservation 59% für die Annahme des IRA, trotz ausdrücklicher Ablehnung der Stammesführer. Zu erklären ist dies einfach durch die Hoffnung einiger Betroffenen auf im Vertragstext versprochene finanzielle Mittel zur Linderung ihrer rein wirtschaftlichen Armut. Die politisch-rechtlichen Faktoren traten für sie daher zugunsten der pragmatischeren Aspekte des reinen Überlebens in den Hintergrund.⁸⁵

Im Rahmen der näheren Betrachtung eines Gegenbeispiels (Ablehnung des IRA durch die Diné), kann ein weiterer, ähnlicher Aspekt verdeutlicht werden. Collier und die anderen politischen Verantwortlichen waren bei der Konzeption teilweise offenbar einem induktiven Trugschluss unterlegen. Sie hatten die westlich-US-amerikanische Art der politischen Entscheidungsfindung bei Wahlprozessen (Abwägung der Argumente nach rein rationalen Kriterien bzw. auch nach deren Stichhaltigkeit und Präsentation) eins zu eins auf den Denkprozess der Natives übertragen, welcher stärker von mündlichen Überlieferungen und vor allem einer völlig anderen Gewichtung der Interessen geprägt war. Im konkreten Fallbeispiel der Diné erscheint es potentiell möglich, die Ablehnung des Vertrages auf ein zuvor begangenes Unrecht vonseiten Colliers und der Behörden zurückzuführen. Diese hatten in den Jahren 1933-1935, also während seiner Amtszeit, wiederholt Vieh, vor allem Schafe, vom Reservationsland der Diné käuflich erworben, konfisziert oder einfach an Ort und Stelle erschossen. Dieses Ereignis oder dieser Prozess hatte sie letztendlich möglicherweise zur Ablehnung motiviert, trotz des fehlenden linearen Zusammenhanges.⁸⁶ Vielmehr nahm der Rückgang an Schafen im kollektiven Gedächtnis des Stammes einen hohen Stellenwert ein, was wiederum zu einer negativen Konnotation mit der Person Colliers führte und weniger zu einer Kritik am Inhalt des IRA selbst nach analytischen Gesichtspunkten. Damit einher ging ein generelles Fehlen des Verständnisses der politischen Konsensfindung innerhalb des Stammes:

⁸⁵ vgl. *Fouberg*, Tribal territory, sovereignty, and governance, S. 60.

⁸⁶ *Redburn*, The Disorganized Tribe, S. 1 f.

„This convergence happened right under the nose of Bureau of Indian Affairs (BIA) officials, whose own cultural biases left them unprepared. They expected to find a homogenous, paternalist tribe with democratic principles enshrined in the Tribal Council and local Chapter House system; instead, they encountered a political tradition of consultation, discussion, and consensus, within a culture of gender equality.“⁸⁷

Ein ehemaliger Befürworter des IRA, der Senator Burton K. Wheeler, sprach sich nach erneuter Untersuchung ebenfalls gegen die Implementierung des Acts aus. Unter anderem begründete er seine Position ebenfalls mit der Nichtübertragbarkeit der westlichen politischen Konzepte auf die herrschenden Stammesstrukturen:

„Wheeler could not reconcile the self-government or court provisions with his experiences among Indian people, nor did he believe the IRA addressed the immediate concerns of Indian people.“⁸⁸

5.3. Umsetzung und Geltungsbereich

Im Zuge der realen Umsetzung des IRA stellte sich Colliers mexikanische Vision zu einem großen Teil als utopisches Wunschdenken heraus. Denn das Gesetz förderte in einigen Bereichen die Anpassung an westlich-europäisch geprägte Organisationsformen und –muster. So schrieben IRA-Verfassungen oftmals die Einführung von Stammeswahlen sowie blood-quantum basierte Mitgliedschaftskriterien fest (siehe auch Kapitel 4, S. 25). Zudem weigerten sich Gruppierungen bereits christianisierter und weitgehend assimilierter Natives, zu ihren althergebrachten Lebensformen zurückzukehren. Reservatsbewohner mit aus der allotment-Politik generiertem Grundbesitz standen der Beendigung derselben inklusive Wiederherstellung des Prä-allotment Zustandes ablehnend gegenüber.⁸⁹ Ergo kann konstatiert werden, dass die von den zuständigen Behörden und der Legislative selbst getätigten vorangegangenen Maßnahmen (v.a. der Dawes Act)

⁸⁷ Redburn, *The Disorganized Tribe*, S.3.

⁸⁸ William Morrow Stoddard, *Whose deal? Burton K. Wheeler and the Indian Reorganization Act*. (Bozeman 1996). In: <http://scholarworks.montana.edu/xmlui/bitstream/handle/1/7514/31762102404264.pdf;sequence=1>, S. 156.

⁸⁹ Patrick Wolfe, *After the frontier: separation and absorption in US Indian policy*. (s.l. 2011). In: *settler colonial studies*, Jg.1, Nr.1, 2011, S.13-51. In: <http://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/2201473X.2011.10648800>, S. 35.

sich nun als kontraproduktive Hindernisse erwiesen, da die Rückkehr von Individualismus zum Kollektiv in diesen Fällen nun an der zuvor propagierten Einstellung scheiterte:

„Collier's dream of a "red Atlantis"-as one scholar has termed it-came near to realization. But the program ran up against the very individualism which Collier's predecessors had successfully fostered in many American Indian tribes.”⁹⁰

In Bezug auf den Geltungsbereich des Indian Reorganization Act wurde auf die Blood-quantum-Methodik zurückgegriffen. Diese wurde unter Section 19 bereits in der ursprünglichen Rohversion des IRA festgeschrieben:

„Sec.19. The term "Indian" as used in this Act shall include all persons of Indian descent who are members of any recognized Indian tribe now under Federal jurisdiction, and all persons who are descendants of such members who were, on June 1, 1934, residing within the present boundaries of any Indian reservation, and shall further include all other persons of one-half or more Indian blood. (...). The term "tribe" wherever used in this Act shall be construed to refer to any Indian tribe, organized band, pueblo, or the Indians residing on one reservation. (...).”⁹¹

Welche Absicht liegt dieser Formulierung nun zu Grunde? Unter Berücksichtigung der Änderung des allgemeinen (offiziellen) Diskurses weg von Assimilation hin zu der Förderung traditioneller Lebensart lässt sich an dieser Stelle folgender Rückschluss ziehen: Der Gesetzgeber versuchte, außerhalb von Reservaten lebende Native Americans zur Rückkehr in dieselben zu bewegen. Begründet werden kann diese These durch den relativ hohen verlangten Blutanteil (so wurde in einem 1939 verabschiedeten Zusatz für die Gewährung eines Kredites lediglich ein Viertel Anteil bestimmt).⁹²

Diese Implementierung augenscheinlich exakt definierter Mengenangaben bezog sich ausschließlich auf „federally unrecognized tribes“, Stämme, welche vom BIA nicht anerkannt wurden. Diese Einteilung beruhte auf willkürlichen Faktoren, vor

⁹⁰ Washburn, The historical context of American Indian legal problems, S. 22.

⁹¹ s.a., Transkript "Indian Reorganization Act showing significant amendatory changes. "(s.l. s.a.). In: http://iltf.org/wp-content/uploads/2016/11/IRA_2-all_amendatory_changes.pdf, S. 9 f.

⁹² vgl. s.a., Transkript "Indian Reorganization Act showing significant amendatory changes. S. 10.

allem aber auf der vorhandenen Bereitschaft, eine politische Verbindung mit den Vereinigten Staaten aufzubauen. Wurde ein Stamm nun als nicht recognized angesehen, so musste der Blutanteil nachgewiesen werden. Die Vorgehensweise und Methodik in den folgenden Untersuchungen wies, besonders in der Anfangsphase, keinerlei Charakteristika einer biologisch beweisbaren Messung auf. Vielmehr wurden nicht standardisierte Fragestellungen bezüglich kultureller Involvierung der betreffenden Person in traditionelle Kulturtechniken (Bräuche, Sprache, etc.) als Abgrenzungskriterium herangezogen.⁹³ Wurden hingegen sowohl genealogische Tests als auch die eben beschriebenen Methoden angewandt, so gaben oftmals bedingt durch das Beharren des BIA letztere den Ausschlag, wie beispielsweise im Falle der Chippewa-Cree.⁹⁴ Zusammenfassend kann dieses IRA-Kriterium als Mittel der willkürlichen Machtausübung interpretiert werden, da keinerlei klar definierte, nachvollziehbare Abgrenzung gegeben ist.

„Federally recognized tribes“ unterlagen diesen Kriterien zwar nicht, allerdings mussten sie erst als solche anerkannt werden, wobei sich rechtliche Kontroversen ergaben. So beschäftigte sich der Supreme Court unter anderem mit der Frage, ob ein Stamm, welcher die Bestimmungen des IRA übernehmen möchte, bereits vor dem Jahre 1934 vom Innenministerium anerkannt gewesen sein muss oder die Ratifizierung des Acts mittels Mehrheitsvotums ausreichend ist. In einer aktuellen Entscheidung aus dem Jahr 2009, „Carcieri vs. Salazar“, urteilte der Court, dass für die Einstufung als recognized tribe (konkret der Narragansett auf Rhode Island) eine Listung als solcher vor 1934 zu erfolgen hatte.⁹⁵

Der Stamm als personelle sowie politische Verwaltungseinheit stellte zwar innerhalb des Indian Reorganization Act die vorgesehene Form des Zusammenlebens dar, allerdings wurden im Zuge dessen soziokulturelle Grenzen missachtet bzw. schlicht nicht wahrgenommen. In einigen Reservationen hatten Familien oder Freundeskreise Landparzellen gemeinsam bearbeitet, zudem stellten das Fehlen von Transport- und

⁹³ vgl. Paul *Spruham*, Indian as race/ Indian as political status: Implementation of the half-blood requirement under the Indian Reorganization Act, 1934-1945. In: Rutgers Race and the Law Review, Jg. 8, 2006, S. 27-49. In: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1051501, S. 33 f.

⁹⁴ vgl. *Spruham*, Indian as race/ Indian as political status, S. 37.

⁹⁵ vgl. Melanie *Riccobene Jarboe*, Collective Rights to Indigenous Land in *Carcieri v. Salazar*. In: Boston College Third World Law Journal, Jg. 30, 2010, S. 395-415. In: <http://lawdigitalcommons.bc.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1020&context=twlj>, S. 406 f.

Kommunikationsmöglichkeiten und die Größe einzelner Reservate Hindernisse einer solchen Regierungsform dar.⁹⁶ Nach Washburn hatte Collier unter anderem den Stamm als Einheit forciert, da dieses Bild am ehesten der Wahrnehmung der weißen Bevölkerung entsprach und ihnen gegenüber die entsprechenden Reformmaßnahmen auf diese Weise am überzeugendsten wirkte:

„Collier chose the tribe because that was the way Whites saw Indians, and he could use the term to convey a favourable historical and romantic image to justify the preservation of Indian cultures and group organizations to a potentially unsympathetic Congress.”⁹⁷

Der IRA als übergeordnete Stammesverfassung stellte zudem keineswegs ein Novum dar. Verschiedene Stämme verfügten bereits über Verfassungen, wie die Cherokee seit 1827 oder die Brulé Sioux der Rosebud Reservation seit 1916.⁹⁸ Diese unterschieden sich jedoch in Bezug auf die festgelegten Organisationsformen in hohem Ausmaß vom IRA, wie Graham D. Taylor feststellte:

„...the tribal governments established under the Indian Reorganization Act constitute a totally new and unfamiliar level of organization for many Indian groups.”⁹⁹

Ergo kann der Versuch eines nachhaltigen und einschneidenden Eingriffes in die Lebensweise der Native Americans durch den Reorganization Act von 1934 nur schwer bestritten werden. Reservations- sowie stammesintern führte die Implementierung (in den Stämmen, welche sie via Referendum im Vorfeld ratifiziert hatten) zu heftigen Konfliktlinien zwischen traditionalistischen und progressiveren Strömungen. Erstgenannte befürchteten den totalen realpolitischen Machtverlust der alten Häuptlinge, bedingt durch das neu eingeführte Veto-Recht der US-Behörden (Innenminister) betreffend eines Großteiles der Beschlüsse des Stammesrates.¹⁰⁰

⁹⁶ vgl. *Fouberg*, Tribal territory, sovereignty, and governance, S.68.

⁹⁷ Wilcomb E. *Washburn*, A Fifty-Year Perspective on the Indian Reorganization Act. In: *American Anthropologist* Nr. 86, S.279-289. zit. nach: Peter *Bolz*, Ethnische Identität und kultureller Widerstand : die Oglala-Sioux der Pine-Ridge-Reservation in South Dakota. (Frankfurt 1986).

⁹⁸ vgl. Richmond L. *Clow*, The Indian Reorganization Act and The Loss of Tribal Sovereignty: Constitutions on the Rosebud and Pine Ridge Reservations. (Missoula 1987). *Great Plains Quarterly*. Paper 317. In:

<http://digitalcommons.unl.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1316&context=greatplainsquarterly>, S. 125.

⁹⁹ Graham D. *Taylor*, The New Deal and American Indian Tribalism: The Administration of the Indian Reorganization Act 1934-45 (Lincoln 1980). S.65. zit. nach: *Clow*, The Indian Reorganization Act and The Loss of Tribal Sovereignty, S.125.

¹⁰⁰ vgl. *Bolz*, Ethnische Identität und kultureller Widerstand, S.148.

Damit einhergehend verfügte die Regierung nun über ein mächtigeres, konstitutionell verankertes Interventions- und Kontrollinstrument. Dieser partielle Verlust der politischen Selbstbestimmung in Bezug auf eigentlich interne Vorgänge (zB. Änderung der Wahlbezirke innerhalb des Reservatsgebietes)¹⁰¹ förderte in hohem Ausmaß die genannten Konflikte. Diese resultierten, wie erwähnt, aus diametral entgegengesetzten Positionen traditioneller sowie progressiver eingestellter Gruppen. Obgleich sich diese teils heterogen zusammensetzten und auch jüngere Native Americans traditionalistische Werthaltungen vertraten (zB. die AIM; siehe entsprechendes Kapitel), so kristallisiert sich bei näherer Betrachtung eine vorherrschende Rollenverteilung heraus: Die Interessen der sogenannten full-bloods vs. die der mixed-bloods. Full-bloods in diesem Zusammenhang waren in der Regel eher ältere Reservatsbewohner, welche in Bezug auf Stammesorganisation und –verwaltung klassischere Rollenbilder forcierten, wie in manchen Fällen einen Stammes-Chief mit weitreichenden Befugnissen.¹⁰² Für sie bedeutete die Implementierung diverser Kontrollorgane (zB. Superintendent, Innenminister) sowie deren benötigte Zustimmung zu elementaren, vormals autark getroffenen Entscheidungen, wie der Einführung von Steuern, einen enormen Eingriff in die Souveränität ihrer Gemeinschaft. Mixed-bloods hingegen zeichneten sich, nach Ansicht der Behörden, durch einen höheren Grad an Assimilierung aus, oftmals waren dies jüngere, der westlichen Lebensweise gegenüber aufgeschlossenerere Native Americans.

Die von Teilen der full-bloods kritisierte Umstrukturierung der politischen Organisationsform bezog sich unter anderem auf die Wahl der Stammesführung. Durch den Reorganization Act wurde ein zwar nach heutigen Maßstäben fortschrittliches System der direkten Wahl inklusive gleich gewichteter Stimmen aller erwachsenen Stammesmitglieder etabliert. Jedoch stellte diese Regelung teilweise ein Einlenken Colliers dar, welcher durch die geplante Oktroyierung westlicher politischer Muster auf die Native-Gemeinschaften versuchte, Verbündete im Kongress zu gewinnen. Denn letztendlich wurden durch diese Vorgehensweise traditionelle und durchaus diverse Methoden der Entscheidungsfindung in Bezug auf die Führung des Reservates/Stammes vereinheitlicht (Konsens, Vererbung, etc.). Gerade dieser Punkt verlor lange Zeit nicht an Kontroversialität, auch vier Jahrzehnte

¹⁰¹ vgl. Clow, The Indian Reorganization Act and The Loss of Tribal Sovereignty, S. 131.

¹⁰² vgl. Clow, The Indian Reorganization Act and The Loss of Tribal Sovereignty, S. 128.

danach beriefen sich Angehörige des American Indian Movement während der Pine Ridge Besetzung 1972 auf den gewählten Stammesrat und forderten dessen Absetzung.¹⁰³

Die Angleichung der Native-Wahlpolitik und –strukturen an europäische Muster des einfachen Mehrheitsvotums im Rahmen des IRA schien für John Collier tatsächlich als reines Mittel zur Gewinnung von Sympathien einiger Abgeordneter zu fungieren. Denn nur ein Jahr darauf entwarfen er und sein Stab die Thomas-Rogers-Bill, um die Bestimmungen des IRA auf den Großteil der in Oklahoma ansässigen Native Americans auszudehnen. Hierbei ist vor allem der Umgang mit dem Instrument der demokratischen Wahl auffällig. Denn in dem genannten Dokument wurde festgeschrieben, dass eine durch Mehrheitsentscheid angenommene Stammesverfassung und Gesetze bei danach erfolgender einmaliger Prüfung sowie positiver Bestätigung des Innenministers durch denselben nicht verändert werden dürfen, ausgenommen im Falle ausdrücklicher Genehmigung des betroffenen Stammes (erneut durch Mehrheitsvotum).¹⁰⁴

Zeitgenössische Befürworter des Indian Reorganization Act beriefen sich tendenziell eher auf die verbesserte Förderung der lokalen Eigenständigkeit sowie der Erhaltung der soziokulturellen Traditionen der indigenen Bevölkerung in den Reservationen. Scudder Mekeel, der damalige “Director of the Applied Anthropology unit“ im „Office of Indian Affairs“ vertrat diese Position und bemerkte hierzu exemplarisch aus einer Retroperspektive von 10 Jahren 1944 Folgendes:

“Any people become demoralized when everything is done for them and they are made to submit completely to an outside agency. Stamina, self-reliance, and personal initiative are lost. When, in addition, an attempt is made through education and administrative action to break down the traditional social controls and group standards of conduct, a situation of social and political chaos is thereby created. This would in itself be bad enough without

¹⁰³ vgl. *Washburn*, The historical context of American Indian legal problems, S. 22.

¹⁰⁴ vgl. A Bill to Promote the General Welfare of the Indians of the State of Oklahoma and for Other Purposes, 74th Cong., 1st Sess. 27 (April 9, 1935). zit. nach: G. William Rice, The Indian Reorganization Act, The Declaration on the Rights of Indigenous Peoples, and a Proposed Carcieri “Fix”: Updating the Trust Land Acquisition Process. In: *Idaho Law Review*, Jg. 45, 2009, S. 575-619. In: https://digitalcommons.law.utulsa.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1198&context=fac_pub, S. 579.

having an unsound economic condition to contend with as well. The Indian Reorganization Act strikes at the root of these evils.”¹⁰⁵

Gegenüber den full-bloods vertraten Mekeel und seine Anhänger eine protektionistische Haltung, aufgrund des angenommenen fehlenden Verständnisses über die im IRA festgeschriebenen Prozesse.¹⁰⁶ Die herrschende Skepsis erachteten sie, bedingt durch die Bewerbung von Seiten der Regierung und deren Institutionen, wie dem Indian Office, daher als legitim. Insgesamt würden die full-bloods gegenüber den mixed-bloods bedingt durch deren höheren Bildungsgrad und ihr besseres Verständnis der IRA-Regelungen Benachteiligung erfahren.

Generell stellte die nicht vorhandene genaue Kenntnis der politics des Reorganization Acts für einen beträchtlichen Teil der betroffenen Gesamtheit der Native Americans ein Problem dar. Exemplarisch illustriert werden kann dies am Beispiel der Stammesverfassungen: Ursprünglich war auf Grundlage von Section 16 des IRA eine stammesintern Konzeption und Ausarbeitung vorgesehen, welche im Nachhinein vom amerikanischen Innenminister ratifiziert werden musste. In Anbetracht der politisch-organisatorischen Diversität der einzelnen Gemeinschaften erschien die Ähnlichkeit diverser Verfassungen in substantiellen Punkten überraschend. Verursacht wurde sie durch die schlichte Übernahme einer vom BIA zu Hilfszwecken verteilten modellhaften Verfassung, welche von einigen Gruppen als obligatorisch interpretiert wurde.¹⁰⁷

5.4. Änderungen und Zusätze

Um die Tragweite der auf S. 35 beschriebenen Informationsproblematik zu erfassen, soll nun an dieser Stelle eine Analyse von Teilen der konkreten Inhalte des Indian Reorganization Acts erfolgen. Zu diesem Zweck werden zuerst substantielle Änderungen im Zuge des Entstehungsprozesses dieses Gesetzes 1934 analysiert, danach später hinzugefügte Zusätze.

¹⁰⁵ Scudder *Mekeel*, An appraisal of the Indian Reorganization Act. (s.l. 1944). In: American Anthropologist Nr. 46). In: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1525/aa.1944.46.2.02a00050/pdf>, S.209.

¹⁰⁶ vgl. *Mekeel*, An appraisal of the Indian Reorganization Act. S. 210.

¹⁰⁷ vgl. *Fouberg*, Tribal territory, sovereignty, and governance, S. 61.

Eine der für konkrete Souveränitätsstärkung am bedeutendsten Punkte, welchem im Zuge dieser Arbeit an späterer Stelle noch ein eigenes Kapitel gewidmet wird, wurde aus dem Originaltext entfernt: Die juristische Verfügungsgewalt der Native-Legislative und Judikative gegenüber Nicht-Natives, welche innerhalb der Gemeinschaft auf Reservationsland lebten bzw. anderweitig agierten.¹⁰⁸ Ein Kernproblem bildete hierbei die durch die Allotment-Politik geförderte und verursachte Entstehung sogenannter „checkerboard lands“, Grundstücken mit mehreren Eigentümern im Sinne eines ideellen Anteiles. Handelte es sich bei diesen, wenn auch nur teilweise, noch dazu um Nichtangehörige des entsprechenden Stammes, brachte dies eine Aufspaltung dessen Herrschaftsgebietes mit sich. Diese Kontroverse stimmte einige der Verantwortlichen zur Ausarbeitung des IRA skeptisch, da ohne zusammenhängendes Gebiet eine Zugestehung richterlicher Kompetenzen kaum sinnvoll erschien. Auch erschien es unklar, ob eine vorhergehende Landkonsolidierung eine obligatorische Bedingung für die Zuweisung dieser Befugnisse darstellen sollte oder nicht. Aufgrund dessen wurde der Forderung Colliers und seines hauptverantwortlichen Juristen Felix Cohens nach den genannten rechtlichen Kompetenzen der Stämme letztendlich keine Zustimmung gegeben.¹⁰⁹

In Bezug auf die nachträglich hinzugefügten Zusätze des IRA lässt sich konstatieren, dass, bereits in den ersten Jahren nach 1934, für die Lebenssituation der Reservatsbewohner durchaus positive Maßnahmen und Regelungen erlassen wurden, beispielsweise in Einzelfällen der Schutz natürlicher Ressourcen auf Reservatsland. So erfolgte im Jahr 1937 die Festschreibung der Protektion von natürlichen Wasservorkommen der Tohono O'odham (Anm.: Im Quelltext findet sich noch die heute antiquierte Fremdbezeichnung „Papago“) im Gebiet von Arizona..¹¹⁰ Außerdem wurde der US-amerikanische Innenminister zur Aneignung von Gebieten berechtigt, mit dem Zweck, diese zur Vergrößerung von Reservatsland bzw. zur Wiederherstellung des prä-allotment Zustandes zu nutzen.¹¹¹ Zu Beginn der 1960er Jahre verdoppelte der Gesetzgeber die für die in Form von Krediten

¹⁰⁸ vgl. Bradley B. *Furber*, Two Promises, Two Propositions: The Wheeler-Howard Act As a Reconciliation of the Indian Law Civil War. In: University of Puget Sound Law Review, Jg. 14, 1991, S. 211-282. In: <https://digitalcommons.law.seattleu.edu/cgi/viewcontent.cgi?referer=https://scholar.google.at/&httpsredir=1&article=1321&context=sulr>, S. 241.

¹⁰⁹ vgl. *Furber*, Two Promises, Two Propositions, S. 245 f.

¹¹⁰ vgl. s.a., Transkript „Indian Reorganization Act showing significant amendatory changes. S. 2.

¹¹¹ vgl. s.a., Transkript „Indian Reorganization Act showing significant amendatory changes. S. 3.

vorgesehene finanzielle Unterstützung für Native-Firmen und schaffte gleichzeitig die jährliche Berichtspflicht gegenüber dem Kongress ab.¹¹²

5.5. Konkrete Auswirkungen auf die Lebensbedingungen

Die sich an diesem Punkt stellende, abschließende Frage lautet, inwiefern der Indian Reorganization Act für die Bewohner der Reservationen realpolitisch tatsächlich eine Verbesserung mit sich brachte, beziehungsweise ob die Interpretation und offiziell verkündete Intention derselben nicht in Wahrheit einen weiteren Versuch des Vorantreibens von Assimilationsversuchen durch die Hintertür verbarg.

Zu diesem Zweck wird nun als Einstieg eine Untersuchung der wirtschaftlichen Konsequenzen des Indian Reorganization Act vorgenommen. Bedingt durch die bereits erwähnten Kompetenzen des Innenministers in zahlreichen Belangen ließ sich eine stärker ausgeprägte ökonomische Souveränität vor allem in Nicht-IRA-Reservaten feststellen (so war zB. für diverse Transaktionen, welche die Nutzung von natürlichen Ressourcen betrafen, ebenfalls an seine Zustimmung gebunden).¹¹³ Anhand einer neueren, komparativen Studie zu dieser Thematik aus dem Jahr 2014 lassen sich durch die Analyse aktueller Zahlen bestimmte Tendenzen erkennen:

¹¹² vgl. s.a., Transkript "Indian Reorganization Act showing significant amendatory changes. S. 4.

¹¹³ vgl. Dustin Frye, The Indian Reorganization Act, Tribal Sovereignty, and Economic Development. (Boulder 2014). In: <http://eh.net/eha/wp-content/uploads/2014/05/Frye.pdf>, S.6.

Summary Statistics for Full Sample									
	IRA Reservations			Non-IRA Reservations			Difference		
	Mean	SE	N	Mean	SE	N	Mean Diff	SE	T-stat
Outcomes									
Per Capita Income	6757.94	375.90	88	7555.65	375.90	31	-797.70	475.28	-1.68
Median Household Income	17422.85	812.13	88	19913.26	812.13	31	-2490.41	1039.81	-2.40
Indian per Capita Income	4982.63	289.29	88	5859.61	289.29	31	-876.99	327.15	-2.68
Population	3722.67	1482.26	88	5330.77	1482.26	31	-1608.10	1564.94	-1.03
Share of Indians	68.50	5.15	88	53.49	5.15	31	15.02	5.92	2.54
Median House Value	46219.27	3716.16	88	54287.10	3716.16	31	-8067.82	4335.15	-1.86
Share Completed High School	63.39	2.62	88	62.40	2.62	31	0.99	2.91	0.34
Share Completed College	29.81	2.24	88	32.67	2.24	31	-2.86	2.65	-1.08
Geographic Characteristics									
Distance from MSA (in km)	202.56	36.21	85	177.71	36.21	31	24.85	39.33	0.63
Avg Suitability for Wheat	34.25	2.97	85	30.23	2.97	31	4.02	3.84	1.05
Distance to Coal Deposits (in km)	133.87	10.39	88	73.27	10.39	31	60.61	17.61	3.44
pc Income of Neighboring Counties	11328.02	334.30	83	12107.28	334.30	28	-779.26	417.24	-1.87
1910 Reservation Characteristics									
Share of Women	48.81	0.68	84	49.42	0.68	31	-0.61	0.86	-0.71
Fraction under 18 in school	44.22	2.93	84	52.48	2.93	31	-8.26	3.36	-2.46
Percent Literate	49.57	3.16	84	54.93	3.16	31	-5.37	3.95	-1.36
Percent in Labor Force	46.50	2.72	84	42.85	2.72	31	3.65	3.31	1.10
Percent Married	40.22	1.24	84	37.05	1.24	31	3.17	1.39	2.28
Percent Living on Farms	37.34	4.24	84	36.43	4.24	31	0.92	5.28	0.17
Avg Age	26.73	0.50	84	27.37	0.50	31	-0.64	0.66	-0.97
Avg Family Size	5.31	0.20	84	4.79	0.20	31	0.52	0.25	2.05
Percent White Blood	14.03	1.25	84	12.57	1.25	31	1.46	2.12	0.69
1934 Allotment Characteristics									
Percent Allotted	0.55	0.08	88	0.71	0.08	31	-0.16	0.10	-1.67
Avg Allotment Acreage (000s)	155.67	78.75	88	186.30	78.75	31	-30.62	90.29	-0.34
Avg Number of Allotments	951.67	277.07	88	993.42	277.07	31	-41.75	343.48	-0.12
Avg Amount of Surplus Land (000s)	89.83	75.17	88	158.34	75.17	31	-68.51	89.96	-0.76
Avg Acreage Alienated (000s)	57.80	13.60	88	41.78	13.60	31	16.02	22.16	0.72
IRA Voting Population	624.5909	83.00893	88	426.5484	83.00893	31	198.0425	120.4248	1.64

Abb.2¹¹⁴

Mithilfe dieser Statistiken können die relevantesten Unterschiede sowie Diskrepanzen in Bezug auf sozial-wirtschaftliche prägende Faktoren der Native Americans in IRA sowie Nicht-IRA-Reservaten erläutert werden. Markant erscheint gleich zu Beginn das niedrigere durchschnittliche Pro-Kopf- sowie Haushaltseinkommen in Erstgenannten. Zudem lässt sich ein, wenngleich nur relativ geringe 2,86% betragender, niedrigerer Anteil an College-Absolventen feststellen. Die Schlechterstellung bezüglich schulischer Bildung scheint auf den untersuchten Reservationen ein historisches Kontinuum darzustellen: Bei näherer Betrachtung des Zahlenmaterials von 1910 zu den Punkten „Minderjährige in Schulen“ sowie „Prozentanteil der Alphabetisierten“ ergibt sich ein ähnliches Bild. Der Gesamteindruck scheint die These zu bestätigen, dass für eine Annahme des IRA mittels Votum tendenziell oftmals ökonomische Faktoren eher den Ausschlag gaben als die konkreten Inhalte an sich. Zudem weisen Nicht-IRA-Reservate im Jahr 1934

¹¹⁴ Frye, The Indian Reorganization Act, Tribal Sovereignty, and Economic Development. S. 10.

einen höheren Anteil an allotted-Fläche auf als die andere Gruppe, in Kombination mit einer höheren Anzahl von Grundstücken. Dieser Umstand kann kausal vor allem durch zwei Entwicklungen begründet werden: Erstens lehnten es, wie bereits erwähnt, Teile der assimilierten Native-Gruppen aufgrund des bereits verinnerlichten individualistischen Besitzverständnisses ab, Teile ihres Grundbesitzes wieder dem Kollektiv zu überlassen. Als Konsequenz standen sie dem IRA auch eher ablehnend gegenüber, da er bis zu einem gewissen Grad, die Rückkehr zu traditionellen Lebens- und Denkweisen propagierte. Zweitens erfolgte aufgrund dessen sowie der Nichtakzeptanz des IRA auf den entsprechenden Gebieten auch keine Rückführung in den prä-allotment-Zustand. Auf diese Weise konnten die Native-(Groß)grundbesitzer ihr Land in vollem Umfang behalten und waren zudem keinen IRA-Auflagen sowie der Zustimmung von höheren Instanzen (Innenminister) unterworfen. Denn durch die Bestimmungen des Dawes Act (nach 25 Jahren Übergang in privates Familieneigentum) handelte es sich in ihren Fällen oftmals um private Grundbesitzer. Der Zweck des Indian Reorganization Act war ergo, wie an einer früheren Stelle dargelegt, durch vorhergegangene Gesetzgebung und Assimilationsarbeit partiell untergeben worden. Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass die ökonomisch-protektionistischen Maßnahmen der Schöpfer des IRA nicht unbedingt eine Gesamtverbesserung der wirtschaftlichen Situation auf den IRA-Reservaten mit sich brachte.

Neben diesen ökonomischen Aspekten muss auch die neue politisch-rechtliche Stellung der NA berücksichtigt werden. Offiziell definierten John Collier und seine Anhänger das Grundkonzept und –ziel des Reorganization Act als Stärkung der Stammessouveränität. In Anbetracht der bereits mehrfach erwähnten Zustimmungserfordernisse vonseiten gewisser Regierungsvertreter oder auch der Verweigerung des Gesetzgebers, den ortsansässigen Stammesgerichten eine für souveräne Regierung zumindest elementare Kompetenz zuzusprechen, wurde diese Forderung in vielen hochrelevanten Bereichen schlicht nicht umgesetzt. Vielmehr erfolgte durch derartige Vorgehensweisen ein Zurückfallen in die „guardian-ward“-Ideologie, die bereits im Kapitel „Dawes und Burke“ Act erläutert wurde und den Staat als Beschützer, den Beschützten jedoch als Unmündigen wahrnimmt:

„By the 1940s, opponents of the IRA argued that the legislation failed to realize these objectives, and instead made wards out of potential citizens. To

the architects of termination, then, this midcentury shift in Indian policy was about attaining “full” equal U.S. citizenship for native people in lieu of the sovereign, diplomatic rights vested in native nationhood, grounded in treaties, and recognized by the U.S. Supreme Court.”¹¹⁵

Die Rolle des Indian Reorganization Act für die Entwicklung und Weiterentwicklung von konkreter souveräner Macht ist daher weniger als plötzliche, einschneidende Zäsur zu sehen, wie es von Collier kommuniziert worden war. Vielmehr scheint seine Bedeutung in einer katalysatorischen Funktion für die Entwicklungen der sogenannten „self-determination“-Bewegung ab den 1960er Jahren zu liegen.¹¹⁶ Denn die Implementierung neuer politischer Strukturen in den Reservaten brachte durch seine in vielen Fällen ausgeprägte Uniformität (neben den angesprochenen nicht vorhandenen richterlichen Kompetenzen besaß auch der Stammesrat häufig wenig realpolitische Macht) nur eines mit sich: Die Vereinheitlichung vormals höchst diverser Methoden der politischen Entscheidungsfindung (Konsens, auf Spiritualität basierende Hierarchie, etc.).¹¹⁷ Nichtsdestotrotz konnte durch die Implementierung des IRA in einigen Bereichen ein höheres Ausmaß an indigener Selbstständigkeit erzielt werden. So ist der Beginn der Schließung eines Großteiles der in Kapitel 2 kurz erwähnten assimilatorischen boarding-schools in diesem Zeitraum anzusiedeln.¹¹⁸

¹¹⁵ Jessica Leslie *Arnett*, Unsettled rights in territorial Alaska: Native land, sovereignty, and citizenship from the Indian Reorganization Act to termination. In: *Western Historical Quarterly*. (Norman 2017)., Vol.48(3), S.233-254. In: <http://web.a.ebscohost.com/uaccess.univie.ac.at/ehost/detail/detail?vid=0&sid=c066331e-00d4-4633-89bf-abb58b489337%40sessionmgr4009&bdata=JnNpdGU9ZWVhvc3QtbGl2ZQ%3d%3d#AN=124112158&db=hus>, S. 237.

¹¹⁶ vgl. dazu auch Stephen *Cornell*, Joseph P. *Kalt*, Two Approaches to Economic Development on American Indian Reservations: One Works, the Other Doesn't. (Cambridge 2006). In: http://udallcenter.arizona.edu/publications/inpp/2005-02_jopna_Two_Approaches.pdf, S. 13.

¹¹⁷ vgl. *Cornell et al.*, Two Approaches to Economic Development on American Indian Reservations, S. 16.

¹¹⁸ vgl. Lila J. *George*, Why the Need for the Indian Child Welfare Act? (s.l. 1997). In: *Journal of Multicultural Social Work*, Vol. 5, Nr. ¾, 1997, S. 165-175. In: <http://www.srwoodbridge.com/wordpress/wp-content/uploads/Why.pdf>, S. 168.

5.6. Interne Wahrnehmung der BIA-Maßnahmen nach dem Reorganization Act

Die Position der verschiedenen Gruppen der Native Americans zum Thema „BIA“ verdeutlicht am besten die internen Konfliktlinien zwischen den konservativeren und progressiveren Kräften, welche in einem späteren Kapitel detaillierter erläutert werden. An dieser Stelle steht die Erläuterung der kontroversen Themen im Fokus, wobei sich zwei Hauptkonfliktfelder ergeben.

Als einer der beiden gewichtigsten Kritikpunkte der Gegner dieser Institution kann die Praxis der Treuhandschaft angesehen werden (der Reorganization act hatte lediglich das „allotment“ beendet). Innerhalb der untersuchten Quellen scheint dieser Aspekt mehrmals auf: So erklärte Steve Nickeson, ein Mitglied der „Red Power“-Jugendorganisation „National Indian Youth Council“:

„In short, the Bureau had thrown the tribal input away because it pointed in the direction of unrestricted trust protection and economic self-sufficiency instead of supporting the Bureau's policies of off-reservation education and the maintenance of reservations as welfare states.“¹¹⁹

Die Praxis des BIA, Gewinne aus der Verpachtung von indianischem Land zu unterschlagen bzw. anderweitig missbräuchlich und zweckentfremdet zu verwenden, gipfelte 1996 im Prozess „Cobell vs. Salazar“, in dessen Rahmen die Blackfeet-Schatzmeisterin Elouise Cobell erfolgreich Ansprüche auf die Auszahlung von 3,4 Milliarden Dollar durchsetzte. Im Vorfeld hatte ein 1994 verabschiedeter act mit dem Ziel der Erhöhung der Transparenz nicht zur Lösung dieses Problems geführt.¹²⁰

Der zweite, zwischen traditionell und progressive eingestellten Gruppierungen viel kontroversere Streitpunkt ergab sich durch die Implementierung von Stammesregierungen durch den Reorganization Act. In den Augen vieler Konservativer wie auch beispielsweise des AIM („American Indian Movement“) repräsentierten diese Stammesräte nicht bloß eine neue, ungewohnte Organisations- und Regierungsform, sondern die Infiltrierung und Umgestaltung der alten Strukturen durch den weißen Mann per se:

¹¹⁹ Nickeson, The structure of the Bureau of Indian Affairs, S. 62.

¹²⁰ vgl. Merjian, An Unbroken Chain of Injustice, S. 619.

„Activists resent the missionary approach which has permeated BIA policies and the implication that a white bureaucracy knows better what is best for Indians than do Indians themselves.“¹²¹

Hierbei erscheint es notwendig hinzuzufügen, dass die Skepsis und Ablehnung vonseiten der Native-Reservatsbewohner keineswegs auf Voreingenommenheit bezüglich der Absichten der Regierung beruhten, sondern vielmehr auf konkreten Missständen und der Struktur des BIA an sich. Diese wurde als zu überbürokratisiert und aufgesplittert kritisiert, da die betroffene Bevölkerung zB. aufgrund einfacher Baumaßnahmen an mehrere untergeordnete Institutionen wenden musste.¹²² Damit einher ging ein hoher Grad an juristischer Regulation, welchen AIM-Führer Russel Means folgendermaßen kommentierte:

„We were supposed to be sovereign, independent peoples. Now we have over 4,000 laws that govern *us* that do not govern *you*. And then you get into over 20,000 more rules and regulations from the different agencies and government, government agencies that control us.“¹²³

Teilweise wurde diese Überregulierung quasi als Rechtsumkehr verstanden, wonach der durchschnittliche amerikanische Bürger alles tun könne, was nicht verboten sei, während die indianischstämmige Bevölkerung nichts unternehmen dürfe, was nicht explizit erlaubt sei.¹²⁴

Nichtsdestotrotz sympathisierten einzelne Gruppen mit dem BIA und verteidigten es gegen Auflösungsbestrebungen. In diesem Kontext ist vor allem der National Congress of American Indians (“NCAI”) zu nennen. Gegner kritisierten diese Praxis

¹²¹ Randall A. Lake, Enacting Red Power. The consummatory function in Native American protest rhetoric. In: Quarterly Journal of speech Nr. 69 (1983), S. 127-142. In: https://www.researchgate.net/profile/Randall_Lake/publication/248927119_Enacting_red_power_The_gonsummatory_function_in_native_American_protest_rhetoric/links/566f3b7708ae486986b704bf/Enacting-red-power-The-gonsummatory-function-in-native-American-protest-rhetoric.pdf, S.131.

¹²² Michael W. Cameron, Goals, Institutions and the BIA. Problems with Federal Indian Policy. (Cambridge 1988). In: <http://hpaied.org/sites/default/files/publications/PRS88-14.pdf>, S.9.

¹²³ Lake, Enacting Red Power, S. 132.

¹²⁴ vgl. Warren H. Cohen, Philipp J. Mause, The Indian: The forgotten American. (s.l. 1968). In: Harvard Law Review, 81 (1968), S. 1820. zit. nach: Lake, Enacting Red Power, S. 132.

und verdächtigten die entsprechenden Personen/Stämme, im Gegenzug finanzielle Begünstigungen erhalten zu haben:

„If a tribe is cooperative, special funds are found to meet special tribal projects . . . [if not, a]pproval of tribal actions are often delayed or have to be changed.”

125

Das Missmanagement des BIA, welches, wie bereits im ersten Kapitel erläutert, einen wesentlichen Faktor für den niedrigen Lebensstandard der Natives darstellte, wurde zudem von manchen als Selbstzweck aufgefasst. Solange in den Reservationen schlechte Lebensbedingungen herrschten, so stellten diese erst die Daseinsberechtigung des BIA dar, inklusive der Berechtigung nach einer Budgeterhöhung zur Bekämpfung derselben.¹²⁶

¹²⁵ Russel Lawrence Barsch, The BIA Reorganization Follies of 1978: A Lesson in Bureaucratic Self-Defense. (s.l. 1980). In: 2 Am. Indian L. Rev. 1, S. 5. zit. nach: vgl. McCarthy, The Bureau of Indian Affairs and the Federal Trust Obligation to American Indians, S. 9.

¹²⁶ vgl. Cameron, Goals, Institutions and the BIA, S. 25.

6. Termination-Ära

Der Beginn der 1950er Jahre markierte einen erneuten Wendepunkt in Bezug auf die Native American-Politik der Vereinigten Staaten von Amerika. Innerhalb der verantwortlichen Mitarbeiter des BIA und des Kongresses entstanden Ideen und Tendenzen, welche den Motiven zur Schaffung des IRA teils diametral entgegenstanden. So wurde unter anderem vom BIA-Commissioner William Zimmermann die (anfangs noch partielle) Auflösung der Reservatsstrukturen forciert („termination“), sein Modell jedoch nie real umgesetzt. Allerdings erfolgte im Falle einzelner Stämme die Aberkennung des ward-Status, wie beispielsweise bei den Cheyenne River Sioux.¹²⁷

Hierbei gilt es zu erwähnen, dass die Konzeption und Umsetzung dieser Maßnahmen auf einzelne Stämme bzw. Reservate beschränkt wurde und nicht als universalgültige Regelung anzusehen ist. Bedingt durch die heterogenen wirtschaftlichen und sozialen Lebensumstände der betroffenen Gruppen hatte bereits Zimmermann in seinem Entwurf 1944 bestimmte Kriterien für die Auswahl vorgeschlagen: So hielt er den internen Anteil an mixed bloods, den jeweils herrschenden Alphabetisierungsgrad, ökonomische Grundvoraussetzungen und auch die Bereitschaft des Stammes für ausschlaggebend. Gerade das vorletzte Kriterium hatte immense Bedeutung inne, da nach Ansicht des Kongresses mit einem Ende des wardship-Status auch ein Ende des land trust-Verhältnisses und somit der Steuerprivilegien einherging.¹²⁸

Die wichtigste formelle Grundlage der tatsächlich realisierten termination-Politik bildete die 1953 verabschiedete sogenannte House Concurrent Resolution 108. Durch sie wurde die Ansicht des Nachfolgers Zimmermanns, Dillon Myer, gesetzlich bestätigt: Reservate seien Stätten der Segregation unter staatlicher Kontrolle, daher galt es die Betroffenen aus diesem ungleichen Verhältnis zu befreien:

¹²⁷ vgl. *Fouberg*, Tribal territory, sovereignty, and governance, S. 75.

¹²⁸ vgl. Heather *Ponchetti Daly*, Fractured Relations at Home: The 1953 Termination Act's Effect on Tribal Relations throughout Southern California Indian Country .In: American Indian Quarterly, Jg. 33, Nr. 4, Working from Home in AmericanIndian History 2009, S. 427-439. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/40388480.pdf>, S. 429.

„That it is declared to be the sense of Congress that, at the earliest possible time, all of the Indian tribes and the individual members(...) should be freed from Federal supervision and control and from all disabilities and limitations specially applicable to Indians.(...)It is further declared to be the sense of Congress that, upon the release of such tribes and individual members thereof from such disabilities and limitations, all offices of the Bureau of Indian Affairs in the States of California, Florida, New York, and Texas and all other offices of the Bureau of Indian Affairs whose primary purpose was to serve any Indian tribe or individual Indian freed from Federal supervision should be abolished.” ¹²⁹

Das Bureau of Indian Affairs erlebte in dieser Zeit einen Funktionswandel, weg von Überwachen und Verwalten hin zu einer unterstützenden Kraft, zum Beispiel bei der Arbeitssuche in Großstädten (dazu später mehr).

6.1. Bedeutung der Indian Claims Commission

Die Periodisierung der termination-Ära erscheint, besonders in Bezug auf den Beginn dieses Prozesses, nicht eindeutig. Während in einem großen Teil der entsprechenden Fachliteratur, wie der in diesem Kapitel bereits angeführten, der Anfang entweder mit der House Concurrent Resolution oder nur vage mit dem Jahrzehnt der 1950er Jahre datiert wird, nennen einzelne Quellen¹³⁰ auch das Jahr 1946: In diesem erfolgte die Implementierung der Indian Claims Commission. Diese Institution sollte den Native Americans die Möglichkeit geben, in erster Linie (durch gebrochene Verträge entstandene) land claims einzuklagen. Der Beitrag zu einer zufriedenstellenden Kompensation aus Perspektive der Native Americans sollte jedoch kritisch gesehen werden, da auf Anraten des BIA sowie des Innenministeriums eine monetäre Vergütung anstelle der Rückführung von Land in ihre Kontrolle festgeschrieben wurde. Zudem ist auch eine multiperspektivische Sicht auf die Absichten des Gesetzgebers nötig: Denn innerhalb des Kongresses unterstützten viele Abgeordnete den Gesetzesentwurf, da sie sich auf diese Weise

¹²⁹ s.a., Transkript House Concurrent Resolution 108. In:

<http://americanindianhistory.pbworks.com/w/file/attach/67125272/House%20Concurrent%20Resolution%20108.pdf>

¹³⁰ vgl. hierzu Joane Nagel, American Indian Ethnic Renewal: Politics and the resurgence of identity. In: American Sociological Review, Jg. 60, Nr. 6, 1995, S. 947-965. In:

<http://150.164.100.248/profs/marcel/data1/arquivos/Native.pdf>, S. 954.

ein generelle Abschaffung der bestehenden partiellen Sonderstellung der Natives erhofften.¹³¹

Von den termination-Maßnahmen betroffene Reservatsbewohner und Stämme erkannten früh derartige Absichten hinter der offiziell gleichheitsfördernden Maßnahme. Denn die konkrete Umsetzung muss stets im Kontext des jeweiligen Falles betrachtet werden und führte in einigen Fällen zu einem krassen Ungleichgewicht zwischen gestellten (legitimen) Ansprüchen sowie der Wirklichkeit. Besonders deutlich wird dies unter anderem am Beispiel der Menominee. Dieser in Wisconsin wohnhafte Stamm war der erste, welcher dem Prozess der termination unterzogen wurde. Die Betroffenen selbst standen dem skeptisch gegenüber, teilweise bedingt durch die Angst, erneut einer allotment-Politik zum Opfer zu fallen, andererseits durch die Zäsur-artige, plötzlich entstehende und ungewohnte Unabhängigkeit vom BIA).¹³² Ausschlaggebend für die Auswahl der Menominee als geeigneten Stamm war der augenscheinliche ökonomische Reichtum dieser Gruppe. Gemeinsam mit dem aus der Claims Commission gewonnenen Summe verfügten sie insgesamt über rund 10 Mio. Dollar, welche allerdings durch den 10 Jahre andauernden termination-Prozess verbraucht wurden. Lediglich pro-Kopf-Zahlungen von jeweils 1500 Dollar blieben ihnen als Gewinn.¹³³ An diesem Beispiel wird deutlich, dass die Kompensation aus der ICC teilweise nicht den realen Gegebenheiten und Notwendigkeiten angepasst wurde.

Außerdem existierten spezielle Hindernisse, welche eine gerechte Entschädigung noch erschwerten. So stand der Kongress im Vorfeld der Etablierung der Institution aufgrund der Befürchtung äußerst langwieriger Verfahren in derselben skeptisch gegenüber. Diese sollte sich bewahrheiten, denn die anfangs vorgesehene Zeitspanne von 10 Jahren für Einbringung der Anträge und Bearbeitung derselben reichte nicht ansatzweise aus, der Großteil war selbst nach über zwanzig Jahren

¹³¹ vgl. Clayton R. Koppes, From New Deal to Termination: Liberalism and Indian Policy, 1933-1953. In: Pacific Historical Review, Jg. 46, Nr. 4, 1977, S. 543-566. In: <https://authors.library.caltech.edu/83667/1/sswp173%20-%20published.pdf>, S. 557 f.

¹³² Vgl. Donald Lee Fixico, Termination and relocation: Federal Indian policy in the 1950s. (Diss. Norman 1980). In: <https://shareok.org/handle/11244/4767>, S. 115 f.

¹³³ Vgl. Nancy Oestreich Lurie, The Indian Claims Commission. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Jg. 436, American Indians Today, 1978, S. 97-110. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/1042172.pdf?refreqid=excelsior%3A10c709afe9baf34b9deb609d25597957>, S. 104 f.

nicht angehört und entschieden worden.¹³⁴ Zudem wurde zwar die Möglichkeit der Einlegung von Berufung beim US-amerikanischen Court of Claims sowie dem Supreme Court explizit gewährt, Nicht-IRA-Stämme hierbei jedoch diskriminiert. Denn diese bedurften zur Beiziehung eines Anwalts im Gegensatz zu den unter dem Reorganization Act Organsierten der Zustimmung des Innenministers.¹³⁵

Die Hauptargumentationspunkte der Kläger in den Verfahren der Indian Claims Commission selbst sollen nun anhand eines exemplarischen Falles dargelegt werden: „Indian Claims Commission Nr. 196, The Hopi Tribe vs. The United States of America“ (1951). In Count 1/Abs. 8 argumentiert der Verfasser der Klageschrift (Anwalt John Boyden) mit der Verletzung des wardship-Status durch Aneignung des Landes der Hopi, da die USA eigentlich die Aufgabe gehabt hätten, die Eigentumsrechte der Besitzer zu schützen, welche als bona-fide-wards charakterisiert werden:

“ (...)and relied upon and had confidence in the honesty and authority of the United States and its agents upon whom they relied for protection for their property.”¹³⁶

Damit einher geht Kritik an der Praxis der Trust-Politik.¹³⁷ Als Argumentationsbasis für die Stellung von claims wurde auch Verträge herangezogen, welche teilweise noch aus der Removal-Ära stammten, wie in diesem Beispiel der Vertrag von Guadalupe-Hidalgo. Dieser hatte 1848 den Mexikanisch-Amerikanischen Krieg beendet und brachte den USA einen beträchtlichen Gebietszuwachs: Die Bundesstaaten Kalifornien, Arizona, Neu-Mexiko, Utah, Nevada, Texas und Teile des heutigen von Colorado und Wyoming. Da in diesen Staaten ebenfalls indigene Bevölkerungsgruppen präsent waren, betrafen einige Regelungen des besagten Vertrages auch den Umgang mit diesen. Artikel 8 besagt:

„Mexicans now established in territories previously belonging to Mexico, and which remain for the future within the limits of the United States(...) shall be

¹³⁴ vgl. John T. Vance, The congressional mandate and the Indian Claims Commission. In: North Dakota Law Review, Nr. 45, 1969, S. 325-336. In:

<http://www.azwater.gov/azdwr/surfacewater/adjudications/documents/Hopi%20Tribe/222.pdf>, S. 325.

¹³⁵ vgl. Vance, The congressional mandate and the Indian Claims Commission, S. 334.

¹³⁶ John Boyden, Indian Claims Commission No. 196, Hopi vs. USA. (s.l. 1951). In:

<http://www.azwater.gov/Adjudications/documents/HopiContestedCaseDisclosures/Navajo%20Initial%20Disclosure/Images%5CCDV002%5CBox006%5C002%5CNADC006879.pdf>, S. 3.

¹³⁷ vgl. Boyden, Indian Claims Commission No. 196, Count 2, Abs 13., S.4.

free to continue where they now reside, (...), retaining the property which they possess in the said territories, or disposing thereof, and removing the proceeds wherever they please, without their being subjected, on this account, to any contribution, tax, or charge whatever. (...)In the said territories, property of every kind, now belonging to Mexicans not established there, shall be inviolably respected. The present owners, the heirs of these, and all Mexicans who may hereafter acquire said property by contract, shall enjoy with respect to it guarantees equally ample as if the same belonged to citizens of the United States.”¹³⁸

Der Anwalt des Hopi-Stammes nutzt dieses Dokument als Rechtsgrundlage und Beweis für die Unrechtmäßigkeit der Aneignung des Native-Landes. Allerdings ließ er hierbei Artikel 11 außer Acht, welcher die indigenen Gruppen als „savage tribes“ charakterisiert, welche im Bedarfsfall sehr wohl von den Behörden der USA aus ihren angestammten Gebieten vertrieben und neu angesiedelt werden dürfen.¹³⁹ Seine in Bezug auf den Vertrag von Guadalupe-Hidalgo retrospektivische Argumentationsweise ließ, für den vorliegenden und vergleichbare Fälle, essenzielle historische Entwicklungen außer Acht. So besaßen die in Artikel 11 genannten indigenen Gruppen nach Auffassung der mexikanischen Regierung offenbar nicht denselben Rechtsstatus wie die in Artikel 8 genannten „Mexicans“, also mexikanische Staatsbürger. In den Vereinigten Staaten war dieser Schritt schon im Jahr 1924, 27 Jahre vor dem Hopi-Fall getätigt worden, als die gesamte Native-Bevölkerung mittels Indian Citizenship Act zumindest formell mit allen anderen Ethnien gleichgestellt wurde. Der Anwalt John Boyden berücksichtigte diese Unterschiede nicht, sondern übertrug das amerikanische Modell auf die mexikanischen Gegebenheiten.

Die Frage nach den konkreten Voraussetzungen für die in der Termination-Periode kontrovers diskutierte vollkommene Gleichstellung in sämtlichen Lebens- sowie Rechtsbereichen umfasste neben der schwierigen Interpretation und Auslegung von Staatsbürgerschaft im eben genannten Fall auch die Entstehung regionaler Konfliktlinien, welchen ebendieser Themenkomplex der „equal citizenship“ zugrunde

¹³⁸ s.a., Transcript of Treaty of Guadalupe Hidalgo (1848). In: https://www.ourdocuments.gov/print_friendly.php?flash=false&page=transcript&doc=26&title=Transcript+of+Treaty+of+Guadalupe+Hidalgo+%281848%29

¹³⁹ Vgl. s.a., Transcript of Treaty of Guadalupe Hidalgo (1848), Art. XI.

lag. Denn der Begriff „Gleichstellung“ implizierte in dieser Phase primär nicht ausschließlich die Verbesserung der Chance für Native Americans (zB. auf dem Arbeitsmarkt durch Relocation-Programme), sondern ebenfalls die Beendigung der positiven Diskriminierung der Nicht-Natives durch völlige Gleichstellung und Abschaffung des Reservationssystems. Neben dem US-amerikanischen Kernland, welches bereits über ein ökonomisch sowie kulturell äußerst heterogenes Gesamtspektrum an Native-Gemeinschaften mit jeweils graduell unterschiedlich entwickelten und zur termination bereiten Stammesorganisationen verfügte, entstanden auch in periphereren Regionen mit noch spezifischeren Gegebenheiten dieselben Thesen und Forderungen. In Alaska beispielsweise erklärte ein gewisser Senator Butler:

“...we don't want the rights of other Americans denied at the same time that we are protecting the rights of this small group.”¹⁴⁰

6.2. Einfluss des Zweiten Weltkrieges

Einen bedeutenden, katalysatorischen Faktor für die Genese der Idee der termination stellte der Verlauf des Zweiten Weltkrieges, beziehungsweise im Besonderen die Teilnahme zahlreicher Native Americans in diesem dar. Aus diesem Grund erfolgt nun eine Analyse der wirtschaftlichen sowie sozialen Konsequenzen dieses Konfliktes für die Reservatsbevölkerung der USA.

Der durch den Zweiten Weltkrieg entstandene enorme finanzielle sowie anderweitig ressourcentechnische Aufwand führte dazu, dass in den Kriegsjahren die Maßnahmen des IRA sowie das Bureau of Indian Affairs bedingt durch die fehlende Relevanz für die Kriegswirtschaft, innerhalb der Politik rapide an Bedeutung verloren.¹⁴¹ Begünstigt wurde diese Kehrtwende durch den Rücktritt John Colliers, wie im entsprechenden Kapitel dargelegt einer der wichtigsten Verfechter des IRA, sowie dem wachsenden Rohstoff- und somit Landbedarf, welcher zur Herstellung von Kriegsmaterial gedeckt werden musste.

¹⁴⁰ Arnett, Unsettled rights in territorial Alaska, S. 251.

¹⁴¹ vgl. Koppes, From New Deal to Termination, S. 555.

Während der unmittelbaren Nachkriegszeit, zu Beginn der termination-Phase (1950-53) wurden die Institution des BIA von Commissioner Dillon Myer geleitet. Dieser unterstützte die ideologischen Grundsätze dieser Doktrin, wobei besonders die spezielle Beziehung zwischen den Native Americans und der Regierung der USA Gegenstand seiner Kritik bildeten.¹⁴² Das Reservatssystem lehnte er vor allem aufgrund eigener Erfahrungen mit Internierungscamps zur Zeit des Krieges ab, in welchen japanischstämmige Bewohner der Westküste der USA nach dem Angriff auf Pearl Harbor gefangen gehalten wurden. Zum Zwecke einer erneuten Integration in die amerikanische Gesellschaft forcierte Myer die ehestmögliche Auflösung dieser Einrichtungen.¹⁴³

6.3. Kriegsveteranen und Relocation

Dillon Myer kam zugute, dass in dieser Periode der 1950er unter den Natives Americans selbst Strömungen entstanden waren, die eine Liberalisierung der Native-Politik forderten, wenn auch nicht einen völligen Abbruch derselben inklusive Einstellung des trust-status, der steuerlichen Privilegien etc. In diesem Kontext kann exemplarisch der 1944 gegründete National Congress of American Indian genannt werden.¹⁴⁴

Eine vergleichbare, wenn nicht noch größere Relevanz für die Realisierung der termination- und in diesem Zusammenhang insbesondere der relocation-Programme besaß der Faktor der heimgekehrten Native-Kriegsveteranen aus dem Zweiten Weltkrieg sowie deren öffentliche Rezeption. Im Verlauf der Kampfhandlungen hatten sich Native Americans wiederholt als äußerst fähige Soldaten erwiesen, was einerseits auf ihre jahrhundertlang tradierte, kriegerische Mentalität, andererseits auf die bessere Anpassungsfähigkeit an mangelhafte Versorgung durch die Erfahrungen auf Reservaten zurückzuführen ist. Viele Angehörige dieser ethnischen Gruppe(n) zählten zu hochdekorierten Soldaten. In diesem Zusammenhang

¹⁴² vgl. Dillon S. Myer, The Program of the Bureau of Indian Affairs. In: The Journal of Negro Education, Jg. 20, Nr. 3, The American Negro and Civil Rights in 1950, 1951, S. 346-353. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/2966009.pdf?refreqid=excelsior%3A812dd0eefe1b8254b141f8c916544c8bm>, S. 346.

¹⁴³ vgl. Kenneth R. Philp, Dillon S. Myer and the Advent of Termination: 1950-1953. In: Western Historical Quarterly, Jg. 19, Nr. 1, 1988, S. 37-59. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/969792.pdf?refreqid=excelsior%3Ae09e532af82502b244192f6eea794d72>, S. 138.

¹⁴⁴ Vgl. Philp, Dillon S. Myer and the Advent of Termination, S. 45.

erlangten vor allem die sogenannten „Navajo-Code-Talker“ Bekanntheit, eine Einheit, welche indigene Sprachen zur Verschlüsselung von Nachrichten verwendete, wodurch dem Feind die Dechiffrierung erheblich erschwert wurde.¹⁴⁵

Bedingt durch diese Entwicklungen erfuhr auch die öffentliche sowie politische Wahrnehmung eine zunehmende Änderung. Da die betroffenen ehemaligen Soldaten einen gewissen Zeitraum außerhalb ihrer angestammten Reservatsumgebung im Dienst der US-amerikanischen verbracht hatten, wurden sie von einigen verantwortlichen Politikern, wie dem Commissioner des BIA, Barton Greenwood, als konkurrenzfähig für den regulären Arbeitsmarkt angesehen. Zu diesem Zweck wurden sogenannte Job-Placement-Programme gestartet. Ihr Ziel war die Ansiedelung von Native Americans im urbanen Raum, um sie auf diese Weise offiziell in der Arbeitssuche zu unterstützen.¹⁴⁶ Implizit ging damit auch ein assimilatorischer, durchaus intendierter Nebeneffekt einher; denn aufgrund der geographischen Distanz zu den Reservatsgebieten und der Einführung in die städtische, amerikanische Mainstream-Gesellschaft erhofften sich die Verantwortlichen auch eine graduell erfolgende Auflösung der Strukturen derselben. Jedoch scheint in diesem Kontext die institutionelle Unterstützung dieses Zieles, beziehungsweise deren Finanzierung, marginal: Denn nach einer einmonatigen Unterstützungs- und Orientierungsphase war der Betroffene im ungewohnte, städtischen Lebensraum auf sich gestellt.¹⁴⁷

Trotz der offenkundig präsenten, assimilatorischen Intentionen des Relocation-Prozesses, sollte dieser nicht ausschließlich und einseitig aus dieser Perspektive betrachtet werden. Unter den Umgesiedelten existierte auch ein gewisses Maß an Eigeninitiative. Während des Zweiten Weltkrieges hatte eine Vielzahl von ihnen als Soldaten oder auch im Rahmen der ausgebauten Rüstungsindustrie erstmals eine feste Arbeitsstelle mit den damit verbundenen Begleiterscheinungen (fixer, regelmäßig ausgezahlter Lohn/Sold) erhalten. Bedingt durch diese Erfahrungen versuchten viele, der sehr präsenten ökonomischen Armut auf den Reservaten durch Umsiedelung zu entgehen (wobei das Programm nicht auf Reservatsbewohner beschränkte, sondern alle Natives zur Anmeldung berechtigt waren). Denn die wirtschaftliche Situation auf ihnen war durch enorme Prekarität gekennzeichnet: So

¹⁴⁵ vgl. *Lee Fixico*, Termination and relocation, S. 6.

¹⁴⁶ vgl. *Lee Fixico*, Termination and relocation, S. 213.

¹⁴⁷ vgl. *Lee Fixico*, Termination and relocation, S. 215.

bildeten auf Reservatsgebieten lebende Native Americans hinterauf dem Land lebenden Afroamerikanern in den USA die Gruppe mit dem zweitniedrigsten Durchschnittseinkommen.¹⁴⁸ Zudem gilt es zu beachten, dass die Umsiedelung auch ideologisch nicht zwangsläufig eine Abkehr von traditionellem Gedankengut und Habitus implizierte. Dieser Umstand kann unter anderem durch die Konzentration des Großteils der entsprechenden Natives in einigen wenigen Großstädten erklärt werden. So erfolgte beispielsweise in San Francisco bereits in einer frühen Phase des Programms die Gründung (pan)indianischer Vereine.¹⁴⁹

Den umgesiedelten Personen, welche es schafften, in den neuen Lebensräumen erfolgreich Fuß zu fassen, stand eine hohe Anzahl von Rückkehrern gegenüber, welche aus verschiedenen Gründen einen erneuten Umzug auf Reservatsgebiet favorisierten. Anbei eine kurze, tabellarische Übersicht über die wichtigsten motivationalen Faktoren der Navajo und Southern Plain Indians:

**TABLE 1. REASONS FOR LEAVING
THE RELOCATION AREA**

	% Navajo (1952-1964)	% Southern Plains Indians** (1968-1972)
Medical reasons	23	9
Alcoholism	18	16
Military service	8	2
Personal reasons	31	35
Economic reasons	<u>19</u>	<u>37</u>
	100*	100*

*Does not equal 100% due to rounding.

**Southern Plains Indians: original tabulations.

Sources: Navajo Agency, *Navajo Yearbook*, Window Rock, Arizona.

Abb. 3¹⁵⁰

Wie in der vorliegenden Grafik ersichtlich, rangiert der Aspekt der medizinischen Versorgung im Falle der Navajo auf Platz 2. Im zweiten Kapitel dieser Arbeit wurde das Thema „Native-bezogenes Gesundheitswesen“ unter dem Fokus auf die Institution des „Indian Health Service“ ausführlich erläutert. Diese garantierte den

¹⁴⁸ Vgl. Kenneth R. *Philp*, Stride toward Freedom: The Relocation of Indians to Cities, 1952-1960 . In: Western Historical Quarterly, Jg. 16, Nr. 2 ,Apr., 1985, S. 175-190. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/969660.pdf?refregid=excelsior:c6ff26894742144d86152a13b9ab89b5>, S. 176.

¹⁴⁹ Vgl. *Philp*, Stride toward Freedom, S. 189.

¹⁵⁰ Paul A. *Brinker*, Benjamin A. *Taylor*, Southern Plains Indian Relocation Returnees. In: Human Organization, Jg. 33., Nr. 2, Sommer 1974, S. 139-146. In: <http://sfaajournals.net.uaccess.univie.ac.at/doi/pdf/10.17730/humo.33.2.q236q4273713640p>, S. 141.

Betroffenen eine kostenlose medizinische Versorgung; ein Privileg, welches mit dem Umzug in eine Großstadt, weg von den meist reservatsnahen Einrichtungen, verloren ging.

Auch der Missbrauch von Alkohol stellte einen entscheidenden Aspekt innerhalb dieser motivationalen Faktorenkomplexion dar. Wie in der obigen Grafik ersichtlich, belief sich der Anteil gemessen an der Gesamtheit der Befragten immerhin auf 18%, knapp ein Fünftel. Exzessiver Alkoholkonsum/-missbrauch an sich ist und war als eines der sozialen Kernprobleme auf Reservaten anzusehen. Noch dreißig Jahre nach Beginn der termination-Ära, Mitte der 1980er, bildeten chronische Lebererkrankungen sowie –zirrhosen im Bereich der erwachsenen Native Americans (25-44 Jahre) die zweithäufigste Todesursache, was einer dreifach erhöhten Wahrscheinlichkeit gemessen am US-Durchschnitt entsprach.¹⁵¹

Zudem ging mit dem reinen Erhalten eines Jobs nicht zwangsläufig eine Verbesserung der ökonomischen beziehungsweise sozialen Position des individuellen Arbeiters einher. Aufgrund der Heterogenität der relocated Natives, deren Gesamtheit sich bei Weitem nicht auf die genannten Kriegsveteranen beschränkte, sondern auch schlecht ausgebildete, teilweise kranke sowie kaum Englisch sprechende Personen umfasste, erhielten diese oftmals nur Zugang zum unteren Einkommensbereich. Häufig übten sie prekäre, körperlich fordernde Hilfsarbeitertätigkeiten aus:

„Most jobs available to unskilled Indians were at the bottom of the wage and status scale. One relocatee in Denver found himself working in a junkyard along with several other recently-arrived Indians and noted sarcastically that, "heck, if I wanted to work in a junkyard, I could've stayed at home.... There's junked cars at home.“¹⁵²

Die dadurch entstehende, kollektive und soziale Unzufriedenheit in Kombination mit der bereits erwähnten zunehmenden Organisation in städtischen, teils panindianischen Vereinen leistete ihren Beitrag zur Genese des „red power“-movements und der neuen Protestbewegungen, welche im folgenden Großkapitel den Gegenstand der Untersuchungen bilden werden.

¹⁵¹ Vgl. *Burns et al.*, *The Indian Health Service Approach to Alcoholism Among American Indians and Alaska Natives*, S. 622.

¹⁵² *Brinker et al.*, *Southern Plains Indian Relocation Returnees*, S. 90.

7. American Indian Movement und National Indian Youth Council- Einfluss der neuen Jugendbewegungen und Konfliktlinien am Beispiel der Alcatraz-Besetzung, des Trail of broken treaties und der Besetzung von Pine Ridge

Der Entstehungsprozess der „Red Power“ Bewegungen in den 1960er Jahren hängt in hohem Ausmaß mit dem Aufkommen des sogenannten „Tribalistic Movements“ zusammen. Dieses kann als Produkt der Auseinandersetzungen um die Errichtung einer (westlich-pompös geplanten und kommerziell nutzbaren) Gedenkstätte für das Massaker von Wounded Knee 1890 angesehen werden, in Zuge dessen ein neues Bewusstsein geschaffen wurde: Anpassung und Assimilation wurden nicht mehr von allen wie zuvor als selbstverständlich betrachtet, die Rückbesinnung auf traditionelle Werte erstarkte. Infolge bildeten sich Organisationen, welche öffentlichen Protest betrieben (zB. der American Indian Civil Rights Council).

Innerhalb dieser Bewegung kommt vor allem zwei Organisationen eine hohe Bedeutung zu, dem National Indian Youth Council sowie dem American Indian Movement. Im Besonderen die letztgenannte Gruppierung schaffte es wiederholt, Native American- Anliegen durch medial wirksame Protestaktionen der gesamtamerikanischen Bevölkerung nahezubringen. Daher soll in diesem Kapitel der Einfluss dieser Gruppen, im Speziellen auch auf die Entwicklungen auf Reservationen, analysiert werden.

7.1. National Indian Youth Council

Die Gründung des National Indian Youth Council erfolgte bereits im Jahre 1960, er stellt eine relativ frühe Form der Protestorganisation in diesem Zeitraum dar. Zu den Hauptkritikpunkten dieser Organisation zählten unter anderem die durch den Indian Reorganization Act geschaffenen Stammesräte, welche als „weiße“ Organisationen angesehen wurden, sowie die Existenz des Bureau of Indian Affairs an sich. Diese Behörde übe substantielle Kompetenzen aus, die die Selbstbestimmung und -

verwaltung der Stämme behindere (zB. das Abschließen von Verträgen über den Zugriff auf Energie und natürliche Ressourcen).¹⁵³

Die Präsenz und reale Verfügbarkeit elementarer Ressourcen bildete bereits in einer sehr frühen Phase der Reservatspolitik einen kontroversen Aspekt, beispielsweise im Falle des (Trink)wassers. In Bezug auf diesen natürlichen Rohstoff erwies sich die im Jahre 1908 vom Supreme Court im Fall „Winters vs. United States“ gefällte Entscheidung als maßgeblich. Dieser urteilte, dass im Falle der Etablierung eines Reservates auf vertraglicher Grundlage auf das Vorhandensein von ausreichenden Wasservorkommen im näheren Umfeld besonderes Augenmerk zu legen ist. Jedoch brachte diese Entscheidung nicht ein Ende dieser Konflikte mit sich, so interpretierte der Oberste Gerichtshof von Wyoming noch 1988 die Entscheidung noch dahingehend, dass zwar auf oberflächlich vorkommende Wasservorräte ein Recht bestünde, exkludierte allerdings Förderungsrechte für das tiefer gelegene Grundwasser.¹⁵⁴

7.2. Gründung der AIM und Bedeutung religiöser Traditionen (Ghost Dance)

Im Jahre 1968 erfolgte schließlich die Gründung einer der wichtigsten Gruppen, der AIM, welche im Vergleich zur Gesamtheit der Protestierenden tendentiell eher radikaler agierte („direct action“ als adäquates Mittel zur Problemlösung). Eine enorme Bedeutung innerhalb dieser Organisation besaßen zudem spirituell-religiöse, traditionelle Symboliken. Dieser Umstand impliziert, im Kontext der sozialen Herkunft eines großen Teiles der AIM-Mitglieder, eine Rückbesinnung auf ihre ursprünglichen Wurzeln: Denn besonders im urbanen Raum lebende, tendenziell jüngere (20-40) Native Americans sympathisierten mit den neu entstandenen Bewegungen, einige kehrten sogar in Reservationen zurück, um dem von Weißen dominierten städtischen Raum zu entkommen und sich mit ihrer alten Kultur zu verbinden.¹⁵⁵ Nun wandten sie sich teilweise erneut Praktiken wie dem im 19. Jahrhundert verbotenen

¹⁵³ vgl. *Lake*, Enacting Red Power, S. 131.

¹⁵⁴ vgl. *McCarthy*, The Bureau of Indian Affairs and the Federal Trust Obligation to American Indians, S. 84 f.

¹⁵⁵ vgl. *Bolz*, Ethnische Identität und kultureller Widerstand, S. 100.

Sonnentanz zu, wohnten entsprechenden Zeremonien bei und partizipierten auch aktiv in diesen.¹⁵⁶

Neben der individuellen, bewussten Entscheidung für die Wiederaufnahme althergebrachter Zeremonien und Traditionen zum Zwecke der erneuten Verbindung mit der Kultur der Vorfahren erfüllten diese Prozesse jedoch noch zwei weitere Funktionen: Erstens stellten sie für sich eine Form des Protestes dar, bedingt durch die damit verbundene Ablehnung der christlichen Religion. Zweitens wurde durch die Durchführung gewisser Zeremonien und hierbei vor allem von Tänzen der Versuch einer Forcierung der Konstruktion einer panindianischen Bewegung unternommen.¹⁵⁷ Die Definition des Begriffes „Panindianismus“ sowie die Realisierung der Etablierung einer realen, derartigen Massenbewegung erscheint aufgrund mehrerer Aspekte schwierig und problematisch, dazu jedoch später mehr. Jedenfalls stellte diese Vorgehensweise historischer Sicht kein Novum dar, sondern weist Parallelen mit einer Bewegung auf, welche in den 1880ern und 1890er ihren Höhepunkt hatte: Der sogenannten Ghost-Dance-Religion. So beschrieben zeitgenössische Reservatsbewohner das Engagement der AIM im Trail of broken treaties, einer der bekanntesten Protestaktionen der Organisation, folgendermaßen:

„The American Indian Movement hit our reservation like a tornado, like a new wind blowing out of nowhere, a drumbeat from far off getting louder and louder. It was almost like the Ghost Dance fever that had hit the tribes in 1890.“¹⁵⁸

Aus welchem Grund wurde der Ghost Dance nun von Außenstehenden als eine der legitimatorischen Grundlagen der AIM wahrgenommen? Hierfür lassen sich primär vor alle zwei Gründe anführen. Der erste resultiert aus der Geschichte und der Rezeption des Ghost Dance Movements an sich. Ende des 19. Jahrhunderts, während der Removal-Phase und Beginn der modernen Reservatsetablierung,

¹⁵⁶ vgl. Stephen Langley, James McDonald, Philip D. Roos, Dowell H. Smith, The Impact of the American Indian Movement on the Pine Ridge Indian Reservation. In: Phylon, Jg. 41, N1. 1, 1. Viertel 1980, S. 89-99. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/274670.pdf?refregid=excelsior%3A1e7ef1e6f301f565aa50331180dd603a>, S. 96.

¹⁵⁷ vgl. Rachel A. Bonney, The Role of AIM Leaders in Indian Nationalism. In: American Indian Quarterly, Jg. 3, Nr. 3, Herbst 1977, S. 209-224. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/1184538.pdf>, S. 218.

¹⁵⁸ Crow Dog, Mary Erdoes, Richard Erdoes, Lakota Woman. (New York 1990), S. 73 f. zit. nach: Nagel, American Indian Ethnic Renewal, S. 959.

verbreitete ein Paiute-Native namens Wovoka eine Form des Tanzes, welche auf einer angeblichen Vision beruht. Durch sie, versprach er seinen Anhängern, könne die Übermacht der Weißen gebrochen und der präkolumbianische Zustand wiederhergestellt werden. Trotz des friedlichen Charakters dieser Bewegung befürchteten Verantwortliche des BIA aufgrund der kollektiven Ausführung des Tanzes einen vorbereitenden, kriegerischen Hintergrund. In Wahrheit jedoch entsprach nicht einmal der kollektive Gedanke zu hundert Prozent den Vorstellungen der Ausführenden, jedes Individuum sollte sein eigenes Verständnis dieses Konzeptes entwickeln („Wakan Tanka“).¹⁵⁹ Nichtsdestotrotz resultierte die Furcht der Behörden vor dieser religiösen Bewegung im sogenannten Massaker von Wounded Knee von 1890, eines der bedeutendsten Referenzpunkte des American Indian Movement 70 Jahre danach:

„Like the Ghost Dance Movement, the evocation of the Wounded Knee massacre became a point at which a collective of people from various tribal groups located a collective identity. (...)The trope itself (Anm: “Wounded Knee”) is an outgrowth from the Ghost Dance Movement, however, as is clear in many articulations of AIM s objectives.”¹⁶⁰

Der zweite Grund resultiert teilweise aus dem ersten Angeführten: Das American Indian Movement versuchte, durch Rückgriff und Bezugnahme auf den Tanz Wovokas, als vormals zwar nicht pan-, jedoch zumindest polyindianisches Kulturmerkmal, eine gemeinsam geschichtliche Basis zu generieren. Aufgrund der Heterogenität der diversen US-amerikanischen Native-Stämme gestaltet sich ein derartiges, pauschalisierendes und simplifizierendes Vorhaben jedoch als komplex: In den vorherigen Großkapiteln dieser Arbeit wurden bereits einige bedeutende unterscheidende Faktoren genannt. So organisierten sich manche Stämme unter dem Indian Reorganization Act, andere jedoch nicht. Ein Teil zählte zu den „federally recognized tribes“, während andere nicht oder erst spät in diese Kategorie

¹⁵⁹ vgl. Raymond J. *DeMallie*, The Lakota Ghost Dance: An Ethnohistorical Account. In: Pacific Historical Review, Jg. 51, Nr. 4, November 1982, S. 385-405. In:

<http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/3639782.pdf?refreqid=excelsior:51191c41cbfde90e42a6dbb4407aed6d>, S. 387.

¹⁶⁰Elizabeth *Rich*, "Remember Wounded Knee": AIM's Use of Metonymy in 21st Century Protest. In: College Literature, Jg. 31, Nr. 3, Sommer, 2004, S. 70-91. In:

<http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/25115208.pdf?refreqid=excelsior%3A78725183482b91e7113ae9804984c6f4>, S. 77.

eingeorordnet wurden. Zudem wiesen sie bereits in der präkolombianischen Zeit, bedingt durch heterogene klimatische Bedingungen in ihren jeweiligen Lebensräumen, Unterschiede in ihrem (subsistenz-)wirtschaftlichen Verhalten auf (Wildbeutertum oder Formen von organisierter Land- und Anbauwirtschaft). Mit Beginn der Phase des vermehrten politischen Aktivismus Ende der 1960er Jahre begann zwar eine partielle Genese einer panindianischen Bewegung, jedoch wichen auch die Konzepte von (kollektiver) Identität, welche die Protestgruppe NIYC und AIM selbst vertraten, von einer derart verkürzten Sichtweise in einem gewissen Maß ab. Dies soll im Anschluss im Rahmen des Unterkapitels über Aktivismus und Schlüsselereignisse dieser Phase (Alcatraz-Besetzung 1969) genauer erläutert werden. Zunächst jedoch folgt ein kurzer Exkurs über die politische Bedeutung dieser neuen Organisationen, besonders der AIM, innerhalb des politischen Spektrums der Reservate.

7.3. Politische Faktoren

Die Verortung dieser sogenannten „Neuen Indianer“ innerhalb der herrschenden, reservatsinternen politischen Strukturen gestaltet sich komplex; sie sind jedenfalls größtenteils nicht einer rein konservativen (IRA-Stammesrat ablehnenden) oder progressiven (Anerkennung des westlichen Statussystems) Strömung zuzuordnen.

Vielmehr besaßen sie zwar eine traditionalistische Grundhaltung, wählten aber oftmals einen pragmatischeren Zugang zu konfliktbehafteten Auseinandersetzungen, wobei auch die Kooperation mit Progressiven in bestimmten Fragen nicht von vornherein abgelehnt wurde. Gleichzeitig schafften die radikaleren Neotraditionalisten (zB. AIM) es aufgrund ihrer ausgeprägteren kriegerischen Selbstinszenierung nicht, sich den Rückhalt aller Konservativen zu sichern, trotz ausgeprägter Parallelen hinsichtlich der ideologischen Basis.¹⁶¹

Denn sogenannte, meist ältere, „Kulturnationalisten“ vertraten durchaus vergleichbare Positionen, wie die Favorisierung einer Vertragspolitik sowie der Bezugnahme auf historisch erlebtes Leid. Diese politische Einheit bildet(e) lediglich eine Subgruppe innerhalb der Gesamtheit der konservativeren politischen

¹⁶¹ vgl. Bolz, Ethnische Identität und kultureller Widerstand, S. 102.

Differenzierung innerhalb von Reservaten. So verfolgten durchaus auch jüngere Stammesmitglieder mit einer höheren, auch tertiären, Bildung das Ziel einer kulturellen Renaissance (Kulturpluralisten). Diesen Positionen gegenüber standen in diametralen Kontrast sogenannte „mixed bloods“, an westlichen Statussymbolen und Lebensweisen orientierte Native Americans, welche oftmals in Lohnarbeit beschäftigt waren und althergebrachte Traditionen als rückschrittlich ansahen.¹⁶² Das reservatsinterne politisch-ideologische Spektrum kann aus diesen Gründen nur als äußerst heterogenes begriffen werden, eine rein dichotome Unterteilung in konservativ/traditionalistisch vs. progressiv erscheint spätestens ab dieser Welle der Gründungsphasen von den genannten und ähnlichen Organisationen überholt und unzulässig.

Das Verständnis für die Pluralität dieses Spektrums scheint essenziell für die Unterstützung, welche die AIM und andere ähnliche Gruppierungen in Reservaten letztendlich erhielten. Gerade für die AIM stellte sich die Gewinnung von Anhängern in Reservationen im Vergleich zum NIYC als schwieriger heraus. Dieser Umstand liegt in der unterschiedlichen Entstehungsgeschichte begründet: Während der NIYC bereits in seiner Frühphase, wie zu Beginn dieses Kapitels beschrieben, Kritik an explizit reservatsbezogenen Missständen, bzw. Sachverhalten, welche von seine Mitgliedern als solche wahrgenommen wurden, äußerte, ist die AIM zunächst als urbanes Phänomen anzusehen. Sie entstand nicht primär als reine Protesgruppe, sondern vielmehr als Reaktion auf zahlreiche Problematiken, von denen städtische, umgesiedelte Native Americans durch die Relocation-Politik betroffen wurden (Alkoholismus, Verlust der kulturellen Identität, etc.).¹⁶³ Obgleich die AIM im Zuge der Aktivismus-Phase der 1970er Jahre auch und gerade in zunehmenden Maße soziale Missstände auf Reservaten anprangerte sowie in Bezug auf die traditionelle Kultur ähnlich den Kulturnationalisten eine Revitalisierung forcierte, konnte sie zu keinem Zeitpunkt mit der Unterstützung sämtlicher konservativer Strömungen rechnen. Vielmehr gaben oftmals konkrete politisch motivierte Gründe den Ausschlag für die Sympathisierung, besonders Vertragsangelegenheiten:

„Reservation Indians especially took AIM seriously when the movement discussed treaties. Many reservation Indians boycotted tribal governments

¹⁶² vgl. *Langley et al.*, The Impact of the American Indian Movement on the Pine Ridge Indian Reservation, S. 93.

¹⁶³ vgl. *Bonney*, The Role of AIM Leaders in Indian Nationalism, S. 212.

established by the Indian Reorganization Act of 1934 because they viewed them as a violation of their treaty rights.”¹⁶⁴

Als hinderlich für die Gewinnung von auf Reservaten lebenden traditionalistischen Sympathisanten erwies sich der urbane Charakter der Organisation, sowie im Besonderen deren politisch linke Orientierung.¹⁶⁵

7.4. Jugendorganisationen als pan-Native-Bewegungen?

Sowohl NIYC als auch AIM stellten in den 1960ern Jahren des 20. Jahrhunderts eher lokale Phänomene als nationale Massenbewegungen dar. Dies änderte sich zunehmend ab dem Jahr 1969, als die Red-Power-Bewegung durch die Besetzung der Insel Alcatraz durch Native-Aktivisten ein in Bezug auf indigenen Protest in den USA bis dato noch nicht dagewesenes mediales Echo auslöste. Viele Native Americans änderten ihre Selbstdefinition des Begriffes „indian“ durch Rückbesinnung auf ihre kulturellen Wurzeln und Stolz auf die Geschichte ihrer Völker. In diesem Kontext ist allerdings eine Differenzierung hinsichtlich der Altersgruppen vonnöten: Besonders tendenziell jüngere Native Americans räumten dem Aktivismus eine hohe Bedeutung ein und verknüpften ihn teilweise untrennbar mit „indianess“.¹⁶⁶

Die Interpretation von Alcatraz als markanter Zäsur im Rahmen der Red-Power-Bewegung ist primär auf den Versuch der Konstruktion einer gemeinschaftlichen, nationalen Bewegung zurückzuführen. Wie bereits erwähnt, setzte sich die Gesamtheit der Ethnie der Native American aus höchst diversen Gruppen und Strömungen zusammen, welche sich aufgrund ihrer geographischen Situation, Grad an Involvierung in das westliche System durch formale Anerkennung („federally recognized“), individuelle politische Einstellung (full/mixed bloods) und weitere Merkmale unterschieden. Die Besetzer von Alcatraz forcierten die Schaffung einer möglichst panindianischen und nationalen Bewegung, sie verliehen sich selbst den

¹⁶⁴ Sherry Cable, Thomas Shriver, Jeffrey Stotik, Social control and movement outcome: The case of AIM. In: Sociological Focus, Jg. 27, Nr. 1, 1994, S. 53-66. In: <http://web.a.ebscohost.com.uaccess.univie.ac.at/ehost/pdfviewer/pdfviewer?vid=1&sid=e620ebe9-9c4b-4c26-98a1-43fb9d2b6b54%40sessionmgr4007>, S. 57.

¹⁶⁵ vgl. Cable et al., Social control and movement outcome, S. 57.

¹⁶⁶ vgl. Nagel, American Indian Ethnic Renewal, S. 958.

Namen „Indians of all (!) tribes“. Diese Form der sprachlichen Miteinbeziehung erscheint unter Berücksichtigung der eben erwähnten Diversifikation und inneren Heterogenität problematisch, bezweckte durch Rückgriff auf eine derart stereotypisierende Formulierung zwei Konsequenzen: Einerseits wurden damit relocated Natives angesprochen, welche das Modell des klassischen Stammeslebens (im Reservat) verlassen hatten. Andererseits ist ebenso auf die Gewinnung von Rückhalt innerhalb der US-amerikanischen Gesamtgesellschaft zu verweisen, welcher durch die zeitliche Parallele zur Bürgerrechtsbewegung bedingt ist. „Indians of all tribes“ betonte die Organisation und Zugehörigkeit der Individuen in Stämmen, den Stamm als konstituierende Institution, wie er von der Mehrheit der weißen Bevölkerung wahrgenommen wurde (vgl. Zitat Colliers S. 43). Die AIM hatte die Besetzung der Insel später zwar unterstützt und auch Mitglieder entsandt, trat jedoch nicht als alleiniger Initiator auf.¹⁶⁷ Sie verwendete oftmals aber ähnliche, stereotypisierte Formulierungen als rhetorisches Instrument der Bezugnahme auf eine kollektive Vergangenheit und zeitgenössisches erlebtes Unrecht. So kommentierte ein AIM-Führer 1972 die Proteste gegen das relativ milde Urteil an zwei Männern, die zuvor einen Native ermordet hatten, mit den folgenden Worten:

„We went to that town not just for Raymond Yellow Thunder, but for all Native Americans in this country. We went there as one big family. We went there with the drum.“¹⁶⁸

Die Wortwahl der letzten beiden Sätze verweist einerseits auf den panindianischen Gedanken („...as one big family“), andererseits auf traditionelle Kommunikations- und Zeremonialformen („...with the drum“). Beide semantische Einheiten werden zudem durch eine Anapher („We went there...“) verknüpft. Mythologische Codes und Symbole besaßen innerhalb der AIM eine nicht zu vernachlässigende Rolle; neben der Wiederbelebung des Ghost Dance bildete eine ideologische Basis des Panindianismus die Lehre des Native Tecumseh, welcher 1812 die Notwendigkeit

¹⁶⁷ vgl. *Cable et al.*, Social control and movement outcome, S. 58.

¹⁶⁸ John Sanchez, Mary E. Stuckey, The Rhetoric of American Indian Activism in the 1960s and 1970s. AIM. In: Communication Quarterly Nr. 48 (2000), S.120-136. In:

https://www.researchgate.net/profile/John_Sanchez/publication/232989633_The_rhetoric_of_American_Indian_activism_in_the_1960s_and_1970s_1/links/551977d50cf26cbb81a1b008.pdf, S. 123.

des geschlossenen Auftretens aller vereinten Stämme gegen die Vorherrschaft und Repression durch die Siedler und die Regierung forderte.¹⁶⁹

Die Auswahl der Insel Alcatraz für die Besetzung steht symbolisch für bestimmte Kontexte der historischen Vergangenheit, auch in engem Bezug zur Reservations- und im Besonderen zur Landbesitzproblematik. Die Besetzer gaben mit der „Alcatraz Proclamation“ eine teilweise sarkastische Erklärung ab, in welcher die ressourcen- sowie perspektiventechnischen Chancen auf der felsigen Insel als Parallelen zu den sozialen Gegebenheiten in Reservaten gesetzt wurden (fehlendes frisches Wasser, keine Bildungseinrichtungen, nicht vorhandene Infrastruktur, etc.). Die Besetzung per se stellt zudem einen von Native Americans initiierten „land claim“ auf ein Gebiet dar, welches sich zu keinem vergangenen Zeitpunkt in Besitz derselben befunden hatte, quasi eine in kleinerem Rahmen erfolgende Gegenreaktion auf historische Landnahmen durch US-Amerikaner (Removal, Dawes Act-Parzellierungen).¹⁷⁰

Die Intention der Umfassung und Motivation möglichst vieler Native Americans landesweit im Sinne des zuvor erläuterten Panindianismus scheiterte nicht zuletzt an den unterschiedlichen, vorherrschenden politischen Strömungen der jeweiligen Reservationen. Einige Stammesführer verurteilten die Vorgehensweise der neuen Jugendbewegungen und sahen darin eine potenzielle Gefahr für die für sie profitable Kooperation mit der Regierung im Hinblick auf Förderprogramme etc.¹⁷¹

7.5. Trail of broken treaties

Die weitere Entwicklung der Native-Bevölkerung in den Reservationen wurde vor allem durch zwei Schlüsselereignisse geprägt: dem „trail of broken treaties“ im

¹⁶⁹ vgl. *Bonney*, The Role of AIM Leaders in Indian Nationalism, S. 218 f.

¹⁷⁰ vgl. Tina Loo, Carolyn *Strange*, "Rock Prison of Liberation": Alcatraz Island and the American Imagination. In: *Radical History Review*, Jg. 78, 2000, S. 27-56. In:

https://watermark.silverchair.com/ddrhr_2000_78_27.pdf?token=AQECAHi208BE49Ooan9kKhW_Ercy7Dm3ZL_9Cf3qfKAc485ysgAAAhQwggIQBgkqhkiG9w0BBwagggIBMIIB_QIBADCCAfYGCSqGSIB3DQEHATAeBglghkgBZQMEAS4wEQQMHDsymBT5jwhqdSOBAgEQqIBx0ZxdNQOD9iBV17MPDKMORL_51ySiMdDUO5tV4d4cTqX-uKu9GM7puYuLkljPYqKtbk0JW10n5z2LrbOd1f8vA-jyotaWPhpJOPX2w1rmHCo0dDz16-kduRRU6G7YfSW-Zmur-xrJxEH6UobWzEZmDS9TRsrwEKuTy8i8IXZUp233KQtY6KYPQMYSsRF5_iNFjFDqdolwIY2QBGKdxMkOc15DzkATYXsq4W6jdBzkcXliHT19vH-QYXifQj1hrZFnwOcJkh5wVEFWsn2S4UXdV6Ax-wl70SxwzHHdSPcx8IUlsn5mFidMYv2ribf8z3mAMg-O6aylIFAesGnmnmbrUDwy1ZKEhgppz96gN_6vhHckz9ArB3CAosmRbIL2yAY_ZaiDk_ZDEzlsNGdc-4n1Kq8ys6qxYxeabifceHlwy_Q0CwEylUwxB9qeGEyz6NGXEFgpcxINV1s_7McNreEi0RcNiPVks2T-jnU-AIardZbGLtyfIOXDtGYi8C5LYbIAo6s_wMKooFAQIJl2Gt9Jyxu7kYSNpdbB0M9qQKrlqGCya-EnfQAZd4FGI54_XEDCdRLoPQUWUDeI3_VMlelw9wHLb8nb, S. 37.

¹⁷¹ vgl. *Cable et al.*, Social control and movement outcome, S. 58.

November 1972 sowie der Besetzung des Pine-Ridge-Reservates bei Wounded Knee 1973. Dem erstgenannten Ereignis ging einige Monate zuvor die Verwüstung des „Wounded Knee Trading Post“, der Gedenkstätte am Ort des bereits erwähnten Massakers, durch AIM-Führer Russel Means voraus. Die Reservatsbevölkerung von Pine Ridge in South Dakota nahm die Involvierten bei ihrer Rückkehr großteils wohlwollend auf. Ziel des von der AIM, dem NIYC und weiteren Organisationen organisierten trails war die Überbringung eines Kataloges mit 20 Forderungen an den damaligen US-Präsidenten Richard Nixon. Hierbei wurde im Vorfeld der Versuch unternommen, die Interessen der heterogenen politischen Gesamtheit auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen:

„The Twenty Points combined issues that aroused the passions of both the young, primarily urban American Indians who formed the core of the protests, as well as appealing to the older, reservation-based, traditional American Indians.“¹⁷²

Der trail endete mit dem Nichtzustandekommen eines Treffens mit Nixon und infolge dessen der Besetzung des Innenministeriums, welches das BIA-Hauptquartier beherbergte. Retrospektivisch betrachtet wurde der trail of broken treaties von amerikanischen Historikern größtenteils als Niederlage eingestuft, als „rhetorical, and, as a consequence, a political failure.“¹⁷³. Die Regierung unter Präsident Nixon begründete die Ablehnung der gestellten Forderungen mit dem Argument, dass Verträge nur mit anderen Nationen abgeschlossen würden, die Gesamtheit der Native Americans jedoch keine darstellten, da diese seit 1924 aufgrund des Indian Citizenship Act die US-amerikanische Staatsbürgerschaft besäßen.¹⁷⁴

Tatsächlich repräsentierte die Restauration einer auf vertraglichen Verhältnissen basierenden Beziehung zwischen den Native Americans und der Regierung/Behörden einen essenziellen Kernpunkt der Forderungen, im konkreten Primärquellentext des „20 Point Position Paper“ wird sie als erster Punkt genannt.¹⁷⁵

¹⁷² Sanchez et al., The Rhetoric of American Indian Activism in the 1960s and 1970s, S.123.

¹⁷³ John F. Cragan, Rhetorical Strategy: A Dramatistic Interpretation and Application. (s.l. 1975). In: Central States Speech Journal, 26, 1975, S. 11. zit. nach: Lake, Enacting Red Power, S. 128.

¹⁷⁴ vgl. Bonney, The Role of AIM Leaders in Indian Nationalism, S. 216.

¹⁷⁵ vgl. s.a., Trail of broken treaties 20-point position paper. (Minneapolis 1972). In: <https://www.aimovement.org/ggc/trailofbrokentreaties.html>, Point 1.

Außerdem liegt ein weiterer Fokus auf der juristischen Unabhängigkeit in Form der souveränen Kontrolle über Fragen der Stammesmitgliedschaft (Point 11) oder auch der Etablierung juristischer Befugnisse der Stammesgerichte über Nicht-Natives auf Reservationsland (Point 13) (darüber mehr im folgenden Großkapitel). Der am exaktesten ausgearbeitete Aspekt jedoch betrifft die Forderung nach der Auflösung des Bureau of Indian Affairs unter Ersetzung durch eine neue Institution, der sogenannten „Office of Federal Indian Relations and Community Reconstruction“ (Point 14-16). Hiervon erhofften sich bzw. forderten die Verfasser unter anderem die Durchsicht bestimmter, ihrer Ansicht nach für Native Americans unvorteilhafter gesetzlicher Bestimmungen und im Anlassfall deren Aufhebung. Als konkretes Beispiel wird unter Point 16 der Indian Reorganization Act angeführt.

Anhand eines Teiles dieser Kernforderungen, besonders dem Verlangen nach einer Rückkehr zur Abschließung von bilateralen Verträgen mit der Regierung als Grundlage für substantielle Belange, lässt sich Folgendes konstatieren: Die Erdenker und Verfasser des vorliegenden „Position Paper“- Dokumentes, Mitglieder der AIM, bedienten sich zwar zu diesem Zeitpunkt relativ moderner Protestformen des Aktivismus, vertraten andererseits jedoch Positionen, welche aus heutiger Perspektive eher rückwärtsgewandt als emanzipatorisch im Sinne einer rechtlichen sowie ideellen Gleichstellung erscheinen (wie zB. im Fall der simultan erstarkenden Bürgerrechtsbewegung). Daher kann, trotz der panindianischen Selbstdenklerierung, eine lediglich eingegrenzte Zielgruppe schwer bestritten werden. So hätte die reale Rückkehr zu einer „treaty-based relationship“ unter Abschaffung der IRA-Bestimmungen den rechtlichen Sonderstatus der Native Americans verstärkt, jedoch gleichzeitig als potentiell exkludierender Faktor in Bezug auf Integration von (nicht im Rahmen eines Relocation-Programmes umgesiedelten) urbanen Native Americans gewirkt, welche von den IRA-Regelungen quasi nicht mehr betroffen waren. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses 20-Punkte-Programmes zu Beginn der 1970er Jahre überstieg die Zahl der in Städten ansässigen Natives die der auf Reservationen lebenden.¹⁷⁶ Zwar ist dies einerseits auf Relocation-Maßnahmen zurückzuführen, allerdings ebenso auf mixed bloods, welche sich bewusst vom Reservatsleben abgewandt hatten.

¹⁷⁶ vgl. Larry W. Burt, *Roots of the Native American Urban Experience: Relocation Policy in the 1950s*. In: *American Indian Quarterly*, Jg. 10, Nr. 2, Frühling 1986, S. 85-99. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/1183982.pdf?refreqid=excelsior%3A6640c50fe46a3a64fc725e10822a6f96>, S. 85.

Nach einer einwöchigen Besetzung des BIA-Hauptquartiers kehrten die Protestierenden in die Reservate zurück, einige auch nach Pine Ridge.

7.6. Besetzung von Pine Ridge- Second Battle of Wounded Knee

Dort ereignete sich zwischen Februar und Mai im darauffolgenden Jahr die Besetzung durch die AIM nach einem gescheiterten Amtsenthebungsverfahren gegen Stammespräsident Richard Wilson. Dieser stand auf Seiten der Progressiven und bekämpfte die AIM sowie jegliche traditionalistischen Opposition, auch gewaltsam.¹⁷⁷ In seinem Vorgehen gegen diese im Zuge der Besetzung wurde Wilson von der US-Regierung mit einer enormen Menge an Personal und Material unterstützt:

„The equipment maintained by the military while in use during the siege included fifteen armored personell carriers, clothing, rifles, grenade launchers,(...) of over a half million dollars.“¹⁷⁸

Die Intensität des Widerstandes der US-Regierung lässt sich unter anderem vor allem mit einem hochsensiblen Aspekt der Nativepolitik erklären: der Frage nach der Nutzung natürlicher (wertvoller) Ressourcen. 55% der Uran-Vorkommen auf US-amerikanischem Boden befinden sich auf indianischem Land, wie zB. auch auf den Black Hills.¹⁷⁹ Eine Machtverschiebung zugunsten der traditionellen Kräfte, welche dem westlich-kapitalistischem System wesentlich kritischer gegenüberstehen, hätte die Vorkommen eventuell unzugänglich gemacht. Die AIM zog zur Argumentation den (bereits nach Verabschiedung gebrochenen) Fort Lararmie Vertrag aus dem Jahre 1868 heran, dessen Artikel 16 besagt:

„... that an area of land "shall be held and considered to be unceded Indian territory, and also stipulates and agrees that no white person or persons shall be permitted to settle upon or occupy any portion of the same.“¹⁸⁰

¹⁷⁷ vgl. *Sanchez et al.*, The Rhetoric of American Indian Activism in the 1960s and 1970s, S. 124

¹⁷⁸ John William Sayer, *Ghost dancing the law: The wounded knee trials.* (Cambridge 1997). S. 146. zit. nach: *Sanchez et al.*, The Rhetoric of American Indian Activism in the 1960s and 1970s, S. 125.

¹⁷⁹ vgl. Christopher *Brookeman*, The Native American Peoples of The United States. (Liverpool 1990). In: <http://www.americansc.org.uk/Online/brookman.htm>

¹⁸⁰ *Brookeman*, The Native American Peoples of The United States.

Die Problematik hinter diesen Auseinandersetzungen und der Verhandlungsbasis bestand in der Tatsache, dass alle diese Gruppierungen trotz ihres panindianischen Selbstverständnisses, wie bereits erwähnt, nur die Interessen von Teilen der Gesamtbevölkerung vertraten. Je nach Stamm und Reservation konnten diese variieren und daher die Forderungen einzelner Organisationen als mehr oder weniger bedeutsam angesehen werden. Die AIM beispielsweise besaß nur relativ wenig Rückhalt im nichturbanen Reservationsraum. Daher stellt der Wilson-Konflikt eher ein Symptom der Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der traditionellen Führer und der gewählten, lokalen und pro-US-amerikanischen Stammesregierung bzw. dem BIA dar. Diese These wird zudem durch den Umstand bestätigt, dass ein Ziel der AIM-Aktivisten in der Ersetzung des demokratisch, auf Grundlage einer IRA-Bestimmung gewählten Wilson durch einen auf Grundlage von traditionellem Erbrecht eingesetzten Häuptling bestand.¹⁸¹

¹⁸¹ vgl. Dean J. *Kotlowski*, Alcatraz, Wounded Knee, and Beyond: The Nixon and Ford Administrations Respond to Native American Protest. In: *Pacific Historical Review*, Jg. 72, Nr. 2, Ma 2003, S. 201-227. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/10.1525/phr.2003.72.2.201.pdf?refreqid=excelsior%3A71efa68c22859383bdb69f16d2158038>, S. 212.

8. Juristische Souveränität? Verhältnis von Stammesrecht zum Federal Law und Kontroversen um die Anwendbarkeit desselben in internen Konflikten sowie auf Außenstehende

Im Anschluss an die nähere Betrachtung und Analyse der historischen Ereignisse sowie der sozialen, internen Prozesse und Strömungen, welche zentrale Eckpunkte in Bezug auf die (Lebens)realität in den Reservationen bilden, soll in diesem abschließenden Kapitel nun auf folgende Fragestellung eingegangen werden: Inwiefern können Reservate als Institutionen und Lebensräume tatsächlich als „souverän“ im rechtlichen Sinne bezeichnet werden? Wie weit geht der Grad an Selbstbestimmung über Konflikte auf Reservationsland, in welche auch Außenstehende involviert sind?

Grundsätzlich lässt sich Folgendes konstatieren: Indianische Reservationen auf dem Bundesgebiet der USA bilden eigene Rechtsräume und sind beispielsweise in Bezug auf Verwaltungs- und Steuerrecht weitestgehend unabhängig. Hierbei gilt es allerdings zu beachten, dass dieser Status in der Vergangenheit sowie auch aktuell immer wieder den Gegenstand diverser Interessenskonflikte zwischen verschiedenen Akteuren darstellte und darstellt (Stamm-Bundesstaat-Unternehmer etc.).¹⁸²

In diesem Zusammenhang erscheinen hauptsächlich zwei Konfliktlinien als besonders kontrovers: Erstens die Frage nach dem Umfang des Rechts eines einzelnen Stammes, Steuern einzuhoben, sei es für den Abbau von natürlichen Ressourcen, Grundsteuern oder auch im Bereich des Glücksspiels (diesem Aspekt wird aufgrund seiner bis heute bestehenden politischen Relevanz ein eigenes Unterkapitel gewidmet). Zweitens beschäftigten sich diverse Gerichte, bis zum Supreme Court, im Laufe der letzten Jahrzehnte wiederholt mit Fällen, im Rahmen derer stammesfremde Personen, also Angehörige anderer Stämme und vor allem Nicht-Natives der Begehung eines Verbrechens/Vergehens auf Reservationsgebiet verdächtigt wurden. In Zuge dessen entbrannten Debatten über die Rechtshoheit und das Ausmaß der Befugnisse sogenannter „tribal courts“, der reservatseigenen Judikative.

¹⁸² vgl. *Frantz*, Die Indianerreservationen in den USA, S. 76.

8.1. Traditionelle Formen der indigenen Gerichtsbarkeit in den USA

Native American Gemeinschaften auf dem Gebiet der heutigen Vereinigten Staaten von Amerika verfügten bereits vor der Besiedelung des Landes durch europäische Einwanderer über verschiedene, lokale Formen der Gerichtspraxis. Diese zeichneten sich oftmals durch eine diametral entgegen gesetzten ideologische Basis, verglichen mit angloamerikanischen Konzepten, aus. So verfügten die Haudenosaunee, eine aus Mohawk, Onondaga, Oneida, Cayuga, Seneca und Tuscarora bestehende Organisation, über ein auf völligem Konsens basierendes System, im Rahmen dessen über eine Streitfrage so lange von allen Beteiligten diskutiert wurde, bis eine von allen Seiten akzeptierte Lösung gefunden wurde.¹⁸³

Anhand dieses exemplarischen Aspektes lässt sich bereits die in zahlreichen Bereichen vorherrschende Diskrepanz zwischen präkolombianischen und modernen, westlichen Modellen der Gesetzgebung und Rechtsprechung erahnen. Neben der institutionellen Ebene (z.B. die eben beschriebenen Diskussionsrunden) müssen ebenfalls Unterschiede hinsichtlich der individuellen und tradierten Auffassung grundlegender rechtlicher Begrifflichkeiten berücksichtigt werden. Ein Navajo-Richter kommentierte die Frage nach dem Unterschied zwischen den Handlungen des „Borgens“ und „Diebstahl“ folgendermaßen:

„If A borrows the car of his brother B without B's knowledge or permission, a white policeman would say, it's stolen. But A would say, "It's my brother's", and a Navajo judge would accept this defense." Similarly, giving the use of a chattel to someone without asking a price is regarded by Navajos as like borrowing among the family, so no compensation should be given in case of loss or damage.“¹⁸⁴

Die Gruppe der Navajo stellt aus rechtswissenschaftlicher Perspektive aufgrund eines weiteren Faktors eine interessante Einheit für Untersuchungen des Gerichtsbarkeitsprozesses dar. Mithilfe des sogenannten Navajo Peacemaker

¹⁸³ vgl. Robert B. Porter, Strengthening tribal sovereignty through peacemaking: How the anglo-american legal tradition destroys indigenous societies. In: Columbia Human Rights Law Review Vol. 28 (New York 1997). S. 235-305. In: http://peacemaking.narf.org/wp-content/uploads/2016/09/1997_porter_article.pdf, S. 242.

¹⁸⁴ Cooter et al., Indian Common Law, S. 528.

Courts¹⁸⁵ wurde ein Instrument geschaffen, welches auf eine Konfliktlösung unter Anwendung von Mediation zwischen zwei Parteien abzielt. Obgleich ähnliche Modelle auch in europäischen Rechtssystemen existieren und Anwendung finden (zB. außergerichtlicher Tatausgleich in Österreich), kann die Etablierung eines solchen in einem internen System einer Native-Gemeinschaft oder Reservation nicht ausschließlich auf die Übernahme vonseiten der Navajo zurückgeführt werden. Denn innerhalb einiger rechtlicher Handlungsfelder der Native-Gesetze waren Mediationsmodelle bereits vor der Ankunft der ersten Siedler kodifiziert. Die Navajo beispielsweise arbeiteten schon vor dem 19. Jahrhundert mit dem Konzept des gemeinsamen Sorgerechtes.¹⁸⁶

Bestimmte Methoden der traditionellen Gerichtsbarkeit wirken bis in die jüngere Vergangenheit bzw. Gegenwart als historisches Kontinuum weiter. Tribal courts der Laguna und Acoma besitzen in der Praxis die Möglichkeit, einen Straftäter auf Grundlage einer vierstufigen Vorgehensweise zu sanktionieren:

- Geständnis
- Entschuldigung an das Opfer
- Zahlung von Schadensersatz
- Wiedergutmachung an der Gemeinschaft (zB. in Form von gemeinnütziger Arbeit im Reservat)¹⁸⁷

Vor allem der letztgenannte Punkt, die Kompensation am Kollektiv als ultimativer Schritt der Tilgung individueller Schuld, beinhaltet in einigen Stämmen eine weitere Funktion: Die Vermeidung individuellen Fehlverhaltens durch eine in hohem Ausmaß gesellschaftlich regulierende Sozialisation. Der Stamm der Seneca nutzte oftmals, alternativ zu schwereren Bestrafungsformen, kollektiv ausgeübten Druck durch Spott und Herabsetzung des Betroffenen in der öffentlichen Meinung als quasi semipädagogisches Instrument der Kontrolle.¹⁸⁸

¹⁸⁵ vgl. Sandra Day O'Connor, Lessons from the Third Sovereign: Indian Tribal Courts. (s.l. 1997). In: Tulsa Law Review, Vol. 33. (Tulsa 2013). S. 1-6. In:

<http://digitalcommons.law.utulsa.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=2107&context=tlr>, S.4.

¹⁸⁶ vgl. Tom Tso, The Process of Decision-Making in Tribal Courts. (Boulder 1988). In:

<http://scholar.law.colorado.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1011&context=natural-resource-development-in-indian-country>, S.4.

¹⁸⁷ vgl. Cooter *et al.*, Indian Common Law, S. 552 f.

¹⁸⁸ vgl. Porter, Strengthening tribal sovereignty through peacemaking, S. 245.

8.2. Zugriff auf natürliche Ressourcen- Beispiel Trinkwasser

Der von Rechtswegen erlaubte Zugriff sowie die Nutzung lokaler, natürlich vorkommender Ressourcen stellt in Bezug auf Souveränität einen entscheidenden Aspekt dar. Es gilt jedoch, diesen nicht auf den Abbau und Vertrieb rein kommerziell verwertbarer Rohstoffe wie beispielsweise Uran oder verschiedenste Minerale zu beschränken (etwaige daraus resultierende rechtliche Konfliktlinien werden im nächsten Abschnitt über Charakteristika der Native-Steuerpolitik genauer analysiert), sondern auch die Aneignung und Verwertung substanziell benötigter Rohstoffe, wie Trinkwasser, zu inkludieren. Aus diesem Grund erfolgt an dieser Stelle eine Untersuchung der Faktoren, welche in der Vergangenheit prägende Einflüsse auf die US-amerikanische Native-Wasserpolitik repräsentierten. Im Kontext des Zugestehens von Nutzungsrechten an Reservationseinwohner sind hierbei vor allem zwei Positionen von enormer Relevanz: Erstens die sogenannte „Prior Appropriation Doctrine“, sowie zweitens die „Winters Doctrine“.

Die Prior Appropriation Doktrin resultierte aus dem steigenden Wasserbedarf während der Phase des Vordringens der amerikanischen Siedler in die westlichen, trockeneren Gebiete des Landes. Bedingt durch die verhältnismäßig höhere Wasserknappheit wurde die Erteilung von Nutzungsrechten (beziehungsweise höheren Anteilen an Nutzungsrechten) an eine durch kontinuierlich durchgeführte Wasserentnahme legitimierte aus dem jeweiligen Gewässer gebunden. Diese Vorgehensweise kann mit gewohnheitsrechtlich begründeten Ansprüchen verglichen werden, derjenigen Person, welche die durchgehende(!) Nutzung im betroffenen geographischen Areal nachweisen/glaubhaft machen konnte, wurde der Vorrang eingeräumt.¹⁸⁹ In der Praxis fand der auf dieser Regelung basierende Anspruch von Native Americans auf den Gebrauch nahegelegener Wasserquellen während des 19. Jahrhunderts oftmals jedoch keine oder wenig Beachtung.

Zu Beginn des Folgenden erließ der Supreme Court ein richtungsweisendes Urteil. Im Fall „Winters vs. United States“, namensgebend für die Winters-Doktrin, betonte dieser die auf der herrschenden Praxis der Treuhandschaft basierende Verpflichtung des Bundes, in angemessenem Rahmen eine adäquate Trinkwasserversorgung für die Bewohner der Reservate sicherzustellen. Die Zeitspanne der vorangegangenen

¹⁸⁹ vgl. *Frantz*, Die Indianerreservationen in den USA, S. 203.

Nutzung blieb hierfür irrelevant.¹⁹⁰ Die Implementierung dieser Position erscheint im historischen Kontext nicht überraschend: Der Beginn des 20. Jahrhunderts ist innerhalb der Allotment-Phase zu verorten (siehe zweites Großkapitel, ab S. 25). Ohne entsprechende Möglichkeiten der Bewässerung wäre eine Forcierung und Umsetzung des Konzeptes der Assimilation durch Ausübung „klassischer“ Formen der Ackerbau-Agrarwirtschaft kaum realistisch gewesen.¹⁹¹ In der Praxis bewährte sich die Anwendung der Winters-Doktrin nicht völlig. Bis zur Erstellung der „Criteria and Procedures for the Participation of the Federal Government in Negotiations for the Settlement of Indian Water Rights Claims“ im Jahr 1990 fehlte ein Instrument, welches Richtlinien für den Umgang mit claims vonseiten der Native Americans präziserte. Zuvor hatten Bundesstaaten teilweise versucht, exaktere Kriterien zu generieren.¹⁹²

In der jüngsten Vergangenheit bzw. aktuell (Stand 2015) sind innerhalb der Vereinigten Staaten in folgenden Gebieten gelegene Reservationen in Rechtsstreitigkeiten um Wassernutzungsrechte involviert:

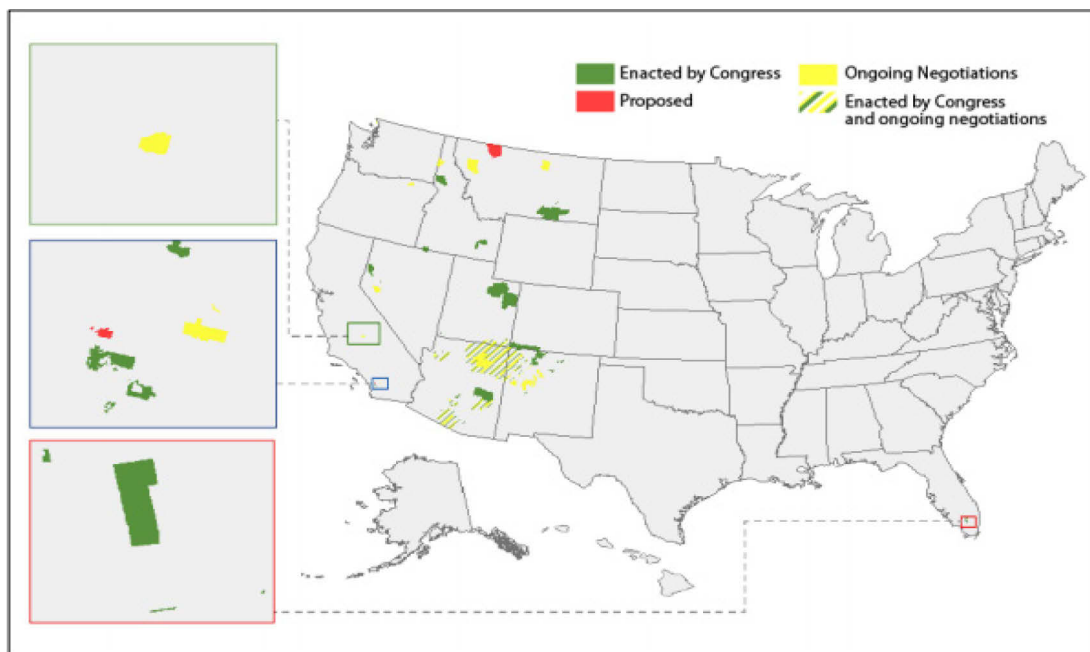


Abb.4¹⁹³

¹⁹⁰ vgl. *Frantz*, Die Indianerreservationen in den USA, S. 205.

¹⁹¹ vgl. A. *Dan Tarlock*, One River, Three Sovereigns: Indian and Interstate Water Rights. (Laramie 1987). In: *Land and Water Law Review*, Jg. 22, Nr. 2, 1987, S. 631-671. In: http://scholarship.kentlaw.iit.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1639&context=fac_schol, S. 642.

¹⁹² vgl. *Tarlock*, One River, Three Sovereigns, S. 635.

¹⁹³ Charles V. *Stern*, Indian Water Rights Settlements. (Washington 2015). In: Congressional Research Service. In: <http://nationalaglawcenter.org/wp-content/uploads/assets/crs/R44148.pdf>, S. 10.

Wie der vorliegenden Grafik zu entnehmen ist, bilden bis in die Gegenwart hauptsächlich Stämme im trockeneren Westen Parteien in den genannten Verfahren (mit Ausnahme von Florida).

Der Ausgang derartiger, auf claims indigener Stämme beruhender Verfahren zugunsten derselben im Sinne der Zuerkennung einer gewissen Menge an landwirtschaftlich nutzbarem oder Trinkwasser impliziert generell die Inklusion potenziell negativer Faktoren im Zuge der Kodifizierung des entsprechenden settlements. Exemplarisch sei an dieser Stelle die im Zuge des „Claims Resolution Act“ aus dem Jahr 2010 festgeschriebene „White Mountain Apache Tribe Water Rights Quantification“ angeführt.¹⁹⁴ Abgesehen von unterstützenden Maßnahmen wie der Übernahme der Kosten für den Bau eines Rohrsystems¹⁹⁵ wird die Thematik der Wasserqualität (Bereitstellung von Filtern etc.) bewusst aus der Verantwortung des Bundes ausgenommen: „The term “injury to water rights” does not include any injury to water quality.”¹⁹⁶ Zudem ist die Art der Finanzierung dieser Programme per se als kritisch anzusehen, aufgrund der fehlenden gesonderten Budgetierung (wird ein gewisser Rahmen überzogen, kann dies eine entsprechende Reduzierung in einem anderen, vom Bund finanzierten Programm nach sich ziehen).¹⁹⁷

8.3. Steuerrecht

Indianische Reservationen genießen generell Steuerfreiheit gegenüber dem jeweiligen Bundesstaat, sie sind befreit von Vermögens-, Grund – sowie Umsatzsteuer. Damit einher gehen finanzielle Einbußen seitens des Bundesstaates, wodurch wiederum (bundes)staatlicher Widerstand gegen Projekte wie zum Beispiel die Errichtung von Casinos auf Reservationsgebiet generiert wird. Denn diese werden von den Natives selbst besteuert, sodass dem Staat eben diese Einnahmen entgehen, wie im Falle des in der Gila River Reservation in den 1990er Jahren errichteten Glücksspieleinrichtung.¹⁹⁸

¹⁹⁴ vgl. s.a., Claims Resolution Act of 2010. In: <https://www.congress.gov/111/plaws/publ291/PLAW-111publ291.pdf>, S. 3073.

¹⁹⁵ vgl. s.a., Claims Resolution Act of 2010, S. 3080.

¹⁹⁶ s.a., Claims Resolution Act of 2010, S. 3074.

¹⁹⁷ vgl. *Stern*, Indian Water Rights Settlements, S. 16.

¹⁹⁸ vgl. *Frantz*, Die Indianerreservationen in den USA, S.254.

Neben den Kontroversen um die Implementierung und Besteuerung der genannten Unternehmen bildete vor allem wirtschaftliche Aktivitäten von außenstehenden Betrieben im primären Wirtschaftssektor durch den Abbau von natürlichen Ressourcen wiederholt Anlass zu juristischen Konflikten (siehe auch S. 76). Der Abbau von diversen Arten von Mineralien sowie Öl- und Gasvorkommen wurden durch einzelne Stämme besteuert, weshalb Firmen diese teilweise vor Gericht anfochten. Einer der bedeutendsten Präzedenzfälle ereignete sich im Jahr 1982 und wurde vor dem Supreme Court der Vereinigten Staaten verhandelt: Der Fall „Merrion vs. Jicarilla Apache Tribe“.

Hierbei wurde die Autorität und Befugnis des Stammes hinsichtlich der Besteuerung von auf Reservatsland wirtschaftstreibenden Nicht-Natives verhandelt. Letztendlich entschied das Gericht zugunsten des Jicarilla-Stammes und betonte die Relevanz dieser steuerrechtlichen Autorität als zentralen Eckpunkt der Selbstregierung und –bestimmung.¹⁹⁹ Einen weiteren entscheidenden und prägenden Faktor innerhalb dieses Falles stellte die Ansicht des Courts dar, wonach die Übereinstimmung und Nichtverletzung eines speziellen Abschnittes der US-amerikanischen Verfassung, der sogenannten „Commerce Clause“, gegeben war. Diese regelte die Bedingungen für die Einhebung von Steuern durch lokale Regierungen (Verbindung der zu besteuernenden Aktivität zum Staat, Verbot der Diskriminierung innerstaatlichen Handels, Bezug zu vom Staat gewährten Leistungen).²⁰⁰ Als weiterer, ausschlaggebender Aspekt kann die Parallele zu vergangenen Verhandlungen zwischen Bundesstaaten und Bundesregierung über die Notwendigkeit der Einführung neuer bundesstaatlicher Steuern angesehen werden, in Zuge derer von den Erstgenannten unter Bezugnahme auf folgende Punkte argumentiert wurde:

„Levied taxes need to be related to providing: environmental monitoring; highway construction; labor and employment monitoring; and impact costs on schools, hospitals, police and fire protection, water and sewage, and other necessary social services.“²⁰¹

¹⁹⁹ James J. *Lopach*, Margery H. *Brown*, Richmond L. *Clow*, Tribal government today : politics on Montana Indian reservations. (s.l. 1990). S. 27.

²⁰⁰ David *Redhorse*, Theodore Reynolds *Smith*, American Indian Tribal Taxation of Energy Resources. In: Natural Resources Journal, 22 Nat Resources J. 3 (Symposium on the Taxation of Natural Resources). (Englewood 1982). S. 659-671. In: <http://digitalrepository.unm.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=2351&context=nrl>, S.668.

²⁰¹ *Redhorse et al.*, American Indian Tribal Taxation of Energy Resources, S. 669.

Die Rechtsprechung des Supreme Courts in Native-bezogenen Fällen sollte selbstverständlich auch stets in Zusammenhang mit dem internen personellen und damit ideologischen status quo betrachtet werden. So tendierte das Gericht in seiner „Burger-Court-Phase“ (1969-1986) teils diametral im Vergleich mit der vorangegangenen, liberalen Phase des „Warren-Court“ unter Earl Warren. Die Auslegung der Commerce Clause in vergangenen steuerrechtlichen Präzedenzfällen, wurde nicht mehr anerkannt, deutlich zu sehen im Fall „Washington vs. Confederated Tribes of the Colville Indian Reservation“ aus dem Jahr 1980. Diese Phase implizierte eine teils staatsfreundlichere Rechtsprechung (vor dem Merrion-Fall), wobei die Commerce Clause oftmals schlichtweg nicht als gültiger Kriterienkatalog anerkannt wurde:

„It can no longer be seriously argued that the Indian Commerce Clause, of its own force, automatically bars all taxation of matters significantly touching the political and economic interests of the Tribes... That clause may have a more limited role in preventing undue discrimination against, or burdens on, Indian commerce.“²⁰²

Unter anderem wurde in mehreren Fällen auch die staatliche Besteuerung eigentlich steuerfreier Tabak-Shops beschlossen.²⁰³

8.3.1. Rechtskonflikte um Native-Casinos auf Reservaten

Einen besonders kontroversen Aspekt in Bezug auf durch steuerliche Privilegien entstandene Rechtskonflikte bildet das von einigen Stämmen auf Reservatsland betriebene Glücksspiel in eigenen Casinos. Der Anfang dieser Praxis ist Ende der 1970er-Jahre zu verorten, als der Stamm der Seminolen in Florida mit der Betreibung einer derartigen Einrichtung begann. Diese unterstehen nicht direkt dem Gesetz des Bundesstaates, in welchem sie sich befinden, auch nicht im Falle einer Übernahme des Public Law 280, durch welches die Stammesgerichtsbarkeit auf den Bundesstaat übertragen wird (siehe dazu genauer im nächsten Abschnitt „Ausmaß der

²⁰² Washington vs. Confederated Tribes of the Colville Indian Reservation, 447 U.S. 134. (Washington 1980). S.157. zit. nach: Robert N. Clinton, State power over Indian reservations : A critical comment on Burger Court Doctrine. In: South Dakota Law Review Vol. 26 (Vermillion 1981). S. 434-446. In: <http://robert-clinton.com/wordpress/wp-content/uploads/scholarship/26%20S.Dak.%20L.%20Rev.%20434-46.pdf>, S. 440.

²⁰³ vgl. Clinton, State power over Indian reservations, S.440.

rechtlichen Stammesbefugnisse“, S. 89). Jedoch ist beispielsweise für die Inbetriebnahme von Automaten das Abschließen eines speziellen Vertrages mit dem Bundesstaat, ein sogenannter gaming compact vonnöten.²⁰⁴

Diese Notwendigkeit basiert auf der gesetzlichen Grundlage des Native American Glücksspiels, dem Indian Gaming Regulatory Act von 1988. Kontrolliert wird dessen Einhaltung von der National Indian Gaming Commission. In diesem Act wird eine dreistufige Unterscheidung zwischen verschiedenen Formen des Glücksspiels getroffen, welche ebenso als entscheidendes Kriterium für die jeweils zuständige Jurisdiktion fungiert: Sogenanntes Class I-Gaming umfasst traditionelle Spiele sowie solche mit nur geringem Einsatz/Wert und unterliegt der alleinigen Jurisdiktion des Stammes. Class II umfasst Spiele wie Bingo, jedoch können diese ausschließlich unter der Einschränkung der allgemeinen Legalität im entsprechenden Staat betrieben werden. Hierbei teilen sich Stamm und Gaming Commission die Verfügungsgewalt. Class III (Spielautomaten, Blackjack, etc.) repräsentiert im Kontext dieser Untersuchung die Stufe mit der höchsten Relevanz, da zur Ausübung dieser wie erwähnt der Abschluss eines state compacts unabdinglich ist.²⁰⁵ Zudem generieren die Spiele dieser Klasse, im Vergleich mit Class I sowie II, die höchsten absoluten Einnahmen.²⁰⁶ Obgleich Class 3-Glücksspiel in einer Vielzahl von Bundesstaaten betrieben wird (2008 in 24)²⁰⁷, so erscheinen die Einrichtungen in Bezug auf Größe und wirtschaftlicher Leistung sehr ungleich verteilt. So beherbergen die sechs Staaten mit den meisten Slot-Maschinen (California, Washington, Oklahoma, Wisconsin, Michigan, Minnesota) ziemlich genau ein Drittel aller Geräte, obwohl sie gemessen an der Gesamtheit der Staaten nur 25% darstellen.²⁰⁸

Inwiefern kann, unter den beschriebenen rechtlichen Voraussetzungen, nun von einer Stärkung bzw. Schwächung von Souveränität im Sinne der eigenverantwortlichen und selbst regulierbaren Nutzung eines Instrumentes der Generierung von Prosperität gesprochen werden?

²⁰⁴ vgl. s.a., Bureau of Indian Affairs answers to frequently asked questions, S. 7.

²⁰⁵ vgl. *McCarthy*, The Bureau of Indian Affairs and the Federal Trust Obligation to American Indians, S. 104.

²⁰⁶ vgl. s.a., Government Operations: Profile of Indian Gaming. (s.l. 1996). In:

<https://www.gao.gov/assets/90/85897.pdf>, S. 9 f.

²⁰⁷ vgl. William V. *Ackerman*, Rick L. *Bunch*, A Comparative Analysis of Indian Gaming in the United States . In: American Indian Quarterly, Jg. 36, Nr. 1, Winter 2012, S. 50-74. In:

<http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/10.5250/amerindiquar.36.1.0050.pdf?refreqid=excelsior%3A9ffc2fd6e30d7c81e6e40916ecfc4a8b>, S. 51.

²⁰⁸ vgl. *Ackerman et al.*, A Comparative Analysis of Indian Gaming in the United States, S. 56.

Als Schlüsselkriterium ist im Kontext eines Versuches der Beantwortung dieser Frage die Praxis des compact-making-Prozesses anzusehen. Die Idee des Kongresses hinter dieser Form des Übereinkommens bestand in der Vermeidung möglicher auftretender negativer Konsequenzen für Bundesstaaten durch die Gewährung arbiträrer Anzahlen von von Native-Gemeinschaften geforderten Slot-Maschinen oder ähnlichen Geräten. Im Gegenzug wurde diesen eine Möglichkeit der Beschwerde eingeräumt, sollte der betreffende Bundesstaat keine Bereitschaft zeigen, überhaupt Verhandlungen mit der anderen Partei zu beginnen bzw. kein geeignetes Modell vorschlägt.²⁰⁹ Denn während Konzeptionsphase der einzelnen compacts hatte der Gesetzgeber bilaterale Verhandlungen zwischen Stamm und Staats mit gleich gewichtetem Mitspracherecht vorgesehen. Im Falle eines Nicht-Zustandekommens einer konstruktiven Vereinbarung im Rahmen eines solchen Prozesses bedingt durch eine ablehnende Haltung des Bundesstaates entsandte das Innenministerium nach einer Frist von 180 Tagen einen Mediator. Erreichte dieser nach weiteren 60 Tagen keinen Konsens, so entschied er für eine der beiden letzten vorgeschlagenen Versionen (zugunsten des Stammes oder Staates).²¹⁰ Diese Modell erfuhr im Jahre 1996 in einer richtungsweisenden Entscheidung des Supreme Courts eine Zäsur, als er im Fall „Seminole Tribe vs. Florida“ die zivilrechtliche Anklage eines Bundesstaates in einem Bundesgericht durch einen Stamm als verfassungswidrig nach dem elften Verfassungszusatz anerkannte (Immunität der Bundesstaaten im Falle von Klagen vonseiten ausländischer Staatsbürger oder fremder Nationen).²¹¹

Im Kontext dieser Interpretation ist an dieser Stelle auf die historisch äußerst arbiträre Wahrnehmung der Gesamtheit der Native-Stämme als „domestic, independent nations“ zu verweisen. Stehen viele Bundesstaaten den existierenden Steuerprivilegien aufgrund finanzieller Einbußen tendenziell ablehnend gegenüber, so begrüßte der Staat Florida in diesem Fall wiederum die institutionelle Bestätigung des Sonderstatus als fremde Nation. Die Interaktion dreier, mehr oder weniger souveräner Parteien auf rechtlicher Ebene implizierte zudem auf andere Weise ein gewisses Hindernis: Da der Kongress bei der Ausformulierung der compact-

²⁰⁹ vgl. Kevin *Washburn*, *Recurring Problems in Indian Gaming*. (s.l. 2001).In: *Wyoming Law Review*, Jg. 1, Nr. 1, Februar 2017, S. 427-444. In: <http://repository.uwyo.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1225&context=wlr>, S. 430.

²¹⁰ vgl. Gary C. *Anders*, *Indian Gaming: Financial and Regulatory Issues*. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Vol. 56, *Gambling: Socioeconomic Impacts and Public Policy*, März 1998, S. 98-108. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/1049332.pdf>, S. 105.

²¹¹ vgl. *Washburn*, *Recurring Problems in Indian Gaming*, S. 430.

Richtlinien aufgrund dieses Kompetenzdilemmas sehr zögerlich agierte, fehlten vielfach klare Regelungen für die praktische Umsetzung der Verhandlungen, Eckpunkte zur Orientierung:

“While IGRA notes several factors that can be taken into consideration, such factors are more vague than instructive, and there is still no clear definition of “good faith.”²¹²

Als direkte Konsequenz der “Seminole”-Entscheidung verfügten Bundesstaaten nun innerhalb der compact-Gespräche über eine gewichtigere Verhandlungsbasis. Diese resultierte in zunehmender Inklusion sogenannter „revenue-sharing“-Klauseln in die jeweiligen Vertragsmodalitäten. Hierbei verpflichteten sich die indigenen Betreiber der Casinos, einen gewissen Prozentsatz ihrer jährlichen Einkünfte dem Bundesstaat zu übermitteln (in Kalifornien zu Beginn der 2000er-Jahre bis zu 13%). Teilweise erhielten sie im Gegenzug Benefits wie eine Garantie der Monopolstellung im betreffenden Gebiet, ein Vorteil, welcher schnell durch die bundesweit insgesamt wachsende Gaming-Industrie abgeschwächt wurde.²¹³

Eine freie, autarke Verfügung über die aus dem Glücksspielsektor generierten Einnahmen muss ergo negiert werden. Die Juristin Naomi Mezey kommentierte diese Entwicklungen im Jahr des Seminole-Falles folgendermaßen:

„By allocating some control of gaming rights to the states, the IGRA necessarily redistributes sovereignty.“²¹⁴

Diese Aussage wird insofern bestätigt, als dass die Praxis des revenue-sharing im Prinzip nichts anderes als ein Synonym für indirekte Besteuerung darstellt. Diese Vorgehensweise ermöglichte die Umgehung eines eigentlich auf Grundlage des

²¹² Chris *Rausch*, The Problem with Good Faith: The Indian Gaming Regulatory Act a Decade after Seminole. In: *Gaming Law Review*, Jg. 11, Nr. 4, 2007, S. 423-435. In:

<http://online.liebertpub.com/uaccess.univie.ac.at/doi/pdf/10.1089/glr.2007.11403>, S. 426.

²¹³ vgl. Matthew L.M. *Fletcher*, Bringing Balance to Indian Gaming. In: *Harvard Journal on Legislation*, Jg. 44, 2007, S. 39-95. In:

<https://digitalcommons.law.msu.edu/cgi/viewcontent.cgi?referer=https://scholar.google.at/&httpsredir=1&article=1154&context=facpubs>, S. 60.

²¹⁴ Naomi *Mezey*, The Distribution of Wealth, Sovereignty, and Culture Through Indian Gaming. In: *Stanford Law Review*, Jg. 48, Nr. 3, Februar 1996, S. 711-737. In:

<http://www.jstor.org/uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/1229281.pdf>, S. 713.

Gaming Regulatory Act gesetzlich untersagten Beginnes von compact-Gesprächen unter Absicht der Einführung von Steuern.²¹⁵

Zudem enthält der Act eine explizite Eingrenzung der erlaubten Investitionsfelder des erwirtschafteten Geldes. Unter diesen befindet sich das Ziel „to provide for the general welfare of the Indian tribe and its member“.²¹⁶ Einige Glücksspieleinrichtungen betreibende Stämme realisierten diesen Endzweck in Form von regelmäßig erfolgenden pro-Kopf-Zahlungen an sämtliche Mitglieder ihrer Gemeinschaft. Denn die reine Präsenz von einem wirtschaftlich florierenden Betrieb auf Reservats Gebiet korreliert nicht gezwungenermaßen mit einem signifikanten Gesamtrückgang der relativen ökonomischen Armut. (vgl. hierzu die relativ geringe Differenz in der relativen Reduktion von armutsgefährdeten Reservatsbewohnern mit und ohne Casinos²¹⁷). Dieser Umstand ist unter anderem durch die Notwendigkeit höherer formaler Qualifikationen für die Tätigkeit in leitenden Positionen eines Casinos erklärbar, sodass diese oftmals an Außenstehende vergeben werden.

Nach Ansicht des General Accounting Office zählen die genannten Pro-Kopf-Auszahlungen als finanzielle Boni bzw. Stütze jedoch explizit nicht zum Bereich des „general welfare“, quasi paradoxerweise aufgrund ihres universellen Charakters. Da jeder Einwohner diese in gleichem Maße erhält, handele es sich um keine Sozialleistung im engeren Sinne, da sie nicht auf monetärer Bedürftigkeit beruht.²¹⁸

8.4. Ausmaß der rechtlichen Stammesbefugnisse mit Fokus auf Umgang mit Nicht-Natives

Zu Beginn dieses Kapitels wurden im Rahmen der Einführung kurz die Stammesgerichte (tribal courts) erwähnt, welchen (in speziellen Fällen) die Rechtsprechung über Reservatsbewohner und teilweise auch andere Personen auf

²¹⁵ vgl. 100th Congress, Transkript Indian Gaming Regulatory Act. In:

<https://www.nigc.gov/images/uploads/Indian%20Gaming%20Regulatory%20Act.pdf>, S. 11, §2710 D(4).

²¹⁶ 100th Congress, Transkript Indian Gaming Regulatory Act, S. 8 §2710 B (ii).

²¹⁷ vgl. Angela A. Gonzales, Thomas A. Lyson, K. Whitney Mauer, What does a casino mean to a tribe? Assessing the impact of casino development on Indian reservations in Arizona and New Mexico. (s.l. 2007). In: The Social Science Journal; Jg. 44, 2007, S. 405–419. In: https://s3.amazonaws.com/academia.edu.documents/33169117/What_does_a_casino_mean_.pdf?AWSAccessKeyId=AKIAIWOWYYGZ2Y53UL3A&Expires=1510240189&Signature=u4jSkjhYfFcmg%2FHY17j8TLquwIU%3D&response-content-disposition=inline%3B%20filename%3DWhat_Does_a_Casino_Mean_to_a_Tribe_Asses.pdf, S. 412.

²¹⁸ vgl. United States General Accounting Office, Tax Policy: A Profile of the Indian Gaming Industry. (s.l. 1997). In: <https://www.gao.gov/assets/230/224218.pdf>, S. 26.

Reservatsland obliegt. Meist beschränkt sich die Kompetenz dieser Gerichte allerdings auf leichte Vergehen. Anzumerken ist hierbei, dass diese Institutionen nicht in allen US-amerikanischen Bundesstaaten existieren, da im Jahre 1953 in einigen wie Kalifornien, Oregon, Wisconsin, Alaska, etc. das sogenannte „Public Law 280“ (PL 280) erlassen wurde. Dieses regelt die judikativen (strafrechtlichen) Befugnisse insofern, als dass sie in die ortsansässigen Gerichtshöfe der jeweiligen Staaten übertragen wurden.²¹⁹

Die Implementierung von PL 280 stellt zwar bereits auf den ersten Blick einen Versuch der Forcierung von Assimilation durch Übergehen der traditionellen, indigenen Rechtstraditionen dar. Nichtsdestotrotz sollte, im Sinne einer multiperspektivischen Analyse, auch das juristische Dilemma, welches als ein bestimmender Faktor der Konzipierung dieses Gesetzes angesehen werden muss, kurz erwähnt werden: Die Bundesstaaten fürchteten die Missachtung verfassungsmäßig gewährter Grundrechte von nichtindianischen Angeklagten in tribal-court-Prozessen und entschlossen sich unter anderem daher zur Übernahme dieses Gesetzes. Außerdem wiesen Untersuchungen von Reservaten mit Glücksspieleinrichtungen auf ein höheres Wirtschaftswachstum und eine insgesamt bessere wirtschaftliche Gesamtsituation in Vergleich mit Stämmen mit tribal courts hin. Dies wird unter anderem mit der stärkeren Verflechtung in das westliche Rechtssystem und den damit einhergehenden besser wahrnehmbaren Rechtsgarantien in vertraglichen Angelegenheiten erklärt.²²⁰

Fachkundige Kritiker verweisen dagegen auf den Verlust der kulturellen Identität bedingt durch die starre Übernahme westlicher Rechtsnormen. So bewertete der Seneca-Angehörige und Rechtswissenschaftler Robert B. Porter die verbesserte Position in Rechtskonflikten zu Ungunsten der Erhaltung der traditionellen Sitten negativ :

„But while it is true that those Indian nations that rely upon the Anglo-American legal tradition ultimately may grow stronger in their ability to redress disputes

²¹⁹ Frantz, Die Indianerreservationen in den USA, S. 77.

²²⁰ Terry L. Anderson, Dominic P. Parker, Sovereignty, Credible Commitments, and Economic Prosperity on American Indian Reservations. In: Journal of Law and Economics, vol. 51. (Chicago 2008). S. 641-666. In: <https://www.perc.org/sites/default/files/AndersonParker.pdf>, S. 656.

that arise within their territories, and thus become more sovereign, they do so at the expense of becoming more assimilated into American society.”²²¹

PL 280 galt besonders im Hinblick auf die zivilrechtlichen Befugnisse als kontrovers. Während der Frühphase der Etablierung dieses Gesetzes interpretierte man dessen Wirkungsspektrum als allumfassend, sowohl im straf- als auch im zivilrechtlichen Rahmen.²²² Ab den 1970er Jahren interpretierte der Supreme Court der Vereinigten Staaten im Zuge mehrerer richtungsweisender Urteilssprüche den Text jedoch dahingehend, dass die Zuständigkeit eines bundesstaatlichen Gerichtes nicht zwangsläufig eine Anhörung vor dem tribal court ausschließe, so im Fall „Bryan vs. Itasca County“²²³. In weiterer Folge bestätigte der Court in mehreren kontroversen Präzedenzfällen die judikative Kompetenz in zivilrechtlichen Belangen („Oliphant vs. Suquamish Indian Tribe“ (1978) „California vs. Cabazon Band of Mission Indians“ (1987)).²²⁴

Der an dieser Stelle aufgezeigte Wandel innerhalb dieser kurzen Zeitspanne von knapp drei Jahrzehnten, die Tendenz weg von Oktroyierung hin zu Bestätigung und Stärkung der Selbstverwaltung, lässt sich anhand der historischen Gegebenheiten erklären: Den Beginn der Auseinandersetzung mit PL 280 bildet der Zeitpunkt der Verabschiedung dieses Gesetzes, das Jahr 1953. Wie im entsprechenden Großkapitel dieser Arbeit dargelegt (siehe S. 55, Termination Ära), stellt dieser Zeitraum den Höhepunkt der Termination-Phase dar. Die Erlassung ist ergo in einer Phase der Auflösungsbestrebungen indianischer Institutionen und Konzepte vonseiten politisch Verantwortlicher zu verorten. Unter Dillon Myer als Commissioner of Indian Affairs wurde unter anderem auf Manipulation von Stammeswahlen als Instrument der Repression und Beeinflussung zurückgegriffen: Im Jahr 1950 startete sein Team während der Wahlkampfphase auf der Blackfeet Reservation eine „dirty campaigning“-Aktion gegen unerwünschte Kandidaten.²²⁵

²²¹ Porter, Strengthening tribal sovereignty through peacemaking, S.238.

²²² vgl. Vanessa J. Jimenez, Soo C. Song, Concurrent tribal and state jurisdiction under Public Law 280. In: The American University Law Review Vol. 47 (Washington D.C. 1998), S. 1627-1707. In: <http://digitalcommons.wcl.american.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1414&context=aulr>, S. 1657.

²²³ vgl. Jimenez et al., Concurrent tribal and state jurisdiction under Public Law 280, S. 1681.

²²⁴ vgl. William Kusel, Tribal sovereignty and jurisdiction. (s.l. 1996). In: http://webpages.charter.net/wfkusell/trust_out.pdf, S. 3.

²²⁵ vgl. Felix S. Cohen, The Erosion of Indian Rights. (New Haven 1953). In: The Yale Law Journal, Jg. 62, Nr. 348, 1953, S. 348-390. In: http://digitalcommons.law.yale.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=5368&context=fss_papers, S. 353.

Im Gegensatz dazu waren im Laufe der 1970er Jahre diverse juristische Schritte für eine Stärkung der Selbstbestimmung und Kompetenzen der tribal courts erfolgt, wie zum Beispiel die Verabschiedung des Indian Child Welfare Act im Jahr 1978. Auf Grundlage dieses Gesetzes wurde Stammesrecht in bundesstaatlichen Gerichten im Falle von Sorgerechtsstreitigkeiten unter Natives berücksichtigt.²²⁶ Zudem erfuhren Anliegen der Native Americans auch aus verfassungsrechtlicher Sicht eine souveränitätsfreundlichere Bewertung. Im Fall „Morton vs. Mancari“ entschied der Supreme Court nach einer Klage von nicht nativestämmigen Mitarbeitern gegen die auf Grundlage des Reorganization Acts Native Americans bevorzugende Einstellungspolitik des Bureau of Indian Affairs gegen die Kläger. Als Begründung führte er an, dass diese Vorgehensweise nicht unter rassistische Diskriminierung im Sinne des fünften Verfassungszusatzes falle, da nicht individuelle ethnische Kriterien, sondern die Zugehörigkeit zu einem staatlich anerkannten Stamm als politische Einheit das entscheidende Kriterium bilden würden.²²⁷

Innerhalb der Staaten mit eigenen Stammesgerichten bildet seit jeher die Frage nach dem Ausmaß der Kontrolle über Nih natives auf Reservatsland eine Kontroverse. Im Rahmen der Verabschiedung des „Indian Civil Rights Acts“ im Jahr 1968, während der Phase der self-determination-Politik, welche eigentlich auf eine Stärkung und Ausweitung der Selbstbestimmungskompetenzen abzielte, erfuhr die indigene Rechtspraxis einen entscheidenden Impuls vonseiten der US-amerikanischen Strukturen: Stammesgerichte wurden zur Übernahme einiger Bestimmungen der Bill of Rights verpflichtet.²²⁸ Im Besonderen das Recht des Angeklagten auf einen Rechtsbeistand, zumindest in Form eines gestellten Pflichtverteidigers, sollte auf diese Weise im gesamten Bundesgebiet garantiert werden. Stammesgerichte in der damaligen sowie auch gegenwärtigen Form basieren noch auf Bestimmungen des Reorganization Acts, durch diesen wurde den einzelnen Reservaten bzw. Stämmen in diesem Bereich ein höheres Maß an Selbstverwaltung eingeräumt. Das hier genannte Recht auf einen Verteidiger erfuhr jedoch zu diesem Zeitpunkt (1934) keine explizite Inklusion.

²²⁶ vgl. Cooter *et al.*, Indian Common Law, S. 544 f.

²²⁷ vgl. Wayne R. Farnsworth, Bureau of Indian Affairs Hiring Preferences After Adarand Constructors, Inc. u. Pena. (Provo 1996). In: Brigham Young University Law Review, Vol. 1996, Issue 2, S. 503-530. In: <http://digitalcommons.law.byu.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1905&context=lawreview>, S. 513.

²²⁸ vgl. Lindsay Cutler, Tribal Sovereignty, Tribal Court Legitimacy, and Public Defense. (Los Angeles 2016). In: UCLA Law Review, 2016 Aug, Vol.63(6), S. 1752-1816. In: <https://www.uclalawreview.org/wp-content/uploads/2016/08/Cutler-63-6.pdf>, S. 1756.

Im Speziellen die Implementierung derart substanzieller Änderungen im Prozedere der Gerichtsbarkeit wirft die Frage auf, in welchem Ausmaß der Bund eine übergeordnete Rolle als legislativ bestimmende Gewalt über den judikativen Prozess einer aus formaljuristischer Sicht eigentlich souveränen Nation („domestic dependent nation“) innehaben kann oder soll. Der Supreme Court selbst kam in Fällen mit involvierten Außenstehenden Ende des 20. Jahrhunderts in Bezug auf diese Frage zu diametral entgegengesetzten Schlussfolgerungen. So bekräftigte er im bereits erläuterten „Merrion“-Fall (1982) die Inhärenz des Besitzes jeglicher souveräner Verfügungsgewalt (über Nichtangehörige), welche der Kongress nicht explizit negiert. In „South Dakota vs. Bourland“ (1993) interpretiert er hingegen die Bestätigung dieser Institution für ein souverän ausgeübtes Rechts als determinierendes Kriterium für die Ausübung desselben.²²⁹

Der augenscheinlich innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne erfolgte Umbruch bezüglich der judikativen Kompetenz von Stammesgerichten ist allerdings keinesfalls auf eine historische Zäsur oder eine plötzlich aufgetretene, tiefgreifende Gesetzesänderung zurückzuführen. Kurz vor „Merrion“, im Jahr 1981, entschied der Supreme Court in „Montana vs. United States“ gegen die Forderung der Crow, die Jagd und den Fischfang von Außenstehenden auf Reservatsland zu reglementieren. gegen den Stamm. Begründet wurde diese Entscheidung mit der fehlenden Entscheidungsbefugnis der Stammesinstitutionen über sämtliche non-Native-Fälle. Vielmehr müsse eine konkrete Bedrohung jedweder Natur für die Reservatsstrukturen bzw. –einwohner zur Berechtigung der Ausübung einer solchen bestehen.²³⁰

Bis vor 27 Jahren galt auch die rechtliche Verfügung über Angehörige anderer Stämme als umstritten, bis diese 1990 in der sogenannten „Duro-Fix-Legislation“ bestätigt und als rechtens anerkannt wurde.²³¹ Eine erstmalige, klare Entscheidung des Supreme Courts in Bezug auf die Problematik der nicht-Native Angeklagten/Verdächtigen fiel bereits 12 Jahre davor im Fall „Oliphant vs.

²²⁹ vgl. Blake A. *Watson*, The thrust and parry of federal Indian law. (Ohio 1998). In: University of Dayton Law Review, Jg. 23, Nr. 3, 1998, S. 437-514. In: https://udayton.edu/directory/law/documents/watson/watson_1998_dayton_thrust_parry_of_federal_indian_law.pdf, S. 472.

²³⁰ vgl. *Frantz*, Die Indianerreservationen in den USA, S. 145 f.

²³¹ vgl. Katja *Göcke*, Indigene Landrechte im internationalen Vergleich: Eine rechtsvergleichende Studie der Anerkennung indigener Landrechte in Kanada, den Vereinigten Staaten von Amerika, Neuseeland, Australien, Russland und Dänemark/Grönland. In: Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Band 253 (Heidelberg 2016). S.535.

Suquamish Indian Tribe“ im Jahr 1978. Der Court entschied hierbei, dass der tribal court über keinerlei judikative Befugnisse über Nichtstammesangehörige verfügte, solange der Kongress ihm diese nicht ausdrücklich verleihen würde. Allerdings müsse jeder Einzelfall vor dem Stammesgericht zumindest angehört werden, selbst wenn er in den Zuständigkeitsbereich des Bundesstaates fällt.²³² Besonders in der Phase des „Rehnquist-Court“ (1986-2005), welcher auf den bereits auf S.21 erwähnten „Burger Court“ folgte, wurden Urteile gefällt, welche diese Position noch unterstrichen bzw. die Kompetenzen der Stämme noch verminderten. Beispielsweise sprach er diesen die Zuständigkeit über zivilrechtliche Fälle auf indianischem Land, welche Nicht-Natives betrafen, generell ab, wie im Fall „Strate vs. A-1 Contractor“ von 1997.²³³

Diese Vorgehensweise stand im Gegensatz zu einer Entscheidung aus der Anfangsphase der Rehnquist-Ära, dem Fall „Iowa Mutual Insurance Company vs. LaPlante“ aus 1987. Im Zuge der Urteilsverkündung erkannte das Gericht die Kompetenzen der Stammesgerichte in zivilrechtlichen Verfahren an und bezeichnete diese als unabdingbar für den Status der Souveränität:

„Tribal authority over the activities of non-Indians on reservation lands is such an important part of tribal sovereignty... Civil jurisdiction over such activities presumptively lies in the tribal courts unless affirmatively limited by a specific treaty provision or federal statute. “Because the Tribe retains all inherent attributes of sovereignty that have not been divested by the Federal Government, the proper inference from silence... is that the sovereign power... remains intact”²³⁴

Markant erscheint hierbei die gegensätzliche Argumentation im Vergleich mit dem Oliphant-Fall neun Jahre zuvor: In diesem ließ der Supreme Court verlautbaren, dass eine Verfügung über Nichtindianer nur möglich sei, wenn sie ausdrücklich durch den Kongress genehmigt würde, während im letzten Fall der Verlust desselben Rechtes an eine ausdrückliche Beschlussfassung gebunden sei. Zu betonen ist im Zuge des „Oliphant“-Falles die von ihm getroffene Entscheidung, die im Widerspruch zu den

²³² vgl. *Fouberg*, Tribal territory, sovereignty, and governance, S. 176.

²³³ vgl. Andrea M. *Seielstad*, The Recognition and Evolution of Tribal Sovereign Immunity under Federal Law: Legal, Historical, and Normative Reflections on a Fundamental Aspect of American Indian Sovereignty. In: *Tulsa Law Review* Vol. 37 (Tulsa 2013). S. 1-116. In: <http://digitalcommons.law.utulsa.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=2358&context=tlr>, S.664.

²³⁴ *Lopach et al.*, Tribal government today, S. 32.

beiden untergeordneten Instanzen des zuständigen district courts sowie des Courts of Appeals steht.²³⁵

Einige Stämme beziehungsweise Reservationen nehmen eine Sonderstellung in Bezug auf diese Frage ein, da sie, zum Zwecke der Simplifizierung derartiger Fragestellungen und zur Beschleunigung der entsprechenden Verfahren, sogenannte „waiver“ (=Verzichts)-Regelungen implementierten. Dieser Begriff bezeichnet ein ab Beginn der 1990er Jahre in diversen Reservaten eingeführtes System, welches im Anlassfall einem einer Straftat verdächtigten Außenstehenden ermöglicht, seine zuständige Gerichtsbarkeit frei zu wählen. Die Acoma setzten hierfür ein Zeitlimit von 72 Stunde, innerhalb dieser der Betroffene die Möglichkeit besaß, entweder auf sein Recht zur Anhörung in einem (bundes-)staatlichen Gericht zu verzichten und sich der Autorität des tribal courts unterzuordnen, oder das Reservatsgebiet zu verlassen.²³⁶

Trotz und gerade aufgrund der im Laufe der jüngeren Vergangenheit fortschreitenden Tendenz zur Forcierung rechtlicher Souveränität, auch und gerade gegenüber Außenstehenden, gilt es ebenso die Motive und zu diesem Zweck gesetzten konkreten Maßnahmen der tribal courts multiperspektivisch zu analysieren. In einigen Rechtsbereichen hatten diese Institutionen explizit spezifische Regeln für Konflikte zwischen Reservatsbewohnern und außenstehenden involvierten Personen erstellt, wobei an dieser Stelle exemplarisch die Zahlungsunfähigkeit eines Reservatsbewohners/ einer Reservatsbewohnerin herangezogen wird. Der tribal court der Jicarilla Apache hatte unter der Begründung des Schutzes des souveränen Rechtsraumes des Reservates unter gleichzeitiger Berücksichtigung der Zahlungspflicht des Schuldners folgende Regelungen beschlossen:

- „(1) Self-help of the seller is not permitted.
- (2) To repossess, a tribal court order is necessary.
- (3) The court will try to make the employer of the buyer pay and deduct the money from the buyer's salary on a reasonable instalment basis.

²³⁵ vgl. Geoffrey C. Heisey, Oliphant and Tribal Criminal Jurisdiction over Non-Indians: Asserting Congress's Plenary Power to Restore Territorial Jurisdiction. (Bloomington 1998). In: Indiana Law Journal, Jg. 73, 1998. S. 1051-1078. In: <http://www.repository.law.indiana.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1951&context=ilj>, S. 1053.

²³⁶ vgl. Cooter *et al.*, Indian Common Law, S. 556.

- (4) The purchaser cannot legally waive her or his rights to go to court in case of repossession.
- (5) If repossession concerns a car, and the car is neither paid nor insured, the tribal court will impound it.
- (6) Jicarilla law does not follow *Jim v. C.I.T.* (...) in these cases, but will assume jurisdiction and decide under the *lex fori* rule.”²³⁷

Bei näherer Betrachtung der hier angeführten Regeln lassen sich einige Punkte erkennen, welche eine ausgewogene, neutrale Vorgehensweise implizieren. Punkt 3-6 garantieren dem Gläubiger fundamentale, manchen angloamerikanischen Regelungen nicht unähnliche Rechte (Pfändung bei Zahlungsunfähigkeit, Beachtung der Verhältnismäßigkeit bei Festsetzung des regelmäßig zu entrichtenden Betrages, Verbot der Ersatzfreiheitsstrafe anstelle einer monetären Zahlung). Angehörige des San Felipe Pueblo hingegen vertreten eine weitaus protektionistischere Linie, sämtliche Schulansprüche müssen über den Stammesführer abgewickelt werden. Im Kontrast zum erstgenannten Fall der Jicarilla Apache lässt sich hier eine deutlich geringere Rolle der individuellen Verantwortlichkeit ausmachen, welche an die Stellung des „ward“-Status erinnert.²³⁸

Im Zeitraum der etwas jüngeren Vergangenheit, dem Beginn der 2000er Jahre, tendierten einige Richter wiederum dazu, non-indians nicht der richterlichen Gewalt der tribal courts zu unterstellen sowie ein höheres Maß an staatlicher Regulierung in Reservaten zuzulassen (seit 1991 waren von 29 Fällen über Kompetenzkonflikte zwischen Bundesstaat und Stammesgericht 23 zu Ungunsten der Natives entschieden worden).²³⁹ Exemplarisch sei an dieser Stelle der Fall „Nevada vs. Hicks“ aus dem Jahr 2001 genannt. Ein Native hatte einen Beamten einer amerikanischen Behörde vor dem tribal court angeklagt, da dieser im Zuge einer Untersuchung über ein Verbrechen, welches sich außerhalb des Reservates ereignet

²³⁷ *Cooter et al.*, Indian Common Law, S. 529 f.

²³⁸ vgl. *Cooter et al.*, Indian Common Law, S. 529.

²³⁹ vgl. Sarah *Krakoff*, Undoing Indian law one case at a time: Judicial minimalism and tribal sovereignty. In: American University Law Review Vol. 50. (Washington D.C. 2001). S.1177-1272. In: <http://digitalcommons.wcl.american.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1803&context=aulr>, S. 1178.

hatte, eine Durchsuchung an auf Reservatsland gelegenen Eigentum vorgenommen hatte. Dem tribal court wurde die Verfügungsgewalt in diesem Fall abgesprochen.²⁴⁰

²⁴⁰ vgl. *Krakoff*, Undoing Indian law one case at a time, S. 1178.

9. Zusammenfassung

Die schrittweise Entwicklung einer gewissen rechtlichen Souveränität von in Reservaten lebenden Native Americans war im Laufe der Jahrzehnte und Jahrhunderte primär durch das Agieren der politischen Institutionen und Behörden der nichtindigenen Mehrheit der Vereinigten Staaten geprägt worden. Das „Bureau of Indian Affairs“ in seiner Funktion als „Fürsprecher“ der Bewohner und Verwalter des Landes bildete hierbei ein historisches Kontinuum, obgleich ein unverkennbarer, tendenzieller Wandel von einem (repressiven) Kontrollorgan hin zu einer unterstützenden Behörde vollzogen wurde.

Der historische Prozess der Erlangung von Selbstbestimmung im Laufe des in dieser Arbeit untersuchten Zeitraumes von ca. 1830 bis in die Gegenwart verlief, chronologisch betrachtet, in einer zyklischen Form: Die Dawes-Phase (1887-1934) repräsentierte einen durch explizite Assimilationsbestrebungen geprägten Abschnitt, in Zuge dessen der Versuch einer durch Oktroyierung eigener Lebens- sowie Wirtschaftsformen (u.a. Ackerbau) forcierten Angleichung der Native-Bevölkerung an den „weißen Mainstream“ unternommen wurde.

Während der Reorganization-Periode (1934- Beginn der 1950er) erfolgte eine völlige Umkehr der prädominanten politischen Einstellung gegenüber dem Umgang mit den indigenen Einwohnern des Landes. Die Ausübung traditioneller Kulturformen wurde von einflussreichen Entscheidungsträgern als Bereicherung angesehen (BIA-Vorstand John Collier). Im Hinblick auf formaljuristische Souveränität ist diese Phase als ambivalent anzusehen. Zwar wurde die Übernahme der Reorganization-Bestimmungen erstmals an ein Votum der betroffenen Reservatseinwohner gebunden. Jedoch implizierte gerade diese Angleichung der ursprünglichen heterogenen Methoden der Entscheidungsfindung in Kombination mit der partiellen Verwestlichung rechtlicher Strukturen (Verfassung) einen durchaus intendierten assimilatorischen Nebeneffekt.

Während der Termination-Ära (Beginn der 1950er- 1970er) wurde dieses Ziel weitaus offener verfolgt. Die direkte Eingliederung in die städtische Lebenswelt des amerikanischen Arbeiters durch die für diesen Zweck geschaffenen Relocation-

Programme führte neben der Förderung diverser sozialer Problematiken (Alkoholismus, kulturelle Entfremdung) ebenso zur verstärkten Vernetzung von Native Americans im urbanen Raum und somit zur Gründung mehrerer Organisationen zur Bekämpfung derselben.

Parallel zur erstarkenden Bürgerrechtsbewegung formierten sich auf diese Weise Gruppierungen, welche durch Protest und Aktionismus herrschende Missstände aufzeigten sowie zur Schaffung eines neuen Identitätsbewusstseins von „indianess“ beitrugen (AIM). Diese Phase markiert insofern einen Wendepunkt, als dass erstmals Anliegen dieser Minderheit anhand von symbolischen land claims (Alcatraz), zivilgesellschaftlicher Partizipation (Trail of broken treaties) und besonders unter Berufung auf eine (imaginierte) pan-Native-Bewegung vermittelt wurden.

Souveränität im Sinne einer rechtlichen Autarkie in elementaren Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens konnte partiell erwirkt werden. Reservationen verfügen über weitgehende, zumindest zivilrechtliche Befugnisse über Vorgänge auf Reservationsland. Die Verhandlung schwerer Verbrechen beispielsweise (Mord, Raub, etc.) obliegt einem Bundesgericht, wobei dies nicht rein negativ als Einbuße von Selbstbestimmung und -verwaltung, sondern vielmehr als Symptom der komplexen Zuständigkeitskonflikte innerhalb des Triptychons dreier souveräner Akteure (Bund-Bundesstaat-Stamm) zu sehen ist. Aus wirtschaftlicher Sicht beeinflusst ebendiese Konfliktlinie bis dato die völlig freie Verfügung über monetäre Ressourcen (Abtretung von Erträgen aus Casino-Spielen an Bundesstaaten durch revenue-sharing).

Souveränität im ursprünglichen Sinne ausschließlicher rechtlicher Autarkie im Sinne Jean Bodins lässt sich ergo bedingt durch die geographische sowie juristische Einbettung des Systems „Reservat“ in von ihm selbst verschiedene Rechtsräume in der Praxis nur teilweise realisieren. Die im Rahmen der hier getätigten Untersuchungen aufgezeigten Lücken wie das revenue-sharing können jedoch anlassgebend für die potenzielle Generierung eines neuen Diskurses über eine Umverteilung der Kräfteverhältnisse der drei Akteure mit dem Ziel einer Stärkung der Native-Position sein.

10. Quellenverzeichnis

Gedruckte Quellen

Peter *Bolz*, Ethnische Identität und kultureller Widerstand : die Oglala-Sioux der Pine-Ridge-Reservation in South Dakota. (Frankfurt 1986).

Erin Hogan *Fouberg*, Tribal territory, sovereignty, and governance : a study of the Cheyenne River and Lake Traverse Indian reservations. (New York 2000).

Klaus *Frantz*, Die Indianerreservationen in den USA : Aspekte der territorialen Entwicklung und des sozio-ökonomischen Wandels. (Stuttgart 1993).

Katja *Göcke*, Indigene Landrechte im internationalen Vergleich: Eine rechtsvergleichende Studie der Anerkennung indigener Landrechte in Kanada, den Vereinigten Staaten von Amerika, Neuseeland, Australien, Russland und Dänemark/Grönland. In: Beiträge zum ausländischen öffentlichen Recht und Völkerrecht, Band 253 (Heidelberg 2016).

James J. *Lopach*, Margery H. *Brown*, Richmond L. *Clow*, Tribal government today : politics on Montana Indian reservations. (s.l. 1990).

Wilcomb E. *Washburn*, A Fifty-Year Perspective on the Indian Reorganization Act. (s.l. 1984). In: American Anthropologist Nr. 86, S.279-289.

Online-Quellen

s.a. , Bureau of Indian Affairs answers to frequently asked questions. (s.l. 2001). In: <https://www.dshs.wa.gov/sites/default/files/ESA/dcs/documents/bia.pdf>

s.a., Claims Resolution Act of 2010. In: <https://www.congress.gov/111/plaws/publ291/PLAW-111publ291.pdf>

s.a., Government Operations: Profile of Indian Gaming. (s.l. 1996). In: <https://www.gao.gov/assets/90/85897.pdf>

s.a., Trail of broken treaties 20-point position paper. (Minneapolis 1972). In:
<https://www.aimovement.org/ggc/trailofbrokentreaties.html>

s.a., Transcript of Treaty of Guadalupe Hidalgo (1848). In:
https://www.ourdocuments.gov/print_friendly.php?flash=false&page=transcript&doc=26&title=Transcript+of+Treaty+of+Guadalupe+Hidalgo+%281848%29

s.a., Transkript House Concurrent Resolution 108. In:
<http://americanindianhistory.pbworks.com/w/file/attach/67125272/House%20Concurrent%20Resolution%20108.pdf>

s.a., Transkript "Indian Reorganization Act showing significant amendatory changes.
"In: http://iltf.org/wp-content/uploads/2016/11/IRA_2-all_amendatory_changes.pdf

s.a., Washington vs. Confederated Tribes of the Colville Indian Reservation, 447 U.S. 134. (Washington 1980). In: Robert N. *Clinton*, State power over Indian reservations : A critical comment on Burger Court Doctrine. In: South Dakota Law Review Vol. 26 (Vermillion 1981). S. 434-446. In: <http://robert-clinton.com/wordpress/wp-content/uploads/scholarship/26%20S.Dak.%20L.%20Rev.%20434-46.pdf>

100th Congress, Transkript "Indian Gaming Regulatory Act". In:
<https://www.nigc.gov/images/uploads/Indian%20Gaming%20Regulatory%20Act.pdf>

49. Congress of the United States of America , Transcript of Dawes Act (1887). In:
https://www.ourdocuments.gov/print_friendly.php?page=transcript&doc=50&title=Transcript+of+Dawes+Act+%281887%29

William V. *Ackerman*, Rick L. *Bunch*, A Comparative Analysis of Indian Gaming in the United States . In: American Indian Quarterly, Jg. 36, Nr. 1, Winter 2012, S. 50-74.
In:
<http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/10.5250/amerindiquar.36.1.0050.pdf?refreqid=excelsior%3A9ffc2fd6e30d7c81e6e40916ecfc4a8b>

Wilbert Terry *Ahlstedt*, John Collier and Mexico in the Shaping of U.S. Indian Policy: 1934-1945. (Diss. Lincoln 2015). In:
<http://digitalcommons.unl.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1082&context=historydiss>

Gary C. *Anders*, Indian Gaming: Financial and Regulatory Issues. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Vol. 56, Gambling: Socioeconomic Impacts and Public Policy, März 1998, S. 98-108. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/1049332.pdf>

Terry L. *Anderson*, Dominic P. *Parker*, Sovereignty, Credible Commitments, and Economic Prosperity on American Indian Reservations. In: Journal of Law and Economics, vol. 51. (Chicago 2008). S. 641-666. In: <https://www.perc.org/sites/default/files/AndersonParker.pdf>

Jessica Leslie *Arnett*, Unsettled rights in territorial Alaska: Native land, sovereignty, and citizenship from the Indian Reorganization Act to termination. In: Western Historical Quarterly. (Norman 2017)., Vol.48(3), S.233-254. In: <http://web.a.ebscohost.com.uaccess.univie.ac.at/ehost/detail/detail?vid=0&sid=c066331e-00d4-4633-89bf-abb58b489337%40sessionmgr4009&bdata=JnNpdGU9ZWZWhvc3QtbGl2ZQ%3d%3d#AN=124112158&db=hus>

Linda Bane *Frizzell*, Donald *Warne*, American Indian Health Policy: Historical Trends and Contemporary Issues. (Durham 2014). In: American Journal of Public Health, Supplement 3, Jg. 104, Nr. S3, S. 263-267. In: <http://ajph.aphapublications.org/doi/pdf/10.2105/AJPH.2013.301682>

Russel Lawrence *Barsch*, The BIA Reorganization Follies of 1978: A Lesson in Bureaucratic Self-Defense. (s.l. 1980). In: 2 Am. Indian L. Rev. 1, S. 5. zit. nach: Robert McCarthy, The Bureau of Indian Affairs and the Federal Trust Obligation to American Indians . (Brigham 2004). In: Brigham Young University Journal of Public Law Nr. 19/ 2004. In: <http://digitalcommons.law.byu.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1338&context=jpl>

Abraham B. *Bergman*, Angela M. *Erdrich*, Ralph *Forquera*, David C. *Grossman*, John G. *Todd*, A Political History of the Indian Health Service. (Malden/Oxford 1999). In: The Milbank Quarterly, Jg. 77, Nr. 4, 1999, S. 571-604. In: https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC2751138/pdf/milq_152.pdf

Jason Edward *Black*, Remembrances of Removal: Native Resistance to Allotment and the Unmasking of Paternal Benevolence. (Winston Hall 2007). In: Southern

Communication Journal, Jg. 72, Nr. 2, 2007, S. 185–203. In: https://s3.amazonaws.com/academia.edu.documents/31412821/Black-SCJ-Remembrances.pdf?AWSAccessKeyId=AKIAIWOWYYGZ2Y53UL3A&Expires=1510593158&Signature=Nmmy6TWn9Mtn7BwnSJkJhpkRQds%3D&response-content-disposition=inline%3B%20filename%3DRemembrances_of_Removal_Native_Resistan.pdf

Kenneth H. *Bobroff*, Retelling Allotment: Indian Property Rights and the Myth of Common Ownership. In: Vanderbilt Law Review, Jg. 54, Nr. 4, 2001, S. 1559-1623. In: <http://temagami.nativeweb.org/archive/bobroff.pdf>

Rachel A. *Bonney*, The Role of AIM Leaders in Indian Nationalism. In: American Indian Quarterly, Jg. 3, Nr. 3, Herbst 1977, S. 209-224. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/1184538.pdf>

John *Borneman*, American Anthropology as Foreign Policy. (Arlington 1995). In: American Anthropologist, Jg. 97, Nr.4, 1995, S. 663-672. In: American Anthropologist, October 2009. In: https://www.researchgate.net/profile/John_Borneman5/publication/227721933_American_Anthropology_as_Foreign_Policy/links/56ec82a808aed17d09f65229.pdf

John *Boyden*, Indian Claims Commission No. 196, Hopi vs. USA. (s.l. 1951). In: <http://www.azwater.gov/Adjudications/documents/HopiContestedCaseDisclosures/Navajo%20Initial%20Disclosure/Images%5CCDV002%5CBox006%5C002%5CNADC006879.pdf>

William C. *Bradford*, "Beyond Reparations: An American Indian Theory of Justice," Working Paper Series, Social Science Research Network Electronic Library 6, (2004), In: http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=515231

Paul A. *Brinker*, Benjamin A. *Taylor*, Southern Plains Indian Relocation Returnees. In: Human Organization, Jg. 33., Nr. 2, Sommer 1974, S. 139-146. In: <http://sfaajournals.net.uaccess.univie.ac.at/doi/pdf/10.17730/humo.33.2.q236q4273713640p>

Christopher *Brookeman*, The Native American Peoples of The United States. (Liverpool 1990). In: <http://www.americansc.org.uk/Online/brookman.htm>

Stephen *Broughman* , Marisa *Burian-Fitzgerald* ,Kerry *Gruber*, Gregory *Strizek*
Susan *Wiley*, Schools and Staffing Survey, 1999-2000: Overview of the Data for
Public, Private, Public Charter, and Bureau of Indian Affairs Elementary and
Secondary Schools. E.D. Tabs. (Washington 2002). In:
<http://files.eric.ed.gov/fulltext/ED468963.pdf>

Scott Ashley *Bruton*, The American Dream in Indian country: Housing, property, and
assimilation on the Navajo Reservation and beyond. (Diss. New Brunswick 2016). In:
https://scholar.googleusercontent.com/scholar?q=cache:c6jgPrq4YMwJ:scholar.google.com/&hl=de&as_sdt=2005&scioldt=0,5

Christopher *Buck*, "Never Again". Kevin Gover's Apology for the Bureau of Indian
Affairs. (Minneapolis 2006). In: Wicazo SA Review Journal, Spring 2006, S.97-126.
In: http://www.bahai-library.com/pdf/b/buck_gover_never_again.pdf

Thomas R. *Burns*, Phyllis *Eddy*, Russell D. *Mason*, Everett R. *Rhoades*, Eva M.
Smith, The Indian Health Service Approach to Alcoholism Among American Indians
and Alaska Natives. (s.l. 1988). In: Public Health Reports, Jg. 103, Nr. 6, 1988, S.
621-627. In:
<https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC1478162/pdf/pubhealthrep00167-0067.pdf>

Larry W. *Burt*, Roots of the Native American Urban Experience: Relocation Policy in
the 1950s. In: American Indian Quarterly, Jg. 10, Nr. 2, Frühling 1986, S. 85-99. In:
<http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/1183982.pdf?refreqid=excelsior%3A6640c50fe46a3a64fc725e10822a6f96>

Sherry *Cable*, Thomas *Shriver*, Jeffrey *Stotik*, Social control and movement outcome:
The case of AIM. In: Sociological Focus, Jg. 27, Nr. 1, 1994, S. 53-66. In:
<http://web.a.ebscohost.com.uaccess.univie.ac.at/ehost/pdfviewer/pdfviewer?vid=1&sid=e620ebe9-9c4b-4c26-98a1-43fb9d2b6b54%40sessionmgr4007>

John C. *Calhoun*, Jon Roland, A discourse on the constitution and government of the
United States. (s.l. s.a.). In:
<https://www.nedgallagher.com/courses/documents/Calhoun.pdf>

Michael W. *Cameron*, Goals, Institutions and the BIA. Problems with Federal Indian Policy. (Cambridge 1988). In: <http://hpaied.org/sites/default/files/publications/PRS88-14.pdf>

Leonard A. *Carlson*, Mark A. *Roberts*, Indian lands, "Squatterism," and slavery: Economic interests and the passage of the Indian removal act of 1830. (s.l. 2006). In: Explorations in Economic History Jg. 43, Nr.3, 2006, S. 486-504. In: <http://economics.emory.edu/home/documents/documents/Carlson-1.pdf>

Alfred A. *Cave*, Abuse of power. Andrew Jackson and the Indian Removal Act of 1830. (s.l. 2003). In: Historian, Jg. 65, Nr. 6, 2003, S. 1330-1353. In: <http://www.trinityhistory.org/AH/pdfs/Cave,%20Abuse%20of%20Power.pdf>

David A. *Chang*, Enclosures of land and sovereignty: the allotment of American Indian lands. (Durham 2011). In: Radical History Review, 2011, Vol.2011, S. 108-119. In: <http://rhr.dukejournals.org.uaccess.univie.ac.at/content/2011/109/108.full.pdf+html>

Carla *Christofferson*, Tribal Courts' Failure to Protect Native American Women: A Reevaluation of the Indian Civil Rights Act. (New Haven 1991). In: Yale Law Journal, 1991 Oct, Vol.101(1), S. 169-185. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/796937.pdf?refreqid=excelsior:539fecc6f79ec7036d89a50a84ca1a11>

Robert N. *Clinton*, State power over Indian reservations : A critical comment on Burger Court Doctrine. In: South Dakota Law Review Vol. 26 (Vermillion 1981). S. 434-446. In: <http://robert-clinton.com/wordpress/wp-content/uploads/scholarship/26%20S.Dak.%20L.%20Rev.%20434-46.pdf>

Richmond L. *Clow*, The Indian Reorganization Act and The Loss of Tribal Sovereignty: Constitutions on the Rosebud and Pine Ridge Reservations. (Missoula 1987). Great Plains Quarterly. Paper 317. In: <http://digitalcommons.unl.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1316&context=greatplainsquarterly>

Felix S. *Cohen*, The Erosion of Indian Rights. (New Haven 1953). In: The Yale Law Journal, Jg. 62, Nr. 348, 1953, S. 348-390. In:

http://digitalcommons.law.yale.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=5368&context=fss_papers

Warren H. *Cohen*, Philipp J. *Mause*, The Indian: The forgotten American. (s.l. 1968). In: Harvard Law Review, 81 (1968). zit. nach: Randall A. Lake, Enacting Red Power. The consummatory function in Native American protest rhetoric. In: Quarterly Journal of speech Nr. 69 (1983), S. 127-142. In: https://www.researchgate.net/profile/Randall_Lake/publication/248927119_Enacting_red_power_The_gonsummatory_function_in_native_American_protest_rhetoric/links/566f3b7708ae486986b704bf/Enacting-red-power-The-gonsummatory-function-in-native-American-protest-rhetoric.pdf

Robert D. *Cooter*, Wolfgang *Fikentsche*, Indian Common Law: The Role of Custom in American Indian Tribal Courts (Part II of II). (s.l. 1998). In: The American Journal of Comparative Law, Jg. 46, 1998, S. 509-580. In: <http://scholarship.law.berkeley.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=2030&context=facpubs>

Stephen *Cornell*, Joseph P. *Kalt*, Two Approaches to Economic Development on American Indian Reservations: One Works, the Other Doesn't. (Cambridge 2006). In: http://udallcenter.arizona.edu/publications/inpp/2005-02_jopna_Two_Approaches.pdf

John F. *Cragan*, Rhetorical Strategy: A Dramatistic Interpretation and Application. (s.l. 1975). In: Central States Speech Journal, 26, 1975, S. 11. zit. nach: Randall A. Lake, Enacting Red Power. The consummatory function in Native American protest rhetoric. In: Quarterly Journal of speech Nr. 69 (1983), S. 127-142. In: https://www.researchgate.net/profile/Randall_Lake/publication/248927119_Enacting_red_power_The_gonsummatory_function_in_native_American_protest_rhetoric/links/566f3b7708ae486986b704bf/Enacting-red-power-The-gonsummatory-function-in-native-American-protest-rhetoric.pdf

Suzanne *Cross*, Nora S. *Gustavsson*, Allison *Lewis*, Ann E. *MacEachron*, The Effectiveness of the Indian Child Welfare Act of 1978. (Chicago 1996). In: Social service review, Jg. 70, Nr. 3, 1996, S. 451-463. In: <http://www.journals.uchicago.edu/doi/abs/10.1086/604199>

Crow Dog, Mary *Erdoes*, Richard *Erdoes*, Lakota Woman. (New York 1990). In: Joane Nagel, American Indian Ethnic Renewal: Politics and the resurgence of identity. In: American Sociological Review, Jg. 60, Nr. 6, 1995, S. 947-965. In: <http://150.164.100.248/profs/marcel/data1/arquivos/Native.pdf>

Lindsay *Cutler*, Tribal Sovereignty, Tribal Court Legitimacy, and Public Defense. (Los Angeles 2016). In: UCLA Law Review, 2016 Aug, Vol.63(6), S. 1752-1816. In: <https://www.uclalawreview.org/wp-content/uploads/2016/08/Cutler-63-6.pdf>

Ethan *Davis*, An Administrative Trail of Tears: Indian Removal. (Oxford 2010). In: American Journal of Legal History, Jg. 50, Nr. 1, 2010, S. 49–100. In: https://watermark.silverchair.com/50-1-49.pdf?token=AQECAHi208BE49Oan9kKhW_Ercy7Dm3ZL_9Cf3qfKAc485ysgAAA_aUwggGhBgkqhkiG9w0BBwagggGSMIIBqIBADCCAYcGCSqGSIb3DQEHATAeBgIghkgBZQMEAS4wEQQMnqAHUq4T_2szZjbZAgEQgIIBWKGW4M-EEjfMSIxF1NrN7xMoivaQ6nnFp3ff6LB0zKEjCxSs5LnW5NacDqWNSds3nFFRIOIEDRFSIoOIb2RRFUt3UbQ6dpsnLxsn6adLBtdoC2uBgYaV_c2KAQHZxX0He3mHtAZYvFVNBCG1SxvYiumQTt-7CyPlo1egBjHe_zv_IPkGBc_0OP8GXU79Z5VILNfKoGf7W6DuNc3aDuTKkuv7I22R_FzQqog5axhhlUqxr0pP7DVz4bzxa1LYPyaUatgg2-3uELFV8qmlRxnG8yZJKoFo9ONC8FhHnNN0M-W4obapDj8ltFUMBh5uQQjgx2GdQWAeqSjG2kWED6FbR9DzoHPgyaZeNwp9GCsu9eJRqIM644zW7WCEtDtN6RePwdDya8wYzwCKn0TGqxKZkTS8x95rpTANKMdHe82KJxpdEgwLd0w2lwvl5DT00cE_ZhqWblUqlptR

Sandra *Day O'Connor*, Lessons from the Third Sovereign: Indian Tribal Courts. (s.l. 1997). In: Tulsa Law Review, Vol. 33. (Tulsa 2013). S. 1-6. In: <http://digitalcommons.law.utulsa.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=2107&context=tlr>

Raymond J. *DeMallie*, The Lakota Ghost Dance: An Ethnohistorical Account. In: Pacific Historical Review, Jg. 51, Nr. 4, November 1982, S. 385-405. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/3639782.pdf?refreqid=excelsior:51191c41cbfde90e42a6dbb4407aed6d>

Susan C. *Faircloth*, John W. *Tippeconnic* III, The Dropout/Graduation Crisis Among American Indian and Alaska Native Students: Failure to Respond Places the Future

of Native Peoples at Risk. (Los Angeles 2010). In: <http://files.eric.ed.gov/fulltext/ED511323.pdf>

Wayne R. *Farnsworth*, Bureau of Indian Affairs Hiring Preferences After *Adarand Constructors, Inc. v. Peña*. (Provo 1996). In: *Brigham Young University Law Review*, Vol. 1996, Issue 2, S. 503-530. In: <http://digitalcommons.law.byu.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1905&context=lawreview>

Matthew L.M. *Fletcher*, Bringing Balance to Indian Gaming. In: *Harvard Journal on Legislation*, Jg. 44, 2007, S. 39-95. In: <https://digitalcommons.law.msu.edu/cgi/viewcontent.cgi?referer=https://scholar.google.at/&httpsredir=1&article=1154&context=facpubs>

Dustin *Frye*, The Indian Reorganization Act, Tribal Sovereignty, and Economic Development. (Boulder 2014). In: <http://eh.net/eha/wp-content/uploads/2014/05/Frye.pdf>

Bradley B. *Furber*, Two Promises, Two Propositions: The Wheeler-Howard Act As a Reconciliation of the Indian Law Civil War. In: *University of Puget Sound Law Review*, Jg. 14, 1991, S. 211-282. In: <https://digitalcommons.law.seattleu.edu/cgi/viewcontent.cgi?referer=https://scholar.google.at/&httpsredir=1&article=1321&context=sulr>

Lila J. *George*, Why the Need for the Indian Child Welfare Act? (s.l. 1997). In: *Journal of Multicultural Social Work*, Vol. 5, Nr. ¾, 1997, S. 165-175. In: <http://www.srwoodbridge.com/wordpress/wp-content/uploads/Why.pdf>

Angela A. *Gonzales*, Thomas A. *Lyson*, K. Whitney *Mauer*, What does a casino mean to a tribe? Assessing the impact of casino development on Indian reservations in Arizona and New Mexico. (s.l. 2007). In: *The Social Science Journal*; Jg. 44, 2007, S. 405–419. In: https://s3.amazonaws.com/academia.edu.documents/33169117/What_does_a_casino_mean_.pdf?AWSAccessKeyId=AKIAIWOWYYGZ2Y53UL3A&Expires=1510240189&Signature=u4jSkjhYfFcmg%2FHYY17j8TLquwIU%3D&response-content-disposition=inline%3B%20filename%3DWhat_Does_a_Casino_Mean_to_a_Tribe_Asses.pdf

Jennifer *Haley*, Marsha *Lillie-Blanton*, Yvette *Roubideaux*, Stephen *Zuckerman*, Health Service Access, Use, and Insurance Coverage Among American Indians/Alaska Natives and Whites: What Role Does the Indian Health Service Play?. (Durham 2004). In: American Journal of Public Health, Jg. 94, Nr.1, 2004, S. 53-59. In: <http://ajph.aphapublications.org/doi/pdf/10.2105/AJPH.94.1.53>

Geoffrey C. *Heisey*, Oliphant and Tribal Criminal Jurisdiction over Non-Indians: Asserting Congress's Plenary Power to Restore Territorial Jurisdiction. (Bloomington 1998). In: Indiana Law Journal, Jg. 73, 1998. S. 1051-1078. In: <http://www.repository.law.indiana.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1951&context=ilj>

C.L. *Henson*, From War to Self Determination: a history of the Bureau of Indian Affairs. (s.l. 1996). In: <http://www.americansc.org.uk/Online/indians.htm>

Vanessa J. *Jimenez*, Soo C. *Song*, Concurrent tribal and state jurisdiction under Public Law 280. In: The American University Law Review Vol. 47 (Washington D.C. 1998), S. 1627-1707. In: <http://digitalcommons.wcl.american.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1414&context=au>
[lr](http://digitalcommons.wcl.american.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1414&context=au)

David S. *Jones*, The Persistence of American Indian Health Disparities. (s.l. 2006). In: American Journal of Public Health, Vol 96, Nr. 12, 2006, S. 2122-2134. In: <http://ajph.aphapublications.org/doi/pdf/10.2105/AJPH.2004.054262>

Charles J. *Kappler*, Indian Citizenship Act. (Washington 1929).In: http://digital.library.okstate.edu/kappler/vol4/html_files/v4p1165.html

Clayton R. *Koppes*, From New Deal to Termination: Liberalism and Indian Policy, 1933-1953. In: Pacific Historical Review, Jg. 46, Nr. 4, 1977, S. 543-566. In: <https://authors.library.caltech.edu/83667/1/sswp173%20-%20published.pdf>

Dean J. *Kotlowski*, Alcatraz, Wounded Knee, and Beyond: The Nixon and Ford Administrations Respond to Native American Protest. In: Pacific Historical Review, Jg. 72, Nr. 2, Ma 2003, S. 201-227. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/10.1525/phr.2003.72.2.201.pdf?r=efreqid=excelsior%3A71efa68c22859383bdb69f16d2158038>

Sarah *Krakoff*, Undoing Indian law one case at a time: Judicial minimalism and tribal sovereignty. In: American University Law Review Vol. 50. (Washington D.C. 2001). S.1177-1272. In:

<http://digitalcommons.wcl.american.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1803&context=auir>

William *Kussel*, Tribal sovereignty and jurisdiction. (s.l. 1996). In: http://webpages.charter.net/wfkussel/trust_out.pdf

Gloria *Ladson-Billings*, From the Achievement Gap to the Education Debt: Understanding Achievement in U.S. Schools. (s.l. 2006). In: Educational Researcher, Vol. 35, Nr. 7, 2006, S. 3-12. In: <https://advising.wisc.edu/facstaff/sites/default/files/files/Achievement%20&%20Educational%20Debt%20Ladson-Billings%20copy.pdf>

Randall A. *Lake*, Enacting Red Power. The consummatory function in Native American protest rhetoric. In: Quarterly Journal of speech Nr. 69 (1983), S. 127-142. In:

https://www.researchgate.net/profile/Randall_Lake/publication/248927119_Enacting_red_power_The_gonsummatory_function_in_native_American_protest_rhetoric/links/566f3b7708ae486986b704bf/Enacting-red-power-The-gonsummatory-function-in-native-American-protest-rhetoric.pdf

Stephen *Langley*, James *McDonald*, Philip D. *Roos*, Dowell H. *Smith*, The Impact of the American Indian Movement on the Pine Ridge Indian Reservation. In: Phylon, Jg. 41, N1. 1, 1. Viertel 1980, S. 89-99. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/274670.pdf?refreqid=excelsior%3A1e7ef1e6f301f565aa50331180dd603a>

Jane *Lawrence*, The Indian Health Service and the Sterilization of Native American Women. (s.l. 2000). In: American Indian Quarterly, Jg. 24, Nr. 3, 2000, S. 400-419. In: http://bixby.ucla.edu/journal_club/Lawrence_s2.pdf

Donald *Lee Fixico*, Termination and relocation: Federal Indian policy in the 1950s. (Diss. Norman 1980). In: <https://shareok.org/handle/11244/4767>

K. Tsianina *Lomawaima* , Teresa L. *McCarty*, When Tribal Sovereignty Challenges Democracy: American Indian Education and the Democratic Ideal. (s.l. 2002). In: American Educational Research Journal, Vol. 39, Nr. 2, 2002, S. 279-305. In: http://users.atw.hu/cellotar/angol/when_tribal_sovereignty_challenges_democracy.pdf

Tina *Loo*, Carolyn *Strange*, "Rock Prison of Liberation": Alcatraz Island and the American Imagination. In: Radical History Review, Jg. 78, 2000, S. 27-56. In: https://watermark.silverchair.com/ddrhr_2000_78_27.pdf?token=AQECAHi208BE49Ooan9kkhW_Ercy7Dm3ZL_9Cf3qfKAac485ysgAAAhQwggIQBgkqhkiG9w0BBwagglBMIIB_QIBADCCAFYGCsQGSib3DQEHATAeBgIghkgBZQMEAS4wEQQMHDsymBT5jwhqdSOBAgEQgIIBx0ZxdNQOD9iBV17MPDKMORL_51ySiMdDUO5tV4d4cTqX-uKu9GM7puYuLkljPYqKtbk0JW10n5z2LrbOd1f8vA-iyotaWPhpJOPX2w1rmHCo0dDz16-kduRRU6G7YfSW-Zmur-xrJxEH6UobWzEZmDS9TRsrwEKuTty8i8IXZUp233KQtY6KYPQMYSsRF5_iNFjFDqdolwIY2QBGKdxMkOc15DzkATYXsq4W6jdBzkcXliHT19vH-QYXifOj1hrZFnwOcJkh5wVEFWsn2S4UXdV6Ax-wl70SxwzHHdSPcx8IUlsn5mFidMYv2ribf8z3mAMg-O6ayljFAesGnmnmbrUDwy1ZKEhgpszp96gN_6vhHckz9ArB3CAosmRbIL2yAY_ZaiDk_ZDEzlqsNGdc-4n1Kq8ys6qxYxeaobifceHlwy_Q0CwEyLUwxB9qeGEyz6NGXEfgpcxINV1s_7McNreEi0RcNiPVks2T-jnU-AiardZbGLtyfIOXDtGYi8C5LYbIAo6s_wMKooFAQIJI2Gt9Jyxu7kYSNpdbB0M9qQKrlqGCya-EnfQAZd4FGI54_XEDCdRL0PQUWUDeT3_VMlelw9wHLb8nb

Christopher J. *Love*, The friends of the Indians and their foes: A Reassessment of the Dawes Act Debate. (s.l. 1991). In: https://etd.ohiolink.edu/!etd.send_file?accession=oberlin1374061588&disposition=inline

Robert *McCarthy*, The Bureau of Indian Affairs and the Federal Trust Obligation to American Indians . (Brigham 2004). In: Brigham Young University Journal of Public Law Nr. 19/ 2004. In: <http://digitalcommons.law.byu.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1338&context=jpl>

Russell Means , Marvin J. Wolf , Where white men fear to tread. (s.l. 1995). zit. nach: Armen H. Merjian, An Unbroken Chain of Injustice: The Dawes Act, NativeAmerican Trusts, and Cobell v. Salazar. In: Gonz. L. Rev., 2010, 46. Jg., S. 609-685. In: <http://www.law.gonzaga.edu/law-review/files/2011/09/Merjian.pdf>

Scudder Mekeel, An appraisal of the Indian Reorganization Act. (s.l. 1944). In: American Anthropologist Nr. 46). In: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1525/aa.1944.46.2.02a00050/pdf>

Armen H. Merjian, An Unbroken Chain of Injustice: The Dawes Act, NativeAmerican Trusts, and Cobell v. Salazar. In: Gonz. L. Rev., 2010, 46. Jg., S. 609-685. In: <http://www.law.gonzaga.edu/law-review/files/2011/09/Merjian.pdf>

Naomi Mezey, The Distribution of Wealth, Sovereignty, and Culture Through Indian Gaming. In: Stanford Law Review, Jg. 48, Nr. 3 , Februar 1996, S. 711-737. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/1229281.pdf>

Michael Muhammad, Stigmatization and the re-articulation of eugenic ideology: A study of coded racism in family planning policy from the 1920s to the 1990s. (Diss. Albuquerque 2014). In: http://digitalrepository.unm.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1033&context=soc_etds

Dillon S. Myer, The Program of the Bureau of Indian Affairs. In: The Journal of Negro Education, Jg. 20, Nr. 3, The American Negro and Civil Rights in 1950, 1951, S. 346-353. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/2966009.pdf?refreqid=excelsior%3A812dd0eefe1b8254b141f8c916544c8b>

Joane Nagel, American Indian Ethnic Renewal: Politics and the resurgence of identity. In: American Sociological Review, Jg. 60, Nr. 6 , 1995, S. 947-965. In: <http://150.164.100.248/profs/marcel/data1/arquivos/Native.pdf>

Mary K. Nagle, Nothing to trust: The unconstitutional origins of the post-Dawes Act trust doctrine. (Tulsa 2012). In: Tulsa Law Review, Jg. 48, Nr. 1, 2012, S. 63-92. In: <https://digitalcommons.law.utulsa.edu/cgi/viewcontent.cgi?referer=https://scholar.google.at/&httpsredir=1&article=2810&context=tlr>

Steve *Nickeson*, The structure of the Bureau of Indian Affairs. In: Law and Contemporary Problems Nr. 40.1 (1976), S.61-76. In: <http://scholarship.law.duke.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=3472&context=lcp>

Nancy *Oestreich Lurie*, The Indian Claims Commission. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science, Jg. 436, American Indians Today , 1978, S. 97-110. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/1042172.pdf?refreqid=excelsior%3A10c709afe9baf34b9deb609d25597957>

Kenneth R. *Philp*, Stride toward Freedom: The Relocation of Indians to Cities, 1952-1960 . In: Western Historical Quarterly, Jg. 16, Nr. 2 ,Apr., 1985, S. 175-190. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/969660.pdf?refreqid=excelsior:c6ff26894742144d86152a13b9ab89b5>

Kenneth R. *Philp*, Dillon S. Myer and the Advent of Termination: 1950-1953 .In: Western Historical Quarterly, Jg. 19, Nr. 1, 1988, S. 37-59. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/969792.pdf?refreqid=excelsior%3Ae09e532af82502b244192f6eea794d72>

Heather *Ponchetti Daly*, Fractured Relations at Home: The 1953 Termination Act's Effect on Tribal Relations throughout Southern California Indian Country .In: American Indian Quarterly, Jg. 33, Nr. 4, Working from Home in AmericanIndian History 2009, S. 427-439. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/40388480.pdf>

Robert B. *Porter*, Strengthening tribal sovereignty through peacemaking: How the anglo-american legal tradition destroys indigenous societies. In: Columbia Human Rights Law Review Vol. 28 (New York 1997). S. 235-305. In: http://peacemaking.narf.org/wp-content/uploads/2016/09/1997_porter_article.pdf

Francis Paul *Prucha*, Documents of United States Indian Policy. (Lincoln 1975). In: University of Nebraska Press. zit. nach: John *Borneman*, American Anthropology as Foreign Policy. (Arlington 1995). In: American Anthropologist, Jg. 97, Nr.4, 1995, S. 663-672. In: American Anthropologist, October 2009. In: https://www.researchgate.net/profile/John_Borneman5/publication/227721933_American_Anthropology_as_Foreign_Policy/links/56ec82a808aed17d09f65229.pdf

Chris *Rausch*, The Problem with Good Faith: The Indian Gaming Regulatory Act a Decade after Seminole. In: Gaming Law Review, Jg. 11, Nr. 4, 2007, S. 423-435. In: <http://online.liebertpub.com.uaccess.univie.ac.at/doi/pdf/10.1089/glr.2007.11403>

Kate *Redburn*, "The Disorganized Tribe". Navajo Resistance to the Progressive Ideal 1933-1935. (Senior Thesis New York 2010). In: http://history.columbia.edu/undergraduate/theses/2013%20and%20older%20Theses/Redburn_thesis.pdf

David *Redhorse*, Theodore Reynolds Smith, American Indian Tribal Taxation of Energy Resources. In: Natural Resources Journal, 22 Nat Resources J. 3 (Symposium on the Taxation of Natural Resources). (Englewood 1982). S. 659-671. In: <http://digitalrepository.unm.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=2351&context=nri>

Melanie *Riccobene Jarboe*, Collective Rights to Indigenous Land in *Carcieri v. Salazar*. In: Boston College Third World Law Journal, Jg. 30, 2010, S. 395-415. In: <http://lawdigitalcommons.bc.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1020&context=twlj>

G. William *Rice*, The Indian Reorganization Act, The Declaration on the Rights of Indigenous Peoples, and a Proposed *Carcieri* "Fix": Updating the Trust Land Acquisition Process. In: Idaho Law Review, Jg. 45, 2009, S. 575-619. In: <https://digitalcommons.law.utulsa.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1198&context=facpub>

Elizabeth *Rich*, "Remember Wounded Knee": AIM's Use of Metonymy in 21st Century Protest. In: College Literature, Jg. 31, Nr. 3, Sommer, 2004, S. 70-91. In: <http://www.jstor.org.uaccess.univie.ac.at/stable/pdf/25115208.pdf?refreqid=excelsior%3A78725183482b91e7113ae9804984c6f4>

John *Sanchez*, Mary E. *Stuckey*, The Rhetoric of American Indian Activism in the 1960s and 1970s. AIM. In: Communication Quarterly Nr. 48 (2000), S.120-136. In: https://www.researchgate.net/profile/John_Sanchez/publication/232989633_The_rhetoric_of_American_Indian_activism_in_the_1960s_and_1970s_1/links/551977d50cf26cbb81a1b008.pdf

Gary D. *Sandefur*, American Indian reservations: The first underclass areas?. (s.l. 1989). In: Focus Jg. 12, Nr.1, 1989, S.37-41. In: <https://pdfs.semanticscholar.org/828f/aaa4b64cb3855873b4f8df73d468ae30df30.pdf>

John William *Sayer*, Ghost dancing the law: The wounded knee trials. (Cambridge 1997). zit.nach: John Sanchez, Mary E. Stuckey, The Rhetoric of American Indian Activism in the 1960s and 1970s. AIM. In: Communication Quarterly Nr. 48 (2000), S.120-136. In: https://www.researchgate.net/profile/John_Sanchez/publication/232989633_The_rhetoric_of_American_Indian_activism_in_the_1960s_and_1970s_1/links/551977d50cf26cbb81a1b008.pdf

Lee J. *Sclar*, Participation by Off-Reservation Indians in Programs of the Bureau of Indian Affairs and the Indian Health Service. (Missoula 1972). In: Montana Law Review, Vol. 33 Issue 2 1972, S. 1-42. In: <http://scholarship.law.umt.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1834&context=mlr>

Andrea M. *Seielstad*, The Recognition and Evolution of Tribal Sovereign Immunity under Federal Law: Legal, Historical, and Normative Reflections on a Fundamental Aspect of American Indian Sovereignty. In: Tulsa Law Review Vol. 37 (Tulsa 2013). S. 1-116. In: <http://digitalcommons.law.utulsa.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=2358&context=tlr>

Paul *Spruham*, Indian as race/ Indian as political status: Implementation of the half-blood requirement under the Indian Reorganization Act, 1934-1945. In: Rutgers Race and the Law Review, Jg. 8, 2006, S. 27-49. In: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=1051501

Charles V. *Stern*, Indian Water Rights Settlements. (Washington 2015). In: Congressional Research Service. In: <http://nationalaglawcenter.org/wp-content/uploads/assets/crs/R44148.pdf>

William Morrow *Stoddard*, Whose deal? Burton K. Wheeler and the Indian Reorganization Act. (Bozeman 1996). In: <http://scholarworks.montana.edu/xmlui/bitstream/handle/1/7514/31762102404264.pdf;sequence=1>

Amy H. *Sturgis*, *The Trail of Tears and Indian Removal*. (Westport 2007). In: [https://s3.amazonaws.com/academia.edu.documents/37660047/Amy H. Sturgis Th e Trail of Tears and Indian Removal Greenwood Guides to Historic Events 1 500- 1900 2007.pdf?AWSAccessKeyId=AKIAIWOWYYGZ2Y53UL3A&Expires=1510237 247&Signature=TOR%2Fj%2BJ5kk0ZEYTqm0wOjAzKf%2BA%3D&response- content- disposition=inline%3B%20filename%3DAmy H. Sturgis The Trail of Tears and I n.pdf](https://s3.amazonaws.com/academia.edu.documents/37660047/Amy_H._Sturgis_The_Trail_of_Tears_and_Indian_Removal_Greenwood_Guides_to_Historic_Events_1500-1900_2007.pdf?AWSAccessKeyId=AKIAIWOWYYGZ2Y53UL3A&Expires=1510237247&Signature=TOR%2Fj%2BJ5kk0ZEYTqm0wOjAzKf%2BA%3D&response-content-disposition=inline%3B%20filename%3DAmy_H._Sturgis_The_Trail_of_Tears_and_I_n.pdf)

A. Dan *Tarlock*, *One River, Three Sovereigns: Indian and Interstate Water Rights*. (Laramie 1987). In: *Land and Water Law Review*, Jg. 22, Nr. 2, 1987, S. 631-671. In: http://scholarship.kentlaw.iit.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1639&context=fac_schol

Kaye *Tatro*, "Curtis Act (1898)," *The Encyclopedia of Oklahoma History and Culture* (s.l. s.a.). In: <http://www.okhistory.org/publications/enc/entry.php?entry=CU006>

Kaye *Tatro*, *Burke Act*(1906). (s.l. 2009).. In: <http://www.okhistory.org/publications/enc/entry.php?entry=BU010>

Graham D. *Taylor*, *The New' Deal and American Indian Tribalism: The Administration of the Indian Reorganization Act 1934-45* (Lincoln 1980). zit. nach: Richmond L. Clow, *The Indian Reorganization Act and The Loss of Tribal Sovereignty: Constitutions on the Rosebud and Pine Ridge Reservations*. (Missoula 1987). *Great Plains Quarterly*. Paper 317. In: [http://digitalcommons.unl.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1316&context=greatplainsq uarterly](http://digitalcommons.unl.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1316&context=greatplainsquarterly)

Martin D. *Topper*, *Mormon Placement: The Effects of Missionary Foster Families on Navajo Adolescents*. (s.l. 1979). In: *Ethos* Jg. 7, Nr.2, 1979, S. 142-160. In: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1525/eth.1979.7.2.02a00040/pdf>

Tom *Tso*, *The Process of Decision-Making in Tribal Courts*. (Boulder 1988). In: [http://scholar.law.colorado.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1011&context=natural- resource-development-in-indian-country](http://scholar.law.colorado.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1011&context=natural-resource-development-in-indian-country)

Rebecca Tsosie, Land, culture and community: Reflections on native sovereignty and property in America. (Bloomington 2001). In: Indiana Law Review, Jg. 34, 2001, S. 1291-1312. In:

<https://journals.iupui.edu/index.php/inlawrev/article/viewFile/3493/3495>

United States Congress, 1830. Journal of the House of Representatives of the United States 21st Congress, First Session, GPO, Washington, DC. zit. nach: Leonard A. Carlson, Mark A. Roberts, Indian lands, "Squatterism," and slavery: Economic interests and the passage of the Indian removal act of 1830. (s.l. 2006). In: Explorations in Economic History Jg. 43, Nr.3, 2006, S. 486-504. In: <http://economics.emory.edu/home/documents/documents/Carlson-1.pdf>

United States General Accounting Office, Tax Policy: A Profile of the Indian Gaming Industry. (s.l. 1997). In: <https://www.gao.gov/assets/230/224218.pdf>

John T. Vance, The congressional mandate and the Indian Claims Commission. In: North Dakota Law Review, Nr. 45, 1969, S. 325-336. In: <http://www.azwater.gov/azdwr/surfacewater/adjudications/documents/Hopi%20Tribe/222.pdf>

Kevin Washburn, Recurring Problems in Indian Gaming. (s.l. 2001). In: Wyoming Law Review, Jg. 1, Nr. 1, Februar 2007, S. 427-444. In: <http://repository.uwyo.edu/cgi/viewcontent.cgi?article=1225&context=wlr>

Wilcomb E. Washburn, The historical context of American Indian legal problems. (s.l. 1976). In: Law and contemporary problems, Jg. 40, Nr. 1, 1976, S. 12-24. In: <https://scholarship.law.duke.edu/cgi/viewcontent.cgi?referer=https://scholar.google.at/&httpsredir=1&article=3470&context=lcp>

Blake A. Watson, The thrust and parry of federal Indian law. (Ohio 1998). In: University of Dayton Law Review, Jg. 23, Nr. 3, 1998, S. 437-514. In: https://udayton.edu/directory/law/documents/watson/watson_1998_dayton_thrust_parry_of_federal_indian_law.pdf

Patrick Wolfe, After the frontier: separation and absorption in US Indian policy. (s.l. 2011). In: settler colonial studies, Jg.1, Nr.1, 2011, S.13-51. In: <http://www.tandfonline.com/doi/pdf/10.1080/2201473X.2011.10648800>

Ethelou Yazzie , Statement submitted to the American Indian Policy Review Commission by Ethelou Yazzie, Director, Rough Rock Demonstration School. (Washington D.C. 1976).In: American Indian Policy Review Commission (Compiler), Report on Indian education. Final report to the American Indian Policy Review Commission (S. 259). zit. nach: K. Tsianina *Lomawaima* , Teresa L. *McCarty*, When Tribal Sovereignty Challenges Democracy: American Indian Education and the Democratic Ideal. (s.l. 2002). In: American Educational Research Journal, Vol. 39, Nr. 2, 2002, S. 279-305. In: http://users.atw.hu/cellotar/angol/when_tribal_sovereignty_challenges_democracy.pdf